Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 59 | Sommer 2003 | 3,10 Euro

Scheint die Sonne auch für Nazis? Wenn's nach uns geht, tut sie's nicht!

(Die Ärzte)



Inhalt

AIB 59 2 · 2003

Rubriken

Schwerpunkt

Rechtspopulismus



Antifa

NS Szene

Staat und Repression

Rassismus

Geschichte

31

Braunzone

International

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Neben der kontinuierlichen Analyse von Neonazis und der extremen Rechten setzt sich das AIB auch mit der sogenannten »Braunzone« und dem rechten Mainstream in der »Mitte der Gesellschaft« auseinander. Angesichts dessen, dass die Grenzen derzeit immer fließender werden, rechtspopulistische Kampagnen zum Repertoire aller »Volksparteien« gehören und rechtspopulistische Parteien zur »Normalität« des politischen Alltags in Europa geworden sind, haben wir uns entschieden, das Thema »Rechtspopulismus« zum Schwerpunkt dieser Ausgabe zu machen. Wir hoffen, dass die Beiträge unterschiedlicher Gastautoren (ab S.21) zu einer breiten Diskussion beitragen, die in Anbetracht des herrschenden Diskurses neoliberaler »Reformen« und zunehmender Ausgrenzungspolitik dringend notwendig ist. Schließlich wäre es fatal, sich darauf »auszuruhen«, dass es in Deutschland – von regionalen Ausnahmen abgesehen – bislang keiner explizit rechtspopulistischen Partei gelungen ist, bundesweit Fuß zu fassen. Ein Beispiel dieser Mißerfolge ist der »Bund freier Bürger« (BfB), dessen Scheitern wir auf den S.31 – 34 genauer beleuchten. Zudem erinnern wir im Ressort Geschichte an die braune Vergangenheit der FDP (S. 44).

Schon vor Beginn des Irakkriegs hatte das AIB in einem »Offenen Brief an die Friedensbewegung«, der auf unserer Website dokumentiert ist, eine Auseinandersetzung der Anti-Kriegs-Bewegung mit den ideologischen Anschlussstellen zur extremen Rechten eingefordert. Typisch dafür ist eine personalisierende oder rein ökonomistische Schematisierung des Konflikts, die das Einfallstor für antisemitische Argumentationsmuster, einen völkisch determinierten Antiimperialismus und kulturalistischen Antiamerikanismus bilden.

Im Nachhinein lässt sich festhalten, dass NPD und Freie Kameradschaften die Unsicherheit, Hilflosigkeit, aber auch Verharmlosung und Ignoranz von Seiten der Friedensbewegung und örtlicher Anti-Kriegs-AktivistInnen an vielen Orten für sich nutzen konnten. Dabei waren sie vor allem in ostdeutschen Städten wie Fürstenwalde, Cottbus, Halle oder Anklam, wo eine rechte Straßenhegemonie in manchen Stadtteilen schon länger zum Alltag gehört, mit ihrer Strategie erfolgreich, eigene Blöcke auf Friedensdemonstrationen zu bilden. Eigenständige Aktionen hingegen, wie Aufmärsche der Freien Kameradschaften in Hamburg oder Hanau, fielen vor allem durch geringe Teilnehmerzahlen auf.

Eine offensive politische Reaktion einer Anti-Kriegs-Bewegung sollte anders aussehen als die Praxis der vergangenen Monate. Wenn einige Aktivisten der Friedensbewegung öffentlich erklären, »gegen den Krieg braucht man jeden«, muss sich angesichts der wieder einmal massiven Mobilisierung der Freien Kameradschaften gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges. 1941-1944« im August in Peenemünde den Vorwurf des Schulterschlusses mit denjenigen vorwerfen lassen, die den nationalsozialistischen Holocaust und Angriffskrieg verherrlichen.

Auch wenn Rechtsextremismus und antifaschistische Gegenaktivitäten derzeit kaum Aufmerksamkeit in den Medien finden, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Vielmehr stagniert derzeit die Mobilisierungsfähigkeit der Neonazis derzeit auf unverändert hohem Niveau – wie beispielsweise die rund 3.500 Teilnehmer der 1. Mai-Aufmärsche von NPD und Freien Kameradschaften in Berlin und Halle zeigten. Ebenfalls unverändert hoch ist die Quote enttarnter Spitzel: Unlängst traf es den Potsdamer Neonazi und brandenburgischen V-Mann Christian Körner. Dessen ex-Mitbewohner, ex-Blood&Honour-Aktivist und Hate Sounds-Produzent Sven Schneider aus Borkwalde werden »engen Kontakte zum polizeilichen Staatsschutz Potsdam« (Der Spiegel/ Nr. 24/2003) nachgesagt.

Dass der staatliche Umgang mit Rechtsextremisten von Heuchelei und Doppelmoral gekennzeichnet ist, wurde nicht erst mit dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens deutlich (S. 13). Umso wichtiger scheint uns die Suche nach neuen antifaschistischen Konzepten. In diesem Sinne wünschen wir Euch und uns einen erfolgreichen antifaschistischen Sommer. ■

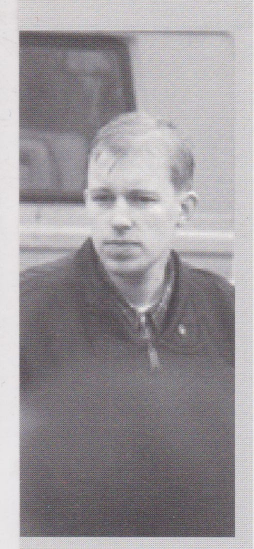
PS: Auf unserer Summer-Special-Hitliste des antirassistischen und antifaschistischen Camp-Hoppings steht das »alternative jugend camp« in Mecklenburg-Vorpommern vom 6. bis 11. August. Mehr Infos gibt es bei: http://www.ajuca.de. Als Sommerlektüre empfehlen wir die brandneue 100seitige Broschüre »Spezialitäten aus Mittelfranken – Ein Überblick über rechte und rechtsextreme Strukturen«, die bei adip_online@hotmail.com bestellt werden kann.

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe haben sich einige Fehler in die Bildunterschriften geschlichen:

Auf S. 20 beim Bild 2 ist Lutz Giesen die dritte Person von rechts und nicht die zweite. Auf S. 26 ist Hartmut Wostupatsch und nicht Harald Wostupatsch der richtige Vorname. Auf S. 27 haben wir Carsten Jährling aus Dortmund mit Björn Schmidtke (AIB Nr. 57, S.33, Bild 7) verwechselt. ■

› Bündnis Nationaler Sozialisten in Lübeck verboten



Jürgen Gerg aus Lübeck hat eine Nazigruppe weniger zu führen.

Anfang März diesen Jahres wurde das Bündnis Nationaler Sozialisten (BNS) um die »Freien Nationalisten« Jürgen Gerg und Jörn Lemke aus Lübeck verboten. Das BNS trat zur jüngsten Bürgerschaftswahl in der Hansestadt an und war eigens zu diesem Zweck Ende letzten Jahres gegründet worden. Vorläufer des BNS war das Bündnis Rechts für Lübeck. In dem 1997 um den Vorsitzenden Dieter Kern gegründeten Bündnis Rechts (BR) arbeiteten Vertreter verschiedener extrem rechter Parteien, wie den Republikanern, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der NPD und den Freien Kameradschaften mit. Doch im Oktober 2002 kam es zu einem Zerwürfnis innerhalb der Partei, woraufhin sich für die Kommunalwahl zur Lübecker Bürgerschaft in klarer Konkurrenz zum BR das BNS gründete. Auf den ersten beiden Listenplätzen kandidierten Jörn Lemke, der auch Kreisvorsitzender der Lübecker NPD ist, sowie Jürgen Gerg, Mitglied des schleswig-holsteinischen Landesvorstandes der NPD. Als offizielle Bezeichnung verwendet das BNS den Namen ihrer Homepage, »www.fuer-luebeck.com«, die auf den Namen des us-amerikanischen Neonazi Gary Lauck registriert ist. Zum Wahlkampfauftakt führte das BNS im Januar eine Demonstration unter dem Motto »Arbeitsplätze für Lübeck! – Nur Nationaler Sozialismus schafft Vollbeschäftigung!« durch.

Während das BR lediglich in 11 Wahlkreisen vertreten war, konnte das BNS in allen 27 Wahlkreisen Kandidaten vorweisen und erhielt 0,8 Prozent der Stimmen. Wenige Tage nach der Wahl, am 7. März, wurden bei den vier Vorstandsmitgliedern Hausdurchsuchungen durchgeführt. Gleichzeitig wurde das BNS einschließlich eventueller Ersatzorganisationen mit sofortiger Wirkung verboten und aufgelöst. Begründet wurde das Verbot mit dem Auftreten in der Öffentlichkeit, den in den Parteiprogrammen formulierten Zielen, den Publikationen und Grundeinstellungen der Funktionäre. Programmatik und Äußerungen der Wählergemeinschaft verstießen u.a. gegen das Demokratieprinzip und das Diskriminierungsverbot. Die Programme und das Werbematerial wiesen an mehreren Stellen eine Sprache auf, die dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch wesensverwandt sei. Erscheint die Verbotsverfügung der Öffentlichkeit als ein gelungener Schlag gegen Nazistrukturen, läuft sie bei näherer Betrachtung größtenteils ins Leere. Denn das Verbot kam nur knapp einer, in der Satzung des BNS festgelegten Selbstaufösung bei Verfehlung der 5-Prozent-Hürde, zuvor. ■

»Tipps und Tricks für Antifas« demnächst auch in Nürnberg?

Am 9. April 2003 veröffentlichte die Anti-Antifa Nürnberg auf der Homepage des vornehmlich im Raum Nürnberg aktiven Kameradschafts-Zusammenschlusses Fränkische Aktionsfront (FAF) ein vermeintliches »'Who is Who' der linksextremistischen/terroristischen Szene und deren Umfeld in Nürnberg« . Dabei handelt es sich um eine Namensliste von 89 Personen, die in den letzten Jahren Bücher bzw. Zeitschriften in der linken Nürnberger »Szene-Bibliothek« Archiv Metroproletan ausgeliehen hatten. Die Mitgliederkartei dieser Einrichtung fungierte dafür als Quelle. Damit haben die Anti-Antifa-AktivistInnen in mehreren Fällen neben den Adressen auch die Personalausweis-Nummern der Archiv-NutzerInnen erhalten.

Die Kartei sei ihnen, so die FAF, im Zuge ihrer regelmäßigen Durchsuchungen von Müllcontainern bei bekannten linken WGs in die Hände gefallen. Diese Schutzbehauptung entspricht nicht den Tatsachen. Dagegen scheint die leicht zugängliche Kartei wohl während einer öffentlichen Veranstaltung in den Räumen des Archivs im Nürnberger Szene-Bezirk Gostenhof entwendet worden zu sein.

Dieses verantwortungslose und unbedarfte Verhalten der Archiv-BetreiberInnen setzt sich darin fort, dass bisher keine Stellungnahme abgegeben worden ist, um Licht ins Dunkel dieser Angelegenheit zu bringen. Ebenso wurden die veröffentlichten Personen bisher nicht benachrichtigt. Auch von einer Unterlassungsklage auf Veröffentlichung der Namensliste und auf eine Anzeige wegen Diebstahls soll abgesehen werden.

Damit setzen die Archiv-BetreiberInnen der Veröffentlichung ihrer Mitgliederliste, die als ein Meilenstein in der gut 15jährigen bundesweiten Anti-Antifa-Tätigkeit zu werten ist, noch das i-Tüpfelchen auf. AntifaschistInnen stellt sich hier die Frage, ob linke Basisliteratur, wie beispielsweise die Broschüre »Tipps und Tricks für Antifas«, schon zum Inventar des Archivs gehören. ■



Mathias Fischer gilt im Raum Nürnberg als Anti-Antifa-Aktivist aus den Kreisen der Fränkischen Aktionsfront (FAF).

Nazikonzert im Elsaß und in Hessen

Selbst das Bundesamt für Verfassungsschutz musste im Jahresbericht 2002 einräumen, dass die Zahl von neonazistischen Konzerten im Jahr 2002 erstmals seit 1999 wieder angestiegen sei. 112 Konzerte zählten die Schlapphüte – mit steigenden Teilnehmerzahlen. Dass von einer hohen Dunkelziffer nicht erfasster – oder gemeldeter – Konzerte und Liederabende ausgegangen werden muss, wird zu Beginn der »Konzertsaison 2003« deutlich. Beispielhaft sind die Ereignisse im Elsaß am 19. April und am 12. April in Hessen: Um Mitternacht wurde die Stille im Tal des kleinen elsässischen Ringendorfes mit minutenlangem »Sieg Heil« Rufen gestört. Seit dem frühen Abend hatten sich in der örtlichen Gemeindehalle ca. 1500 Nazis versammelt, um einen Tag vor dem 20. April den Geburtstag Adolf Hitlers zu feiern. Als es dann um Mitternacht soweit war, huldigten sie unter Führung der gerade spielenden Band ihrem »Führer«. Über ein von Deutschen besetztes Infotelefon wurden die Interessierten auf einen Autobahnparkplatz geleitet. Dort hatten sich bereits in den frühen Abendstunden mehrere hundert hauptsächlich deutsche Neonazis versammelt, um zu dem Konzert nach Ringendorf gelotst zu werden. Die Veranstaltung fand unter der »Fahne« der Hammerskins Frankreich statt. Um Ausweichmöglichkeiten zu haben, gab es zeitgleich im nördlichen Elsaß mehrere Saalanmietungen. Anschließend klagte der Ringendorfer Bürgermeister in der Regionalzeitung »DNA«: 14 Tage vor dem Konzert hätte der deutsche Organisator Kontakt zu ihm aufgenommen, »er sagte, dass seine Verlobte in Goetzenbrück und er in Deutschland wohne, und man wolle das Fest in der Mitte, quasi auf halber Strecke, veranstalten. Da hätte jeder drauf rein fallen können«. Auch die Bewohner des Dorfes hatten Grund zum Klagen: »Ich hatte befürchtet, die Hauswand oder das Auto würden beschmiert, man weiß ja nie (...) Die Ersten sind gegen 17.30 Uhr gekommen. Es waren viele Autos mit vier oder fünf Personen. Sie hatten alle Glatzen rasiert und trugen Bomberjacken und Springerstiefel. Es kamen sogar zwei Reisebusse. Es waren viele junge Leute, aber kaum Mädchen«. Zehn Stunden zuvor hatten auf der deutschen Seite der Grenze Christian Worch und Horst Mahler zu einem Aufmarsch gegen das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Hanau aufgerufen. Dort fanden sich aber nur 60 Neonazis ein. Obwohl die Stadt auf dem Weg vieler Konzertteilnehmer lag, interessierte sich kaum jemand für die politische Veranstaltung. Viele Neonazis hatten offenbar keine Lust mehr, sich unter Polizeischutz und Protesten von AntifaschistInnen langweilige Reden anzuhören. Scheinbar zieht der »Spaßfaktor« derartiger Konzerte mehr als die reine Politik. Einen weiteren Beitrag zur hohen Mobilisierungsfähigkeit leistet sicherlich auch die konspirative Vorbereitung solcher Konzerte, die den Teilnehmern ein »aufregenderes« Erlebnis verspricht als eine durchschnittliche Demonstration. Zudem können sie auf diesen Konzerten weitestgehend unbehelligt Kleidungsstücke tragen, die ihnen auf Demonstrationen sofort ein Strafverfahren einbringen würde. Konzerte sind schon seit längerem ein wichtiger Faktor in der Nazi-Szene, der unter anderem für den internen Zusammenhalt sorgt. Trotz Konzerterlassen ist es den Neonazis möglich, ihre Veranstaltungen unter anderem in Baden-Württemberg und Rheinlandpfalz ohne größere Störungen von staatlicher oder antifaschistischer Seite abzuhalten. So konnte bereits eine Woche zuvor in Mörstadt/Rheinhessen ein ortsbekannter Jugendlicher mit demselben Trick am 12. April die dortige Halle vom Bürgermeister anmieten. Den Anwohner blieb nur noch, empört mit ernsthaften Konsequenzen für den jungen Mann zu drohen, der durch das Neonazikonzert »Schande über seine Familie und die Dorfgemeinschaft« gebracht habe. ■


[1]

Nazi-Konzert in Bayern

Obwohl mitten in der Innenstadt von Plattling (Niederbayern) gelegen, können in der Diskothek »Point« regelmäßig Konzerte neonazistischer Bands mit mehreren hundert BesucherInnen völlig ungestört stattfinden. Die Veranstalter verzichten sogar auf die sonst übliche Geheimhaltung des Veranstaltungsorts und auf das Einrichten von Schleusungspunkten. Bei den städtischen Behörden werden die Konzerte, wie vom bayerischen Versammlungsgesetz verlangt, angemeldet. Das für Samstag, den 15. März 2003 geplante Konzert wurde jedoch vom Ordnungsamt aus formalen Gründen (wegen »zu kurzfristiger Anmeldung«) untersagt. Ausgewichen wurde ins nahe Salching. Das dort von der niederbayerischen NPD-Funktionärin Gisela Böhmer gepachtete, im Innern mit allerlei NS-Devotionalien verunstaltete Gasthaus »Oberer Wirt« hat sich im letzten Jahr ebenfalls als beliebter Ort für Konzerte und politische Veranstaltungen etabliert. Hier kontrollierte erstmals ein größeres Aufgebot der Polizei an den Ortseingängen und auf dem Parkplatz die ca. 200 BesucherInnen. Das Konzert fand letztlich trotzdem statt, es traten aber nur noch die Bands »Siegnum« (Mannheim) und »Sperrfeuer« (Tangerhütte/Sachsen-Anhalt) auf, nicht aber die ebenfalls angekündigten »Garde 18«, »Steelcapped Strength« (Schweden) und »Ultima Frontiera« (Triest/Italien). ■

Nazi-Konzerte sind seit einigen Jahren ein wichtiger Teil der neonazistischen Erlebniswelt.

[1] Nazi-Skins feiern auf einem Konzert im Raum Görlitz.

[2] Nazi-Skins pogen in Neuruppin zu den Klängen von »Proißenheads«.


[2]

»we will rock you tour 2003«

Seit Februar diesen Jahres führen antifaschistische Gruppen aus Nordrhein-Westfalen (NRW) unter dem Motto »we will rock you tour 2003. kein raum der nazi-musik!« eine Kampagne gegen RechtsRock durch. Anlass waren die seit dem Vorjahr immer häufiger statt findenden Neonazi-Konzerte in NRW.



» Erlebniswelten für die rechte Szene finden sich auch in NRW reichlich. Derzeitig gibt es um die 20 mehr oder weniger aktive Bands in NRW. Zu den wichtigeren zählen »Oidoxie«, »Sleipnir«, »Barking Dogs«, »Konzepte für die Zukunft«, »Boots of Hate«, »Eskil«, »Weisse Wölfe«, »Reichswehr« und »Sturmwehr«. Das Konzertangebot wurde um ein Vielfaches gesteigert. Dazu gehören 17 bekannt gewordene Anläufe, Konzerte zu organisieren, von denen zehn erfolgreich durchgeführt wurden, an denen bis zu 1.500 Personen teilnahmen.

Bei den Versänden und Labels ist neben den alteingesessenen Marktführern »Rock O Rama« und »VGR Multimedia« (ehemals »Funny Sound« und »Creative Zeiten«) heute insbesondere das Unternehmen »Ohrwurm« nebst angegliederter Projekte von Marcel Ingignoli zu nennen, die im Ennepe-Ruhr-Kreis beheimatet sind. Auch Zeitschriften nennt die NRW-RechtsRock-Szene ihr Eigen, von denen »Rock Nord« aus dem Hause VGR die auflagenstärkste ist. Zudem existiert eine Handvoll rechter Läden.

Die Kampagne »kein raum der nazi-musik!« versucht einerseits, klassische Aufklärungsarbeit zu leisten und für das Thema zu sensibilisieren. Ein weiteres Ziel ist es, RechtsRock-Projekte direkt anzugehen.

Und möglichst breit in der kulturellen Sphäre zu intervenieren, setzt die Kampagne auf unterschiedliche Ideen: von der Stärkung alternativer Ansätze in Regionen, in denen eine Dominanz rechten Lifestyles im jugendkulturellen Bereich droht, über Diskussionen mit Kulturschaffenden und der Initiierung von Debatten in einzelnen Musikstilen bis hin zur Organisierung eigener gegenkultureller Events.

Einzelne Erfolge konnten bereits erzielt werden, beispielsweise bei den C18-Bands »Oidoxie« und »Weisse Wölfe«, deren Wirkungsradius sich bis hin zur Anmeldung eigener Demonstrationen und Auftritten auf Aufmärschen erstreckt. Am 5. Februar erhielt »Oidoxie«-Frontmann und »Weisse Wölfe«-Drummer Marko Gottschalk unangekündigten antifaschistischen Hausbesuch in Form einer Kundgebung vor seiner Wohnung. Diese Aktion sowie diverse Infoveranstaltungen, begleitet von Hintergrundinformationen in der »LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW«, erfreuten sich eines großen öffentlichen Interesses. Zwischenzeitlich hat sich die Lage für Gottschalk und seine Kameraden weiter zugespitzt. Einer Strafanzeige gegen die Mitglieder der beiden Bands seitens der VVN-BdA folgten am 6. Mai acht Hausdurchsuchungen und eingeleitete Strafverfahren.

Am 31. März erhielt auch VGR- und »Rock Nord«-Macher Andreas Zehnsdorf unerwünschten Hausbesuch. Weit ab von seinem Hildener Arbeitsplatz war an seinem Wohnort in Essen bisher nichts über die beruflichen und politischen Tätigkeiten des ehemaligen FAP-Aktivisten bekannt.

Antifaschistische Demonstrationen nahmen u.a. auch die Läden »Viking Ship« und »Ranger Streetwear« nebst »Ohrwurm«-Versand/ Label sowie die Band »Barking Dogs« ins Visier. Weitere Demos sind in Vorbereitung. »Eskil« verlor ihren Düsseldorfer Proberaum.

Zwar wird die laufende Kampagne nicht das Aus für die RechtsRock-Aktivitäten in NRW bringen. Neben der recht erfolgreichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit, ist es aber immerhin gelungen, dafür zu sorgen, dass es für diverse RechtsRock-Projekte vor Ort bereits enger geworden ist. Hieran soll nun weiter angeknüpft werden. ■

Weitere Infos unter www.antifa-nrw.de/rero und www.free.de/lotta

Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) hat sich im Februar 2003 aufgelöst, zu ihrem Selbstverständnis gehörte neben »Bündnisfähigkeit« und wahrnehmbaren Aktionismus das Konzept eines revolutionären - kapitalismuskritischen - Antifaschismus. Nun gibt es stattdessen die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und die Kritik & Praxis - Berlin (KP-Berlin). Wir sprachen mit beiden neuen Gruppen über Sinn und Zweck dieser Trennung.

... scheiden tut weh?

Interview mit der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB)

Was war ausschlaggebend für die Auflösung der AAB? Waren es die Diskussionen oder das Fehlen von Diskussionen, welche dazu führten?

Die Trennung der Gruppe war das Ergebnis einer Entwicklung, die etwa mit der Auflösung der AA/BO begann. Hintergrund war hierbei die Frage nach der gesellschaftlichen Intervention. Konkret: ist es notwendig, zunächst ein ausgefeiltes, bis ins Detail genaues Programm zu erstellen und dabei den Aufbau einer linken Bewegung zurückzustellen oder – wie wir es vorhaben – im Rahmen einer aktionistischen Politik als Bewegungslinke Konzepte und Grundlagen zu erarbeiten, zu überprüfen und gegebenenfalls zu erneuern? Während wir uns zum Beispiel als Teil der globalisierungskritischen Bewegung verorten und uns hierbei um eine linksradikale Perspektive bemühten, bevorzugte ein Teil der Gruppe eine abwartende bis distanzierte Haltung mit der Aufgabe, die linken Akteure zu kritisieren oder gleich die ganze Bewegung als reformistisch oder reaktionär zu diffamieren.

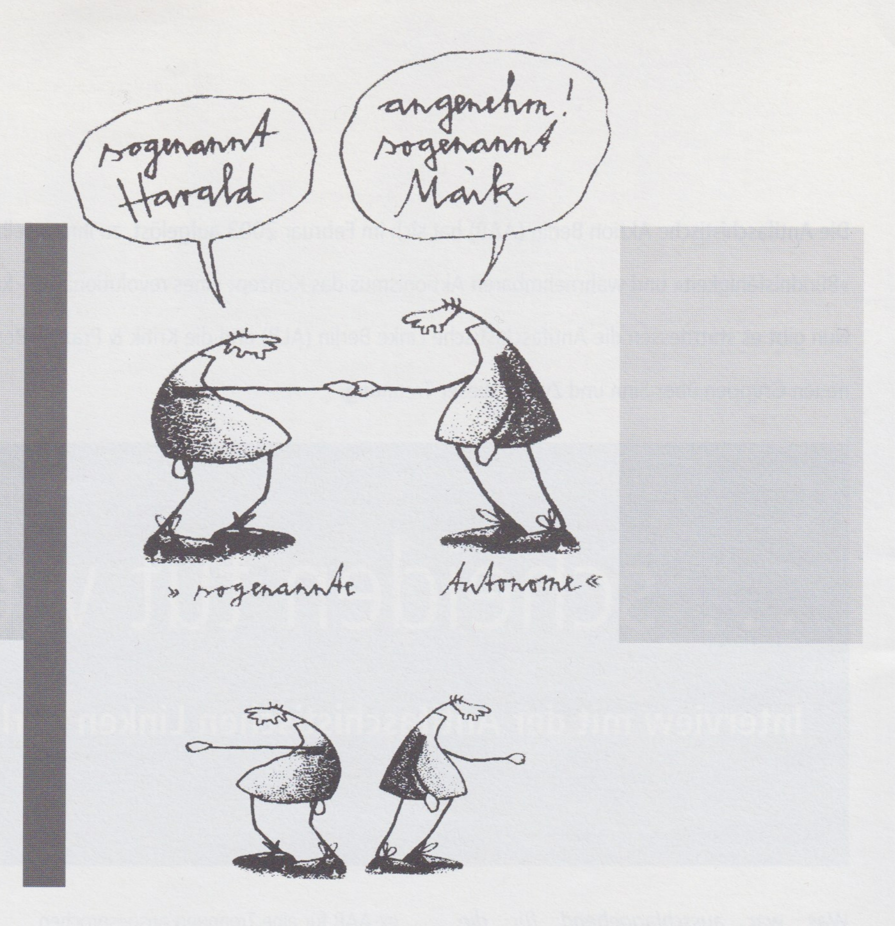
Waren die Gegensätze zwischen den Flügeln denn tatsächlich unüberbrückbar? Differenzen können ja auch produktiv sein...

Die »Gegensätze« waren zumindest so groß, dass sich ein nicht unbedeutender Teil der ex-AAB für eine Trennung ausgesprochen hat. Gegensätze sind generell auch nur dann produktiv, wenn sich die Beteiligten nicht grundlegend widersprechen. Für uns als der Teil, der die meisten Projekte der letzten Jahre praktisch umgesetzt hat, war es nicht ausreichend, wenn die Analyse der abzuschaffenden Verhältnisse identisch war, aber völlig verschiedene Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden. Primat unserer Politik ist auch weiterhin, die Linke zu stärken, Impulse zu geben und die Wahrnehmbarkeit für linksradikale Standpunkte in der Gesellschaft und in sozialen Kämpfen, die nicht unbedingt einen antikapitalistischen Ansatz haben, zu gewährleisten. Wenn man als Gruppe öffentlich wahrnehmbar sein und eingreifen möchte, reicht eine kommentierende Haltung eben nicht aus bzw. führt zwangsläufig zu »Gegensätzen«, die besser getrennt von einander organisiert sein sollten. Im Interesse beider beteiligten Seiten.

Wenn das Konzept des revolutionären Antifaschismus, als Hebel zur Kapitalismuskritik, durch die ebenfalls kapitalismuskritische so genannte Antiglobalisierungsbewegung an Bedeutung verliert – welche Rolle spielt dann noch Antifa-Arbeit im Sinne einer Anti-Nazi-Arbeit?

Wie man an unserem Namen »Antifaschistische Linke Berlin« bereits erkennen kann, wird das Themenfeld Antifaschismus auch weiterhin zentrales Element unser politischen Arbeit sein. Am 1. Mai haben wir uns zum Beispiel stark im »Bündnis gemeinsam gegen Rechts« engagiert und mit eigenen Plakaten gegen den Nazi-Aufmarsch mobilisiert. Mitte Juni haben wir uns dann an der Aktion gegen den Nazi-Aufmarsch in Hannover beteiligt. Nicht zuletzt weil der »Aufstand der Anständigen« wirkungslos verpufft ist, sollte die Anti-Nazi-Arbeit für linksradikale Gruppen auch weiterhin ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Dabei ist gerade auch für Jugendliche der Kampf gegen Neonazis wichtig, weil sie es sind, die mit Aufnähern und Ansteckern rumlaufen und dann konfrontativ mit Nazis zusammenstossen. Die größten linksradikalen Demonstrationen (neben der Luxemburg-Liebknecht-Demo und dem 1. Mai) finden zudem immer noch zum Thema Antifaschismus statt. Anzustreben ist für uns als ALB allerdings, sich mehr in angrenzenden Politikfeldern wie Antirassismus oder dem Kampf gegen Antisemitismus zu engagieren.

Die Frage wie stark mensch in seiner politischen Arbeit innerlinke Diskussionen und Kritik und/oder den eigenen Aktionismus gewichtet, beschäftigte ja nicht nur die ex-AAB. Hat Euch als »AktionistInnen« die Trennung nach vorn →



gebracht?
Es ist nach vier Monaten noch nicht abschließend zu sagen, ob uns die Trennung »nach vorn gebracht« hat. Wir konnten jedoch zum Beispiel im Zuge der Tag-X-Mobilisierung gegen den Irak-Krieg feststellen, dass wir unsere ganze Kraft auf die inhaltliche und praktische Ausrichtung der konkreten Aktionen verwenden konnten. Wir hatten dafür als Ausgangspunkt eine klare antimilitaristische Position, während eben andere noch darüber diskutierten, ob der Krieg überhaupt abzulehnen sei.

Traurigerweise führen innerhalb der radikalen Linken Diskussionen über die Neubestimmung der eigenen Politik fast immer zur Auflösung oder Spaltung.
Mit welcher Strategie sollte auf gesellschaftliche Veränderung adäquat reagiert werden? Die ALB will ja aus ihrer Praxis eine inhaltliche Weiterentwicklung erreichen, was andere als blinden Aktionismus sehen. Warum so und nicht andersherum?

Dieser Streitpunkt ist so alt wie die Linke selber: soll zuerst ein allumfassendes Programm erarbeitet werden, oder sollen sich auf Basis eines antikapitalistischen Grundverständnisses aus der Praxis weiterführende Positionen ergeben? Gruppen wie die Autonome Antifa [M] haben Anfang der 90er Jahre nicht nur wegen ihrer eindeutigen Positionsbestimmung für so viel Wirbel gesorgt, sondern vor allem weil sie ihre inhaltlichen Überlegungen und inhaltlichen Anliegen wirkungsvoll auf die Straße getragen und so für Orientierung, aber auch für Reibefläche und Diskussionen gesorgt haben. Und schon waren sie Teil einer ausführlichen Debatte um linksradikale Politik, um Neugestaltung von Konzepten und Perspektiven. Das war kein blinder Aktionismus, sondern die Erkenntnis, dass auch das beste Programm nichts nützt, wenn sich niemand dafür interessiert, weil man als zirkelhafte Kleingruppe alleine unter Büchern verschwindet. Konkret zu Euer Frage: gesellschaftliche Veränderung finden nicht im luftleeren Raum, sondern eben in der Öffentlichkeit bzw. im Kapitalismus statt. Wer sich davor verschließt, kann gar nicht auf genannte Veränderungen reagieren. Auch wenn die Revolution zur Zeit nicht gerade bevor steht, geht es doch immer darum, revolutionäre Politik mit dem dahinter stehenden Ziel einer klassenlosen Gesellschaft öffentlich wahrnehmbar zu machen, Räume zu öffnen und die Linke zu stärken. Hierbei wollen wir unbedingt auf das Papier »Super-Gau der Kritik« vom AK-Max (siehe www.antifa.de) verweisen.

Offiziell ausschlaggebend zur Auflösung war ja der unterschiedliche Umgang mit der Friedensbewegung bei der Anti-Bush-Demo im Sommer 2002.
War das Konzept der strömungsübergreifenden Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die sich als »links« bezeichnen, zu blauäugig?

Nicht nur der Umgang mit der Friedensbewegung, sondern der Umgang mit Bewegungen allgemein, also wie zum Beispiel auch mit der so genannten Antiglobalisierungsbewegung. Der Irak-Krieg und die daraus resultierenden Konsequenzen für Deutschland– genannt sei hier nur der Umbau der Bundeswehr zur einsatzfähigen Interventionsarmee oder die Remilitarisierung innerhalb der EU – war und ist eine der wichtigsten Entwicklung der letzten Jahre. Für uns war es daher selbstverständlich, gemeinsam mit anderen linken Gruppen wie F.e.l.s. vor Ort – das heißt in Berlin – mit einer antimilitaristischen Position gegen Krieg, Kapitalismus und Rot/Grün zu agitieren. Noch in der AAB meinte gleichzeitig ein Teil der Gruppe, sich nicht klar gegen den Krieg positionieren zu können oder den Militäreinsatz gar befürworten zu müssen, was zu besagter Blockade-Situation führte und letztlich maßgeblich zur Trennung beigetragen hat.

Die strömungsübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ist nicht gescheitert. Wir demonstrieren in Bündnissen gegen neoliberale Globalisierung anlässlich von Wirtschaftsgipfeln, gegen Neonazi-Aufmärsche oder eben gegen den Irak-Krieg. Die Wahrnehmbarkeit von antikapitalistischen Positionen bei den Anti-Kriegs-Protesten ist natürlich auch nur dann groß, wenn sie sich daran beteiligen. Als Linksradikaler nicht hingehen und dann meckern, dass keine Linksradikalen da sind, ist öde.

Vier Monate nach der Trennung stellt sich die Frage, welche Erfahrung habt Ihr mit Eurem Schritt in die politische Praxis gemacht? Zum Beispiel beim 1. Mai 2003.

Vielen von uns sitzt die Trennung noch tief in den Knochen, obwohl wir mit den Anti-Kriegs-Aktionen, dem »Free-Juan Ra-Konzert«, den vielen Aktivitäten rund um den 1. Mai und aktuell mit der Mobilisierung zum G8-Gipfel nach Evian sofort durchgestartet haben. Praktisch hat sich nicht so viel geändert, weil sich viele der »AktionistInnen« – wie Ihr sie beschrieben habt – bei uns gesammelt haben. Einige, die sich aufgrund der Streitigkeiten schon fast verabschiedet hatten, haben sich sogar wieder eingeklinkt.

An einer Auswertung zum 1. Mai arbeiten wir noch und werden diese beim Erscheinen des AIB sicher schon auf www.antifa.de veröffentlich haben. Nur soviel: die drei Aktionen von uns, das Konzert zur Walpurgisnacht, die Anti-Nazi-Mobilisierung am Vormittag und die gemeinsame Demo, waren ein riesen Event in Berlin. Wir fanden die Initiative zu einer gemeinsamen Demo ausgehend von einer klaren Anti-Kriegs-Position gut und der gesellschaftlichen Situation entsprechend sinnvoll. Auch wenn wir uns eine bessere Beteiligung im Bündnis hätten vorstellen können – und gerne Gruppen wie Autopool, die Anticapitalistas oder f.e.l.s. mit in der Vorbereitung gehabt – haben wir doch das Optimale rausholen können. ■

Kontakt: mail@antifa.de



Interview mit Kritik & Praxis – Berlin

Was war ausschlaggebend für die Auflösung der AAB? Waren es die Diskussionen oder das Fehlen von Diskussionen, die dazu führten?

Die AAB befand sich in einer Reflektion des Gewesenen und einer Diskussion über die Neuausrichtung der Gruppe. Die Auflösung fand aufgrund einer Diskussionsverweigerung durch Mitglieder der heutigen ALB statt. Diese sahen in Folge bestehender Gruppenkonflikte keine Basis mehr für eine gemeinsame Neuausrichtung und sabotierten diese durch öffentliche Provokationen. Unterschiedlich waren die Positionen in Bezug auf Bewegungspolitik, das Konzept Antifa und Verortung innerhalb der Linken.

Waren die Gegensätze zwischen den Flügeln denn tatsächlich unüberbrückbar?

Da eine Klärung der Differenz nicht stattgefunden hat, lässt sie sich nicht hinreichend darstellen. Die Unüberbrückbarkeit bestand in der Unfähigkeit der traditionell Orientierten, ihre Haltungen in der internen Diskussion argumentativ zu begründen. Diese argumentative Unterlegenheit führte bei ihnen zu Frustration, besonders unter der Voraussetzung, dass sie den praktischen Anteil der Politik der AAB als ihre Leistung wahrnahmen.

Wenn das Konzept des revolutionären Antifaschismus, als Hebel zur Kapitalismuskritik, durch die ebenfalls kapitalismuskritische so genannte Antiglobalisierungsbewegung an Bedeutung verliert – welche Rolle spielt die Antifa-Arbeit im Sinne einer Anti-Nazi-Arbeit dann noch?

Der revolutionäre Antifaschismus hat seine Bedeutung nicht wegen der zunehmenden Anti-Globalisierungsbewegung verloren, sondern weil eine radikale Kritik des Bestehenden das Bestehende (Staat, Ökonomie, Nation) in seiner Struktur zum Gegenstand haben muss. Beim revolutionären Antifaschismus ging es um eine Zuspitzung des Antifaschismus zur Systemkritik. Für Systemkritik ist der Antifaschismus im bürgerlichen Staat nicht geeignet, da dieser zum guten Ton des Demokraten gehört. Ob Anti-Nazi-Arbeit in Zukunft bei uns eine Rolle spielt, muss noch geklärt werden. Weiterhin gilt: der Schaden des Faschisten ist unsere Freude.

Die Frage wie stark mensch in seiner politischen Arbeit innerlinke Diskussionen und Kritik und/oder den eigenen Aktionismus gewichtet, beschäftigte ja nicht nur die ex-AAB. Hat Euch die Trennung nach vorn gebracht?

Es gilt, das linke »Wir« zu zerstören. Gemeinsamkeit sollte keine emotionale, sondern eine rationale sein. Mit Antisemiten und Fans der gesellschaftlichen Ordnung wollen wir keine grundsätzliche Gemeinsamkeit halluzinieren. Diese ist nicht existent. Wir sind der Ansicht, dass man mit allerlei Leuten zu bestimmten Anlässen zusammenarbeiten →



kann. Die Unterschiede müssen hierbei deutlich bleiben. Eine Trennung von Kritik und Praxis ist für uns nicht vorstellbar. Die Aufgabe der radikalen Linken ist die Kritik der bürgerlichen Demokratie. Um diese Kritik sichtbar werden zu lassen, muss sie sich in der Öffentlichkeit darstellen. Für dieses Anliegen haben sich bei uns die Voraussetzungen gebessert, weil wir nun die letzten Verehrer nationaler Befreiung und affirmativer Politik hinter uns gelassen haben.

Traurigerweise führen innerhalb der radikalen Linken Diskussionen über die Neubestimmung der eigenen Politik fast immer zu Auflösung oder Spaltung. Mit welcher Strategie sollte auf gesellschaftliche Veränderung adäquat reagiert werden?

Im Zweifel sind wir gegen das Dagegen. Die Kritik der Gesellschaft ist der Zweck der radikalen Linken. Hierbei muss sie zwei Ansprüchen genügen: Erstens muss sie der Gesellschaft entsprechen, somit auch ihrer Veränderung, und zweitens muss sie wahrnehmbar sein.

Die KP Berlin will ja aus einer inhaltlichen Weiterentwicklung heraus ihre Praxis ableiten, was andere als Diskussion zum reinen Selbstzweck sehen. Warum so und nicht andersherum?

Wenn man sich kein Ziel für sein Handeln setzt, wird man die notwendigen Mittel dafür nur schwer auswählen können. Ziel ist nicht weniger als die Abwendung des beschädigten Lebens im Kapitalismus. Eine Praxis, sich die passenden Ziele ständig hinzudichten, um diese dann als Erfolg abzufeiern, ist etwa ähnlich sinnvoll wie sich jeden Morgen darüber zu freuen, dass man es schafft, die Schnürsenkel kunstvoll zu einer Schleife zu binden.

Offiziell ausschlaggebend zur Auflösung war ja der unterschiedliche Umgang mit der Friedensbewegung. War das Konzept der strömungsübergreifenden Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die sich als »links« bezeichnen, zu blauäugig?

Ja, das stimmt. Die AAB hat jahrelang das linke »Wir« groß geschrieben. Mit einer Mischung aus Bourdieu, Luhmann und Marxismus-Leninismus wurde nach Marketing-Kriterien an der eigenen Bedeutung in der medialen Öffentlichkeit gefeilt. Hierbei diente der AAB als Vorteil das Desinteresse an ernsthafter Gesellschaftskritik in breiten Teilen der Linken. Wir haben uns vom Konzept Antifa entfernt und legen mittlerweile Wert auf eine genauere Analyse der gesellschaftlichen Verfasstheit. Hieraus folgt unsere Skepsis gegenüber Positionen und Gruppen, mit denen wir in der Vergangenheit kommentarlos als Einheit in Erscheinung getreten sind.

Welche Erfahrung habt Ihr mit Eurem Schritt in die politische Praxis vier Monate nach der Trennung gemacht?

Bisher sind wir mit unserer 1.Mai-Demonstration in Erscheinung getreten. Unsere Musik war moderner, unsere Demonstrationsteilnehmer hübscher und die anwesenden Nationalfahnen waren keine von Verliererstaaten. Trotz unserer Bewegungsuntauglichkeit haben sich ausreichend viele Menschen für unsere Demonstration interessiert. Wir haben sogar in unserem Menschenfreundetum den Verfolgten und Entrechteten der Bahamas eine Aufenthaltsgenehmigung auf unserer Demonstration erteilt. Als Mangel bei der Demonstration stellen wir fest, dass wir unser Verhältnis zu dem Israelblock nicht hinreichend geklärt und erklärt haben. Fragwürdig finden wir eine staatskritische Haltung, die sich nationaler Symbole bedient. Den Zusammenhang zwischen Staatskritik und Antisemitismus, der sich hierbei symbolisch in der Israelfahne ausdrückt, finden wir zudem etwas kryptisch.

Infos: www.kp-berlin.de ■

Völkischer Wolf im bündischen Schafspelz

Der Freibund

Sein vierzigjähriges Jubiläum feiert gegenwärtig der Freibund e.V.. Hervorgegangen aus dem neonazistischen Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) präsentiert sich der Freibund heute im bündisch-wertkonservativen Gewand. Doch ein Blick unter diesen Schafspelz offenbart bis heute eine große ideologische und strukturelle Nähe zum deutschen Neonazismus. Der Freibund ist Teil der völkischen Jugendarbeit der extremen Rechten.

Geschichtliche Kontinuitäten ...

Der Bund Heimattreuer Jugend e.V. (BHJ) war in den 50er und 60er Jahren ein Zusammenschluß unzähliger Jugendgruppen, die selten bündische, dafür um so mehr nationalsozialistische Traditionen pflegten. Ein Beispiel hier für war die Arbeitsgemeinschaft Nationaler Jugendbünde Österreichs (ANJÖ), die repressionsbedingt Teile ihrer Infrastruktur Ende der 50er Jahre nach Deutschland verlegte.[1] Den damaligen ANJÖ-Kopf Konrad Windisch[2] präsentiert der Freibund e.V. bis heute als den Vordenker der eigenen Bewegung. Er sei derjenige, »... der (...) unsere Grundsätze verfaßte«. Es ging letztendlich »um die Persönlichkeitsbildung des Einzelnen in der Gemeinschaft, die sich vor allem auf charakterliche Entwicklung und traditionelle Werte stützte«.[3] Der Freibund selbst betont heute vor allem den bündisch-musischen Stil und stellt politische Forderungen bewusst zurück. Bastel- und Backnachmittage, die Teilnahme an Singewettstreits oder die Durchführung von Wanderungen stehen im Mittelpunkt der Arbeit des Freibundes.

Diese Form des öffentlichen Auftretens täuscht nicht darüber hinweg, dass die wesentlichen politischen Positionen niemals aufgegeben wurden. »Bei allen Unterschieden zwischen dem heutigen Freibund und dem Bund heimattreuer Jugend der 60er und 70er Jahre sind jedoch die Grundprinzipien gleich geblieben: Selbsterziehung (Jugend führt Jugend!), Bekenntnis zu unserer Identität als Deutsche, Bekenntnis zu unserem Volk und zur Völkervielfalt, europäische Gesinnung«.[4]

... und Brüche

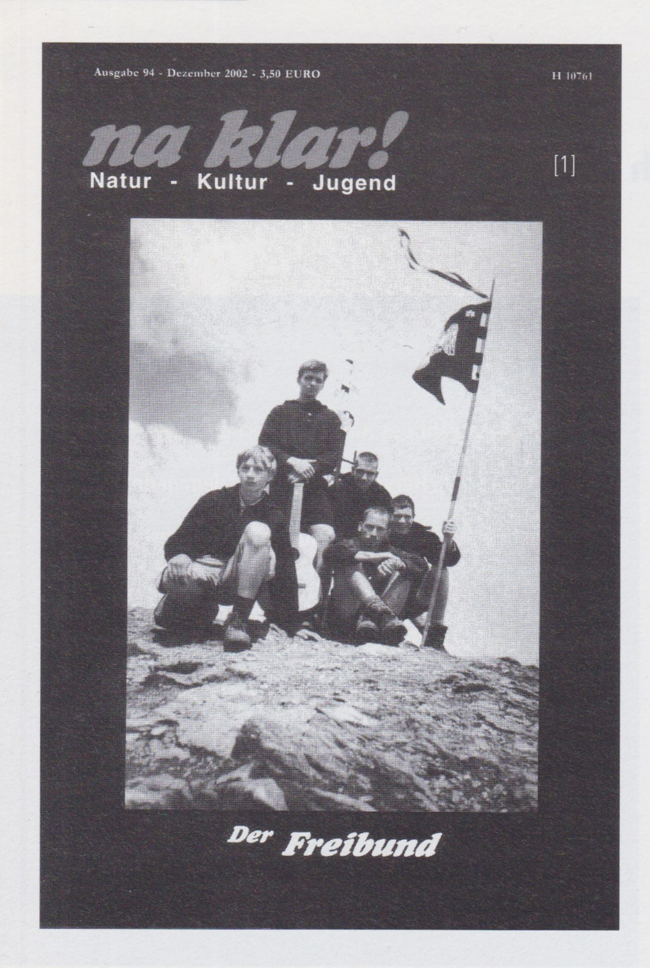
In der Geschichte des Freibundes gab es mehrere politische und strukturelle Brüche. Ab 1973 begann die Abgrenzung des BHJ e.V. zu offen neonazistisch agierenden Gruppen.[5] Hierzu zählte etwa die Wiking-Jugend, mit welcher man lange Zeit gemeinsame Aktionen durchführte. Ende der 80er Jahre spaltete sich der BHJ e.V. erneut, diesmal an der Frage der öffentlichen Ausrichtung des Vereins. Durchgesetzt hatte sich die Fraktion, die bündische Aspekte betont und politische Forderungen in der Öffentlichkeit zurückstellen wollte.[6] Die Änderung des Namens und des Vereinssymbols dokumentierte diesen Wandel. Der »politische« Teil gründete unter Mitwirkung des ehemaligen Bundesführer Michael Will, Gernot Möhrig und auch Dietmar Munier 1990 die Heimattreue Jugend e.V.[7]

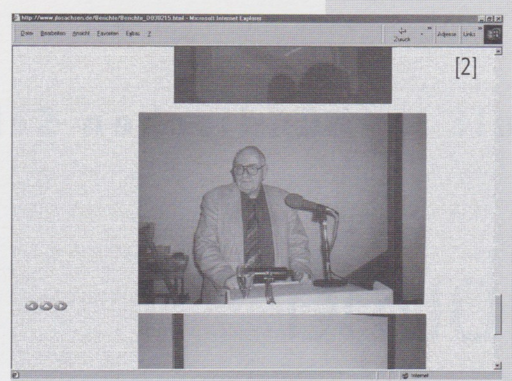
Der Freibund heute

Strukturell baute der BHJ wie vergleichbare Gruppen auf dem Familienprinzip auf. Dem liegt ein völkisches Konstrukt der Nation zugrunde, in der die Familie oder die Sippe als kleinste Einheit ihren Beitrag für die Gemeinschaft leistet. Im Freibund findet sich dieser Lebensbund-Ansatz wieder, was sich durch die Kontinuität bestimmter Familien in der Freibund-Geschichte gut dokumentieren lässt.

Praktisch ist der Freibund in kleinen, nach Alter geordneten Gruppen, den sog. »Horten« organisiert, die wiederum zu »Hortenringen« zusammengeschlossen sind. Geleitet werden diese von den drei Leitstellen, die das zu betreuende Gebiet unter sich aufgeteilt haben. Scheinbar werden die Schweiz, Österreich und Südtirol als »volkszugehörig« begriffen, da diese von der Leitstelle Süd betreut werden. Etwa drei Mal im Jahr erscheint die Zeitschrift des Freibundes Na Klar!, welche neben Fahrtenberichten und »Pfadfindertips« auch programmatische und ideologische Artikel enthält.

Die Größe des Freibundes ist heute schwer einzuschätzen, sie dürfte sich zwischen ein- bis dreihundert Mitgliedern bewegen. Dazu zählen nicht nur die in Gruppen organisierten Kinder und Jugendlichen, sondern auch die Älteren, die für den Bund tätig bleiben und eigene Älterentreffen veranstalten. →





[1] Die Freibund-Zeitung »na kla!« gibt sich auf den ersten Blick unpolitisch. Auf dem Deckblatt ist Björn Rusinowski (2.v.r. sitzend) zu sehen.

[2] Konrad Windisch ist nach wie vor ein zentrale Figur der völkischen Jugendarbeit. . Hier auf einer Veranstaltung der JLO im Februar 2003. (Screenshot der JLO-Internetseite).

➔ Mit dem betont konservativ-bündischen Habitus schlägt der Freibund heute eine Brücke in die Braunzone. Hier ist u.a. die Landsmannschaft Ostpreußen zu erwähnen, in deren Ostpreußenblatt mehrmals für die Bundeswinterlager geworben wurde. Beim Älterentreffen 2001 war der Braunzonenaktivist Albrecht Jebens, damaliger Vorsitzender des Studienzentrum Weikersheims, als Referent angekündigt.

Die nach Außen getragene Abgrenzung nach ganz rechts ist jedoch angesichts der vertretenen Inhalte unglaubwürdig. Die Verbindungen zur extremen Rechten sind nur zu deutlich. Am 7. Oktober 2000 nahmen Freibündler gemeinsam mit bekannten Rechtsextremisten, wie dem Rechts-Rock Liedermacher Sleipnir, am 1.Tanz – und Musikfest »Liedg(l)ut« der nationalrevolutionären Zeitschrift »wir selbst« teil. Eingeladen hatte zu dem Treffen der völkische Musiker Friedrich Baunack, der fest in das Netzwerk der extremen Rechten eingebunden ist. Einige Monate nach dem Festival fungierte Baunacks Telefonnummer als Infotelefon für die Sonnenwendfeier 2001 des Freibundes im Raum Fulda. Als Unterstützerin des Liedg(l)ut-Treffens fungierte u.a. Ursula Wetzel-Haverbeck, deren Collegium Humanum in Vlotho schon lange Zeit über beste Verbindungen zu völkischen Jugendgruppen verfügt. So diente schon Mitte der 90er Jahre der Anschluß des Seminarhauses als Infonummer für ein Sommerlager des Freibundes. Als Kontakte wurde Jörn Jakob benannt.

Ein regionaler Mikroblick – Berlin

Ein solches extrem rechtes politisches Umfeld kennzeichnet auch die Berliner Freibund-Gruppe. Eine ihrer Führungsfiguren, Björn Rusinowski, engagierte sich Ende der 90er Jahre in Berliner Neonazikreisen. Darüber hinaus ist er Vorsitzender des Vereins Tanzkreis Spree-Athen e.V., welcher quasi der Volkstanzverein des Berliner Freibundes ist. Vereinszweck ist laut Satzung »sich der Volkstanzpflege zu widmen und insbesondere junge Menschen an Volkstanz heranzuführen« (§2 Abs.1). An der Seite von Rusinowski sitzt Matthias Lau im Vereinsvorstand, der in der Vergangenheit ebenfalls für den Freibund aktiv wurde. Nicht zuletzt war mit Lars Radtke in der Gründerzeit des Vereins der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Freiheitlichen (Jugendorganisation des Bundes freier Bürger) als Schriftführer im Vorstand.

Einschätzung

Im Vordergrund der Ideologie und auch der praktischen Tätigkeit des Freibund stehen heute die klassisch bündischen Traditionen, also die Suche nach einer heilen und mystischen Natur, der »natürlichen«, völkischen Gemeinschaft, die Suche nach dem von der Moderne umverfälschtem Leben. Diese Werte besitzen in sich einen Kern, der zum Ideologiegebäude der extremem Rechten gehören.

Dabei bleibt es beim Freibund aber nicht, bis heute ist der Bund mit der neonazistischen Szene verbunden. Wenn der sich heute wertkonservativ gebende Freibund auf seine vierzigjährige Geschichte verweist, heißt dies in der Konsequenz auch, dass man sich positiv auf seine früheren Mitstreiter und (ideellen) Unterstützer bezieht. Zu diesen zählte etwa Hans-Ulrich Rudel, der Ehrenmitglied des BHJ war.[8] Ein aktuelles Beispiel ist u.a. Iris-Katrin Fischer, die in der extrem rechten Szene als Sängerin Swantje Swanhwit bekannt ist.

Auch wenn der Freibund heute aufgrund seiner Größe nur eine geringe Rolle zu spielen scheint, sollte seine Bedeutung nicht unterschätzt werden. Hier findet eine langjährige, planvolle und gut organisierte Jugendarbeit statt, der ideologisch gefestigte Menschen entwachsen, die bereit sind, neue Kader der extremen Rechten zu werden. ■

1| Kurt P. Tauber: Beyond eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, Middletown/USA 1967, S.404ff
2| Zu Konrad Windisch siehe Seite. 19
3| Na Klar!, Nr. 94/02, S.3
4| Na Klar! Nr. 95/03, S. 13
5| Der Trommler, Nr. 9, 1980, S.2, Auf ein Wort, von Gernot Mörig.
6| Na Klar!, Nr. 60/92, S.3
7| Ausführlich zur HDJ e.V. vgl. AIB Nr. 58, S. 20ff
8| Rudel war der höchstdekorierte Soldat im nationalsozialistischen Deutschland und engagierte sich nach dem Krieg in der Deutschen Reichspartei

Niemand sprach über die Inhalte...

NPD-ein verbotsresistentes Label

Am 18. März 2003 teilte das Bundesverfassungsgericht (BVG) mit, dass das Parteiverbotsverfahren gegen die NPD eingestellt wurde. Ein Blick in die Stellungnahme des BVG macht deutlich, dass ausschließlich die Problematik der V-Leute ausschlaggebend für die Einstellung des Verfahrens war. Von daher hat die NPD nicht gewonnen, sondern vielmehr die Antragssteller verloren.



Verfahrenshindernis V-Leute

Drei der sieben mitwirkenden RichterInnen äußerten massive rechtsstaatliche Bedenken an der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden und stellten »ein nicht behebbares Verfahrenshindernis« fest. Ihrer Meinung nach würde die »staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei. Einflussnahmen auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar [machen]«. Außerdem bemängelten sie, dass nach dem Einreichen der Verbotsanträge Anfang 2001 weiterhin geschnüffelt wurde.

Welche Motivation die Verfassungsschutzämter in dem ganzen Verbotsverfahren hatten bleibt unklar. Es macht den Eindruck, dass die politischen Forderungen nach einem Verbot der NPD im Sommer 2000 einige Schlapphüte vom bequemen Bürostuhl kippen ließ. Schließlich hatte man sich mit der NPD gut eingerichtet. Zwei V-Leute waren jeweils mehr als 20 Jahre dabei und überhaupt hatte man in jedem NPD-Vorstand ein bis zwei, manchmal auch drei V-Leute platziert. Nicht zuletzt finanzierten die Herren aus den Ämtern auch über Jahrzehnte den Aufbau von neonazistischen Strukturen mit und sicherten so auch in Zukunft ihren Arbeitsplatz.

Das wirft die Frage auf, inwiefern die Verfassungsschutzämter das Verbotsverfahren absichtlich torpediert haben. Die drei RichterInnen kritisierten auch, dass die Namen weiterer V-Leute nicht genannt wurden, so dass der Senat nicht beurteilen könne, »welche Teile (...) des vorgelegten Materials von (...) V-Leuten stammen und welche nicht«.

1:0 für wen ?

Die NPD wiederum übte sich vor Gericht in Selbstverleugnung. Sie teilte beispielsweise im März 2002 dem BVG mit, dass die Verfassungsschutzämter »in vielen Fällen Einfluss auf ihr Verhalten und das ihrer Anhänger genommen [hätten]«. Das ist sicherlich richtig, aber eben auch falsch. Schließlich distanzierte man sich – als die V-Mann-Tätigkeit noch nicht bzw. kaum bekannt war – nicht von den Aktivitäten dieser Mitglieder. Entweder war die Toleranz bei diesen Leuten zufällig besonders groß, oder die NPD als Partei stimmte eben doch mit den Inhalten und Aktivitäten ihrer unerkannten V-Leute überein.

Politisch, aber auch juristisch ist die Einstellung des Verfahrens richtig. Politisch, weil die NPD nur ein Teil des Problems ist. Die extreme Rechte gedeiht in der Mitte der Gesellschaft. Beispielsweise schafft die staatlich legitimierte Einteilung von AusländerInnen in gut (»Green-Card«) und schlecht (»Asylanten«) erst ein derartiges Klima in der vielbeschworenen Zivilgesellschaft. Da helfen schlussendlich auch staatlich finanzierte Homepages gegen rechts nichts.

Juristisch ist die Einstellung ein Dämpfer für die Arbeit der Verfassungsschutzämter, da es die offensichtliche Unsinnigkeit ihrer Arbeitsweise deutlich machte. Und natürlich ist es nach dem Verfahren notwendiger denn je zu fragen, welchen Sinn die Arbeit des Schnüffler überhaupt hat. Denn selbst gerichtlich verwertbar – das zeigt nicht nur dieser Prozess – ist kaum etwas.

Den Anträgen zufolge sollte das Verbot ursprünglich erfolgen, weil die NPD »nationalsozialistisch, antisemitisch, rassistisch sowie antidemokratisch geprägt« sei. Dies sei mit einer »aggressiv-kämpferischen Weise« verbunden. Belegen lässt sich dies – ein Blick in die Publikationen der Partei reicht dafür aus – bis in die Gegenwart hinein. Und selbst die »aggressiv-kämpferische Weise« einzelner Mitglieder wurde in Vergangenheit und Gegenwart (siehe nachfolgende Seiten) hinreichend dokumentiert. Von daher ist der NPD-Slogan nach dem Urteil – »1:0 für Deutschland« – platteste Selbstüberschätzung und politischer Blödsinn. Doch über die Inhalte wurde ja nicht mehr gesprochen. →



Foto: juelich/attenzione

[1] »Aggressiv-kämpferische« NPD-Anhänger in Freiburg unter den Augen der Polizei.

Wer sich in den Reihen der NPD-Funktionäre umschaut, braucht keinen Verfassungsschutz, um ein »aggressiv-kämpferisches Potenzial« nachzuweisen. Viele von ihnen fallen seit Jahrzehnten durch gewalttätige Überfälle auf. Beispielhaft seien hier die NPD-Funtionäre Patrick Curths (Brandenburg) und Maik Spiegelmacher (Mecklenburg Vorpommern) genannt.

Plaudernder Messerstecher: Patrick Curths

Über die an sich recht unspektakuläre Gründung eines NPD-Ortbereichs Nauen (Brandenburg) berichtet die NPD Berlin-Brandenburg in ihrer Postille »Zündstoff« Anfang diesen Jahres. Spannender ist da schon der Hinweis, dass jene Ortsbereichsgründung »in Anwesenheit des stellvertretenden Vorsitzenden der Brandenburger NPD, Patrick Cuhrts«[1] , vonstatten ging.

Der ehemalige führende Aktivist der verbotenen NF und der Brandenburger Sektion der rassistischen Hammerskins[2] , war an verschiedenen Überfällen beteiligt. Nachdem im November 1992 der Brandenburger Nazijugendclub von AntifaschistInnen beschädigt wurde, fuhr Patrick Curths mit zwei weiteren Neonazis durch die Stadt, um vermeintliche Linke zu attackieren. Sie fanden ein Opfer »dem Curths ein Messer in den Rücken stach, während Barsch und Menz die Begleiterin des Mannes bedrohten.«[3] Nachdem Curths gerade einmal vier Tage mit dem Vorwurf des »versuchten Totschlags« in Untersuchungshaft in der JVA Luckau eingesessen hatte, wandte er sich am 24. Dezember 1992 mit einem Brief an die Strafverfolgungsbehörden, in dem er anbot, ihnen Informationen über Wehrsportgruppen (WSG) im Umland von Brandenburg zu geben. Auch könne er »inoffziel Treffs und nächtliche Randale rechtzeitig der Polizei melden«.[4] Im postscriptum schreibt Cuhrts: »Angebot an Polizei und Verfassungsschutz bitte vertraulich behandeln«. Am 16. Februar 1993 traf er sich dann mit einem Staatsanwalt sowie Beamten des Potsdamer Staatsschutzes und des BKA, um die Namen jener »Kameraden« zu nennen, die zur Bildung von Wehrsportgruppen an ihn herangetreten waren – darunter seinen Mittäter Alexander Menz. Von großem Interesse waren auch Curths Angaben zur »Kameradschaft Kremmen« und »Kamerad« Jens Og, gegen den wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« ermittelt wurde. Nachdem sich Curths im März 1993 an einer Gefangenen-Meuterei in der JVA Luckau beteiligte, kündigte dessen Vater Fritz Curths der Anstaltsleitung an, eine »Interessengemeinschaft« betroffener Eltern zu gründen. Womit wohl eher die Neonazi-Gefangenen-«Hilfsorganisation« HNG gemeint war, bei der Fritz Cuhrts von 1993 bis 1996 im Vorstand saß.[5] Während Vater Cuhrts erklärte, man müsse »auch einmal die menschliche Seite der Angelegenheit sehen«, gaben sich die Beteiligten weit kämpferischer: »Wir, etwa 30 an der Revolte beteiligten Skinheads (...) wollten Euch Kameraden draußen und allen überhaupt nur mal zeigen, daß wir (...) das kämpfen nicht verlernt haben.«[6] Am 21. September 1993 wurde Patrick Curths für seine Messer-Attacke zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Übrigens seine damals zweite sehr milde Bewährungsstrafe, nachdem er im April 1991 er einen vietnamesischen Vertragsarbeiter zusammengeschlagen hatte und hierfür eine zweijährige Bewährungsstrafe erhielt.[7] Über seine Haftzeit verkündete Curths zwar wahrheitsgemäß »auch war ich nicht untätig in Haftzeit«[8], seine Anbiederung bei Polizei und Verfassungsschutz hing er aber anscheinend nicht an die große Glocke. So jubelte die HNG-Schriftleitung: »Kameraden Patrick hat der Systemterror allerdings nicht beeindrucken können« und überließ ihm die Gefangenenbetreuung in der JVA Brandenburg. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass Cuhrts politischer Ziehvater und jetziger NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt über Cuhrts Angebot an die Sicherheitsbehörden informiert war. Nach seiner Haftentlassung fiel Cuhrts u.a. am 30. Dezember 1994 auf, als er im Jugendclub Nauen ein Konzert mit den Neonazibands Independent (Nauen) und Thors Hammer (Brandenburg) organisierte.[9] Am 13. Mai 1995 fuhren zwei von Neonazis besetzte PKW in eine Gruppe von BesucherInnen eines Hardcore Konzertes im Jugendclub Ketzin, sprangen aus den Autos, griffen die BesucherInnen an und verletzten einige von ihnen. Unter den bewaffneten Angreifern erkannten einige Betroffene Patrick Curths.[10] Strafrechtliche Folgen? – Keine bekannt.

Spiegelmacher - Ein Jahrzehnt Gewalt

Als Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Greifswald hatte sich Maik Spiegelmacher in den letzten Jahren verstärkt und durchaus erfolgreich um ein bürgernahes, biedermännisches Image bemüht. Dabei ist der schon zu DDR-Zeiten aktive Neonazi vor allem als Schläger über die Grenzen Greifswalds hinaus bekannt. Derzeit sitzt Spiegelmacher denn

auch wieder in Untersuchungshaft in der JVA Franzenshöhe in Stralsund. Er soll in der Nacht zum 20. März diesen Jahres in seiner Wohnung zusammen mit einem bislang unbekannten Mittäter einen »Kameraden« in seiner Wohnung verprügelt haben. Anschließend wurde der 18jährige im Auto auf eine Wiese verschleppt, wo er sich nackt ausziehen musste und erneut verprügelt wurde. Zur Abschreckung sollen Spiegelmacher und Co. ihr Opfer dann nach Greifswald zurückgebracht und an einen Laternenpfahl gebunden haben. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung.[11]

Derweil wird in Neonazikreisen gestritten, ob Maik Spiegelmacher tatsächlich, wie von den Sicherheitsbehörden gemeldet, aus der NPD ausgetreten ist. Zwar wählte der NPD-Kreisverband Greifswald am 17. April 2003 einen neuen Vorsitzenden, doch auf der Neonaziwebsite stoertebeker.net heißt es, aus NPD-Kreisen sei die Meldung relativiert worden; Spiegelmacher sei lediglich von seinen Parteiämtern zurückgetreten. Zudem habe Spiegelmacher selbst erklärt, er sei keineswegs von seinen Ämtern zurückgetreten.[12]

Maik Spiegelmacher kann auf eine lange Karriere als Schläger zurückblicken. Im April 1992 verurteilte das Amtsgericht den damaligen Chef der »Greifswalder Nationalen Sozialisten« (GNS) u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoß gegen das Waffengesetz zu eineinhalb Jahren Jugendstrafe.[13] Spiegelmacher hatte zwei Mitangeklagten zur Herstellung von Brandsätzen und zu einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim angestiftet. Im April 1993 verurteilte das Landgericht Stralsund Spiegelmacher wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes und Anstiftung zu gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von vier Jahren, nachdem Spiegelmacher und »Kameraden« einen marokkanischen Studenten mit Baseballschlägern angegriffen und lebensgefährlich verletzt hatten.[14] Ein Jahr später verurteilte ihn das Amtsgericht Neubrandenburg wegen gefährlicher Körperverletzung zu zehn Monaten Freiheitsstrafe auf drei Jahre Bewährung, weil er bei einem Angriff auf das Neubrandenburger »Haus der Jugend« dabei war, bei dem ein linker Jugendlicher zusammengeschlagen wurde.[15] Im November 1996 folgte eine Verurteilung des Amtsgericht Greifswald wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung, weil Spiegelmacher 1995 den offenen Schwulen-Treff des »Rosa Greif« besucht und die Gäste mit NS-Sprüchen beleidigt hatte.[16] Nachdem er 1997 wegen »guter Führung« vorzeitig aus der Strafhaft entlassen wurde, rettete ihn die Aussage seiner Mutter 1999 vor einer erneuten Verurteilung, obwohl mehrere Zeugen ausgesagt hatten, dass Spiegelmacher während des NPD-Wahlkampfs 1998 an einem Überfall auf Jugendliche in Greifswald beteiligt gewesen sei. Zum Zeitpunkt seiner jüngsten Festnahme hatte Spiegelmacher eine offene Bewährungsstrafe.[17]

NPD: Ein verbotsresistentes Label

Mit dem Ende des Verbotsverfahrens erlebt die NPD keinen dritten Frühling, sondern stagniert auf dem Niveau der letzten zwei Jahre – mit leicht rückläufigen Mitgliederzahlen auf derzeit knapp 5.500. Denn wenn es um Angebote einer neonazistischen »Erlebniswelt« geht, sind die aktionistischeren Freien Kameradschaften der NPD um einiges voraus. Da sie auch oberflächlich keine Solidarität mit der nun nicht mehr repressionsbedrohten NPD an den Tag legen müssen, sehen die Freien Kameradschaften vielerorts auch keine Notwendigkeit mehr, eine gemeinsame Basis mit der NPD zu suchen. In manchen Regionen, wie beispielsweise in Norddeutschland, eskaliert der Streit zwischen Kameradschaften und NPD weiter. In Sachsen-Anhalt ist die NPD längst bedeutungslos geworden. In einigen Regionen Nordrhein-Westfalens jedoch, wo sich Kameradschaften aufgelöst haben, profitiert die dienstälteste deutsche Neonazipartei derzeit von deren Aufbauarbeit. Noch steht es im szeneinternen Machtkampf zwischen NPD und Freien Kameradschaften um die Führungsrolle in der »nationalen Bewegung« unentschieden. Am 1. Mai brachten beide Seiten jeweils über 1.000 Anhänger auf die Straßen. Und ihre Funktion, niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten in die Neonaziszene und ein verbotsresistentes Label zu bieten, erfüllt die NPD nach wie vor. ■


[1] Maik Spiegelmacher gewalttätiger NPD-Biedermann aus Greifswald

1| Zündstoff # 1, 2003, Brandenburger Rundschau, Gründung des NPD-Ortbereichs Nauen
2| Drahtzieher im braunen Netz, 1996 – Rechte Subkultur, S. 112
3| Hinter den Kulissen – Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Der Schein der Verschlafenheit trügt.
4| Schreibfehler im Original
5| Blick nach rechts # 13, 26. Juni 1996.
6| Angriff # 3, 1993, Gefängnisrevolte
7| Hinter den Kulissen, Brandenburg – Der Schein der Verschlafenheit trügt.
8| Nachrichten der HNG # 155, Oktober 1993, Briefe an die Redaktion
9| Hinter den Kulissen # 3, 1995, Bullenspitzel dürfen prügeln
10| Hinter den Kulissen # 3, 1995, Bullenspitzel dürfen prügeln
11| Ostsee-Zeitung, 21.3.2003
12| http://www.stoertebeker.net, Likedeeler Aktuell, 25.4.2003
13| Urteil AG Greifswald, 7.4.1992
14|. Urteil LG Stralsund, 3.3.1993
15| Urteil AG Neubrandenburg, 10.3.1995
16| Urteil AG Greifswald, 15.11.1996
17| Urteil, LG Stralsund, 19. Dezember 2002

Heim ins Heim ?

Anhaltender Immobilien-Boom bei Neonazis ...

Nachdem das AIB im Sommer vergangenen Jahres einige der wichtigsten Neonaziobjekte einer genaueren Analyse unterzog, ist es nun Zeit für eine Zwischenbilanz: Was ist aus den teilweise baufälligen Schlössern und Gutshäusern geworden, die die extreme Rechte zu Schulungszentren und Treffpunkten ausbauen will? Wo entstehen neue Objekte? Denn der Immobilienboom in der Neonaziszene hält unvermindert an.



Frettenrode - Nazi-CDs und Waffen hinterm Gartenzaun

» Ungestört in McPomm und Thüringen?

Auf den Schutz der Privatsphäre spekulierten lange Zeit durchaus erfolgreich die Aktivisten des Kameradschaftsbunds Anklam (KBA) in Ostvorpommern. Schon zu Jahresbeginn 2000 hatten »drei szenebekannte Kameraden« ein Gehöft in der kleinen Ortschaft Salchow gekauft, nachdem es für den KBA zunehmend schwieriger geworden war, Rechtsrock-Konzerte in regionalen Gaststätten zu organisieren. Das Dorf Salchow mit seiner Kopfsteinpflasterhauptstrasse und den malerischen, Anfang des 19. Jahrhunderts erbauten Backsteinbauernhöfen liegt abseits zwischen langgestreckten Wiesen am Rand der vielbefahrenen B 109. Nach einer knapp zweijährigen Um- und Ausbauphase etablierte sich das Gehöft von Markus Thielke und Kameraden dort im letzten Jahr zu einem wichtigen, überregional besuchten Neonazi-Treffpunkt. Regelmässig fanden und finden in der ausgebauten Scheune Schulungstreffen und Konzerte mit Teilnehmern aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, dem Ruhrgebiet[1], Brandenburg und anderen ostdeutschen Bundesländern statt. Anwohner berichten, dass die Teilnehmer dieser Treffen ihre Autos nicht direkt vor dem Gehöft, sondern in den Dörfern der Umgebung parken, und mit einem Shuttleservice nach Salchow gebracht werden sollen. Eine Vorsichtsmassnahme, die auch für die zahlreichen Besucher des mitten im idyllischen thüringischen Dorf Frettenrode gelegenen Fachwerkhauses von Thorsten Heise eingeführt wurde. Doch ganz so ungestört wie Heise gehofft hatte, kann er seinen Aktivitäten in dem 220-Seelendorf nicht nachgehen. Am 15. Februar 2003 durchsuchten Beamte des LKA Thüringen und des BKA das Haus und beschlagnahmten u.a. 944 CDs, ca. 3000 CD-Cover, ein Maschinengewehr und Munition. Zeitgleich wurde eine Lieferung von 5.000 Neonazi-CDs aus Thailand mit einem Marktwert von rund 75.000 Euro am Frankfurter Flughafen beschlagnahmt.[2] Im Frühjahr besuchten Antifas im Rahmen der »Kaffefahrten gegen Rechts« bereits zum zweiten Mal das Dorf »im schönen Eichsfeld« nahe der hessisch-thüringischen Landesgrenze, um die Bewohner auf ihren braunen Nachbarn aufmerksam zu machen.

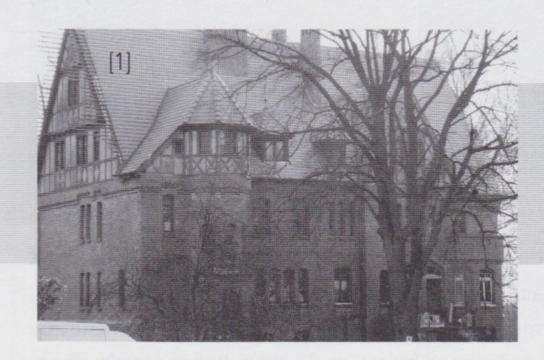
Auch in Salchow wurde die Neonaziidylle, von der eine erhebliche Ausstrahlungskraft mit Vorbildcharakter für ähnliche Projekte nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern ausgeht, vor kurzem empfindlich gestört. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen der Produktion und des Vertriebs von Neonazimusik – u.a. geht es um die Wolgaster Band »Skalinger«[3] – durchsuchten Polizeibeamte Ende Mai 2003 das Gehöft in Salchow und den von Markus Thielke betriebenen Neonaziladen »New Dawn« in Anklam.[4] Inwieweit diese Ermittlungen die Aktivitäten auf dem Gehöft in Salchow behindern oder beeinflussen werden, bleibt abzuwarten. Denn seit Mitte der 90er Jahre, als im neben Salchow gelegenen Ort Klein Büntzow über mehrere

1| Zwischen Neonazis in Ostvorpommern und insbesondere Dortmund existieren seit Ende der 90er Jahre gute Kontakte, die beispielsweise beim NPD-Wahlkampf 1998 deutlich wurden, als Dortmunder Kameraden zur Wahlkampfhilfe in den Norden fuhren. Als eine Kontaktpersonen gilt der Dortmunder Rechtsextremist Sven Schwerdtfeger.

2| Pressemitteilung LKA Thüringen vom 20.2. 2003 »5000 CDs durch Polizei beschlagnahmt«

3| Die Band veröffentlichte 1999 die CD »Heim ins Reich« und einen Beitrag auf dem indiziierten Sampler »Der Angriff beginnt« und trat u.a. beim Osterkonzert des KBA im Frühjahr 2002 auf.

4| Vgl. »Böse Buben und brave Bürger«, http://www.linkeseite.de/Texte/pdf/mv2002.pdf







Der Trend zum braunen Eigenheim: [1] »Herrenhaus« in Teldau [2] »Wilhelms Burg« in Jena (Foto:juelich/attenzione) [3] »Nationales Jugendzentrum« in Jena (Foto: juelich/attenzione)

Jahre hinweg große Blood&Honour-Konzerte statttfinden konnten, die örtliche KBA-Kader gemeinsam mit der Berliner B&H Sektion organisierten, ist der KBA fest in der Region verankert. Staatliche Behinderungen oder gar Proteste seitens der Bevölkerung gegen »die Jungs von hier« gab es kaum.[5]

Braunes Familienidyll

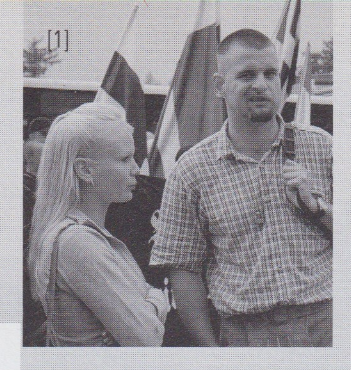
Ähnlich ungestört wie das Gehöft in Salchow konnte im vergangenen Jahr auch das 1999 von den norddeutschen Neonazikadern Thomas Wulff und Michael Grewe im westmecklenburgischen Teldau gekaufte Herrenhaus Amholz saniert werden.[6] Schienen die braunen Bauherren sich in den ersten Jahren nach dem Hauskauf finanziell und personell etwas übernommen zu haben, wurde nun in jüngster Zeit wieder fleissig an dem Haus gearbeitet und das Dach fast komplett neu eingedeckt, so dass die meisten Räumen inzwischen nutzbar scheinen. Doch von dem bislang propagierten Anspruch, hier ein Schulungszentrum aufzubauen, scheint man sich derzeit eher entfernt zu haben. Stattdessen wird offenbar an einem braunen Mehrfamilienhausidyll gewerkelt. Die in den letzten Jahren vor dem Gutshaus geparkten lautsprecherwagentauglichen VW-Busse für Neonaziaufmärsche sind familientauglichen Kleinwagen und Kinderspielzeug gewichen.

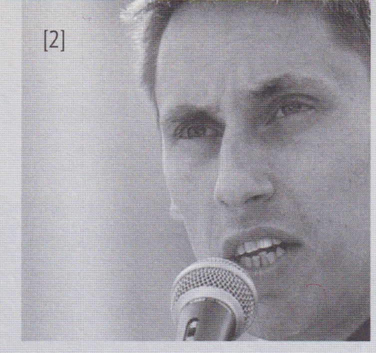
Jena: Zwei Häuser, zwei Aufgaben, ein Ziel

Im Sommer 2002 wurde bekannt, dass der Republikaner Wilhelm Tell das Haus Schleidenstraße 2 in der Innenstadt von Jena von der Städtischen Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft gekauft hatte.[7] Laut Aussage von Tell wird hier nicht, wie zunächst von Antifaschisten befürchtet, das »nationale Jugendzentrum« einziehen. Stattdessen sollen »Studenten aus ganz Deutschland [...] in dem Haus [...] wohnen«.[8] Mieter ist der am 25. August 2001 gegründete Verein »Jenaische Burse e.V.«, dessen Vereinsziele sinngemäß u.a. die Anschaffung und Verwaltung eines Hauses sind.[9] Der Verein bildet eine Art Förderverein für die rechtsextreme Burschenschaft »Normannia«. Auf der Mitglieder- und Unterstützerliste des Vereins finden sich aus Jena u.a. Wilhelm Tell, Hans-Joachim Schneider (thüringischer Landesvorsitzender der REPs), Karsten Schramm (Kassenwart des Vereins) und Dirk Metzig (ex-Pressesprecher der Burschenschaft »Jenensia« sowie Führungsperson der Normannia) sowie der 59jährige Hans Hermann Höll aus Katzhütte bei Neuhaus a.R.. Auch der »Nation & Europa«-Herausgeber Peter Dehoust aus Coburg hat sich in den Verein verirrt. Dementsprechend werden die Studentenzimmer im Burschenhaus bundesweit in Dehousts »Nation & Europa« beworben.[10] Im Februar 2003 feierte die Burschenschaft Normannia, die sich als »ein auf gegenseitiger fester Treue gegründeter Lebensbund« mit dem Wahlspruch »In Treue fest« versteht, ihr dreijähriges Bestehen in ihrem neuen Domizil.[11] Die Normannia wird die Politik der Burschenschaft Jenensia, welche diese nach einem skandalisierten Vortrag mit Dehoust nicht mehr betreiben konnte,[12] konsequent fortsetzen.[13] Das bedeutet, dass sie eine Schlüssel- und Vermittlerrolle zwischen der Neonaziszene, den verschiedenen rechten Lagern und dem konservativen Spektrum einnehmen wird. Gemeinsame Besuche und Organisation von Veranstaltungen, »offene Diskussion« und rechte Schulungsarbeit werden hierfür die Basis bilden. Unterstützung erhält der Verein Jenaische Burse e.V. beispielsweise bei Möbeltransporten von den Bewohnern des Hauses Jenaische Straße 25 im Stadtteil Lobeda-Altstadt. Hier bauen Neonazis in Eigenarbeit eine baufällige, zweistöckige ehemalige Gaststätte zu dem »Nationalen Jugendzentrum« um, das ihnen von der Stadt trotz mehrfacher Propagandaaktionen verwehrt wurde. Als Pächter des »nationalen Wohnprojekts« agiert Maximilian Lemke, als Mieter treten die altbekannten Jenaer Neonazis Andre Kapke und Ralf Wohlleben auf. Die Bewohner des Hauses lassen vermuten, dass hier neben einem »nationalen Jugendzentrum«, auch die Freien Kameradschaften mit dem »Nationalen Widerstand Jena« sowie die NPD ein Zuhause finden.[14] Genutzt wird das Haus auch von Christian Kaiser, dem Sprecher der »Nationalen Jugend für Jena«, ehemaligen Aktivisten des »Mitteldeutschen Sprachrohrs« sowie von Aktivisten der Kameradschaft Saalfeld und des NSAW. Auf dessen Website wurde auch ein Aufruf zur Unterstützung der Jenaer Kameraden beim Ausbau des Hauses veröffentlicht. Spendengelder für den Ausbau des Objektes treffen bereits ein.[15] Das Gebäude hat sich innerhalb von neun Monaten als über-

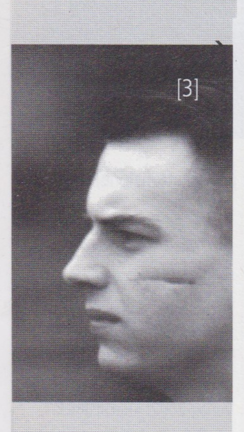
5| Vgl. »in der Mitte angekommen – Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern«, Hamburg/ Münster, rat/UNRAST-Verlag 2002; »RechtsRock vor Ort – Drahtzieher, Konsumenten und Produzenten« in: RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg/ Münster, rat/UNRAST-Verlag 2002;
6| s. auch AIB Nr. 54/ 2001, S.5, »Sechsstelliger Kredit für Neonazi?«; AIB Nr. 56/Sommer 2002, S. 20ff »Von Bauern und Schlossherren«
7| Thüringer Landeszeitung, Lokalteil Jena, 27.09.2002
8| ebd.
9| Vgl. Vereinssatzung »Jenaische Burse e.V.«
10| Vgl. Ostthüringische Zeitung, Lokalteil Jena, 3.02.2003
11| zit. nach Normannia-Homepage, Mai 2003
12| Ausführlichere Informationen hierzu unter: www.akruetzel.de/139/stadt.html sowie www.japs-jena.de/antifahg/ (Archiv; PM: (03/00) Rechte Studenten sammeln sich in neuer Burschenschaft Normania)
13| Vgl. ebd.
14| Ralf Wohlleben leitete den inzwischen aufgelösten NPD-Kreisverband Jena und wurde am 12. April 2003 in den Landesvorstand der NPD-Thüringen gewählt. Andre Kapke ist einer der Führungskader des mittlerweile aufgelösten militanten Thüringer Heimatschutzes.

➔





[1] Nadine und Torsten Heise hatten bisher nur wenig Ruhe in Frettenrode.
Foto: juelich/attenzione
[2] Ralf Wohlleben will in Jena ein »Nationales Jugendzentrum« aufbauen.
Foto: juelich/attenzione



[3] Burschenschaftler Dirk Metzig (Jenaische Burse e.V.) auf einer Demonstration der NPD.

regionaler Nazitreff etabliert: So sollte Horst Mahler hier am 9. November 2002 im Anschluss an den Neonazi-Aufmarsch in Weimar einen Vortrag zum NPD-Verbotsverfahren halten; als AntifaschistInnen daraufhin am Abend eine friedliche Spontandemonstration zum Haus durchführten, wurden sie von ca. 15 vermummten Neonazis aus dem Haus heraus angegriffen, wobei zwei TeilnehmerInnen verletzt wurden. Die anrückende Polizei verzichtete darauf, die Personalien der anwesenden Neonazis aufzunehmen oder das Gebäude zu durchsuchen. Am 17. November reiste dann Gerd Ittner, ex-Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg, mit einem Reisebus voller Neonazis aus dem Umfeld der Fränkischen Aktionsfront zum Haus an; dieser »Besuch« fand unter Polizeischutz statt. Der Hintergrund: Zunächst hatten am 16. November bayerische und thüringer Neonazis gemeinsam eine Gedenkveranstaltung zum »Volkstrauertag« am Kriegerdenkmal Friedensberg in Schleusingen besucht; am 17. November wurde dann in Jena weiter »gefeiert«. Am 14. Dezember 2002 fand dann in dem Haus die »Jahresabschlussfeier« des Thüringer Widerstandes statt.
Schon vor Abschluss der Ausbauarbeiten wird deutlich, dass die Neonazis mit dem Objekt Jenaische Straße über ein Zentrum mit überregionaler Bedeutung verfügen. Dabei halten sie sich ziemlich buchstabengetreu an das Konzept der »national befreiten Zonen«. Gegenüber den Einwohnern des Stadtteils geben sich die Neonazis zurückhaltend und unpolitisch; dementsprechend desinteressiert reagiert die Mehrheit der StadtteilanwohnerInnen auch auf das Haus. Die Stadtverwaltung gab über ihren SPD-Dezernenten für Ordnung und Sicherheit die Parole aus: »Stigmatisierung hilft nicht weiter, sondern eher die direkte Ansprache mit einer offensiven Auseinandersetzung.«[16] Im übrigen sehe man es keine ordnungsbehördlichen Eingriffsmöglichkeiten, da die private Immobilie im Besitz einer Eigentümergemeinschaft aus den USA und Australien sei. Daran konnten auch antifaschistische Proteste wie eine Demo mit 500 Teilnehmern am 1. Februar 2003 nichts ändern. Schon jetzt zeigt sich die regionale Ausstrahlung des »nationalen Wohnprojekts«: Im nahegelegenen Kahla wird derzeit ein »nationales Jugendzentrum« geplant.

In Schwierigkeiten

Unklar ist hingegen die Zukunft eines »nationalen Jugendtreffs« in Pirna. Im Frühjahr wurde bekannt, dass Dirk Schizkat[17] aus dem Umfeld der Skinheads Sächsische Schweiz im Januar 2003 einen leerstehenden Fitnessclub in der Geibeltstrasse 1b im Pirnaer Gewerbegebiet mit einem Vertrag bis zum Jahr 2005 angemietet hatte. Das Ziel: Auf 218 m² einen rechtsextremen Jugendclub als auch ein Tattoostudio einzurichten. Nachdem Aktivisten aus dem Umfeld der SSS mit den ersten Baumassnahmen begannen, alarmierten Antifas die Öffentlichkeit. Die Stadtverwaltung versucht nun unter Verweis auf die Gewerbeverordnungen eine Nutzung der Räumlichkeiten als Neonazi-Jugendclub zu verhindern.[18]
Und auch das von ex-NF-Kader Steffen Hupka als »nationales Schulungszentrum« geplante Schloss Trebnitz steckt in Schwierigkeiten.[19] Nachdem Kameraden monatelang dort Arbeitseinsätze geleistet hatten und ein »Tag der offenen Tür« die lokale Bevölkerung angelockt hatte, gingen am 15. April 2003 Teile des Gebäudes in Flammen auf. Die Angaben über die Schadenshöhe schwanken zwischen 10.000 und 75.000 Euro. Unklar ist derzeit, wie es zu dem Brand kam. »Kein Neonazizentrum nirgendwo« heisst es in dem Bekennerschreiben, das eine »Antifaschistische Bürgerinitiative« versandte. »Das Projekt musste gestoppt werden. Deswegen griffen wir zu diesem Mittel, um durch Brand- und Löschwasserschäden den Aufbau des Zentrums zu verzögern, wenn nicht sogar zu verhindern« schreibt die »Bürgerinitiative«. Laut Presseberichten richtete sich der Anfangsverdacht der Polizei hingegen gegen den Schlossherrn selbst. Hupka habe zuletzt mit dem Schlosskäufer Uwe Meenen um den Verbleib einer Spende von 150.000 Euro für den Ausbau des Schlosses gestritten. Diese Spende hatte der in Marbella wohnende Architekt Rolf Hanno beigesteuert. Hanno soll nach eigenen Angaben 1942/43 bei der Wehrmacht in Russland eingesetzt gewesen sein und ist zuletzt als Leserbrief-Schreiber für Zeitschriften wie Code, Aula und das Ostpreußenblatt aufgefallen. Für den fachlichen Ausbau des Schlosses soll seine Tochter Silvia Hanno, Architektin aus Dresden, verantwortlich gewesen sein.[20] Merkwürdig erscheint zudem, dass in dem durch den Brand betroffenen Teil des Dachstuhls erst vor kurzem ein starker Wurmbefall festgestellt worden war, dessen Beseitigung 100.000 Euro gekostet hätte.[21]
Zudem kann Hupka derzeit offenbar weder die Grundsteuer für das Gelände begleichen, noch eine Umbaugenehmigung vorweisen. Aber vielleicht gewährt die rechtsextreme Junge Landsmannschaft Ostpreussen Steffen Hupka ja demnächst Asyl. Funktionäre der JLO haben in unmittelbarer Nähe zu Trebnitz im Mansfelder Land einen 2.000 m² grossen Gutshof gekauft und wollen dort ebenfalls ein »Schulungszentrum« bauen.[22] ■

15| Vgl.: www.storz-jena.de.vu/
16| Ostthüringer Zeitung, 19.12.2002
17| Der 19jährige Dirk Schizkat wurde im Januar 2002 vom Amtsgericht Pirna wegen Beteiligung an einem schweren Angriff auf einen nicht-rechten Jugendlichen in Pirna im Oktober 2001 zu einer Geldstrafe von 1.250 Euro und dem Besuch eines »Anti-Agressions-Trainings« verurteilt. (vgl. Sächsische Zeitung, 26.1.2002)
18| Vgl. Sächsische Zeitung, Lokalteil Pirna, 17.3.2003, Dresdener Neue Nachrichten, Lokalteil Pirna,17.3.2003
19| Vgl. AIB Nr. 56/2002, »Von Bauern und Schlossherren«, S. 20f
20| BNR 02/2003
21| Vgl. Mitteldeutsche Zeitung, »Zweifel an heißer Spur in linke Ecke«, 27..04.2003
22| Der Rechte Rand, Nr. 82, Mai/Juni 2003, »Neue Neonazi-Immobilien«, S. 11

Völkische Bildungsarbeit

Nazi-Kaderorganisationen schulen ihren Nachwuchs in völkischer Ideologie.

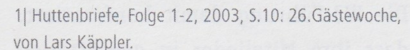
26. DKG-Gästewoche

Im November 2002 in bayrischen Rosenheim die 26. Gästewoche der neonazistischen Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) statt. Das Treffen stand unter der Leitung von Lisbeth Grolitsch, die schon in ihrem Eröffnungsrede darauf verwies, dass »Völker, Rassen und darauf aufbauende Kulturen unterschiedlich, auch in der Wertung, klassifiziert werden« dürften.[1] Zu den Referenten gehörten bekannte Nazi-Ideologen wie Andreas Thierry, Rolf Reiter, Hajo Herrmann, Eduard Peter Koch, Bringfriede Jung, Sigurd Engelmann, Gerd Zikeli, Sigurd Schulien, Herbert Schweiger, Franz Radl und Karl Baßler. Unter den mehr als 160 Teilnehmenden befand sich auch eine Abordnung des Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), deren Vorsitzender Lars Käppler über das Treffen später in den Huttenbriefen, dem Organ des Freundeskreises Ulrich von Hutten e.V., schrieb. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ).

Die DKG, der Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. und die Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V. sind eng miteinander verknüpft. Die Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V., eine Vorfeldorganisation des Freundeskreises Ulrich von Hutten, sorgt sich um die angemessene Verwaltung von Nachlässen und verteilt das Geld an ausgewählte neonazistische Projekte. Als Anwälte hierfür sind Frithjof Arndt (Coswig b. Dresden) und Wolfram Nahrath (Berlin) benannt.

Volkstreuer Tag in Österreich

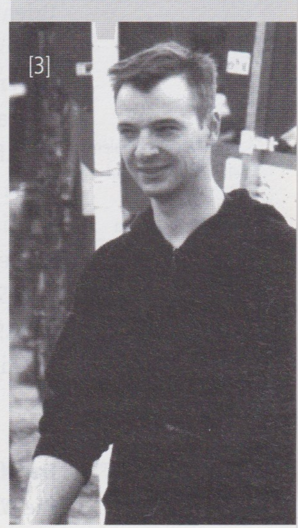
Am 8. März 2003 fand in Oberösterreich der Tag der volkstreuen Jugend des Bundes freier Jugend statt. Der BfJ gilt als Jugendorganisation der neonazistischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP). Das Treffen wurde massiv von AntifaschistInnen stark behindert, so dass die Neonazis an einen anderen Ort ausweichen mussten. Einer der hochkarätigen Referenten des Tages war Konrad Windisch, führender Kader der AfP in Österreich. Diese Gruppe betreibt die ideologisch-kulturelle Schulung des neonazistischen Lagers u.a. in Form ihrer politischen Akademien. Zum letztjährigen Treffen, das Mitte Oktober in Offenhausen stattfand, schrieb das AfP-Periodika »Kommentare zum Zeitgeschehen«[2]: »Besonders erfreulich: Die Hälfte der zahlreichen Teilnehmer waren Junge«[3]. Dieser Fokus auf die Einbeziehung junger Neonazis kennzeichnet die AfP-Arbeit. In den jüngeren Ausgaben der AfP-Zeitschrift wurde u.a. die Zeitschrift »Na klar!« des Freibund als »Magazin der nationalen Jugend« oder auch als »Magazin der volkstreuen Jugend« gelobt und beworben. Zu den weiteren Referenten gehörten Günther Rehak und Herbert Schweiger. Aus Deutschland fanden ebenfalls Neonazis den Weg nach Oberösterreich. Unter ihnen befanden sich Mitglieder der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), die vor Ort ein Laienspiel aufführten. Für den musikalischen Rahmen sorgte der HDJ-Aktivist und NPD-Kader Jörg Hähnel aus Berlin. ■



1| Huttenbriefe, Folge 1-2, 2003, S.10: 26.Gästewoche, von Lars Käppler.
2| Die deutsche Vertretung des Zeitschrift organisiert Karin Manke.
3| Kommentare zum Zeitgeschehen, Nr.393, 2002/2003, o.S.







[1] Völkische Bildungsarbeit seit 1983. Treffen des Freundeskreis Ulrich von Hutten 1988 in Niederaula. Mit dabei Herbert Schweiger (l) und Oliver Schweigert (r).
[2] Dauerreferent Herbert Schweiger (l.) bei einer Demonstration der »Freien Kameradschaften in Leipzig.
[3] »Der fahrende Sänger« Jörg Hähnel (Berlin) ist nicht weit, wo völkische Jugendarbeit auf dem Plan steht.

Rückruf nach Walhalla

»Das volkstreue und nationale Deutschland senkt seine Fahnen und Standarten für Wolfgang Nahrath. Am 27. Februar 2003 wurde Raoul Willy Wolfgang Nahrath im 74ten Lebensjahr zur großen Armee abberufen.«

Mit diesem schwülstigen Nachruf kommentierte das »Nationale Infotelefon Rheinland« den Tod des ex-Bundesführers der Wiking Jugend.[1]



Wolfgang Nahrath (r) war ein häufiger Redner auf Nazi-Veranstaltungen. Hier mit dem »MC« Frank Rennicke (m) und NPD-Chef Udo Voigt (l).

Ungebrochen

Schon als Jugendlicher engagierte sich Rauol Nahrath in der HJ und meldete sich freiwillig zur Wehrmacht. Das Schicksal, als Hitlers letzte Reserve im Volkssturm zu enden und den »Heldentod« zu sterben, blieb ihm erspart, nicht aber der innere Bruch, der auf den äußeren Zusammenbruch des NS Regimes folgte.

Orientierungslos, aber überzeugt für die »richtige Sache« gekämpft zu haben, engagierte sich die Familie Nahrath in den ersten Nachfolgestrukturen des NS Regimes. Auch er übernahm Funktionen in der »Sozialistischen Reichspartei«. Dort traf er auf den »Reichsjugendführer« der SRP Jugend, Walther Matthaei, der 1952 nach dem Verbot der SRP die »Wiking Jugend« (WJ) mitbegründete.

Der Nahrath Clan

Die WJ wurde in der Nachfolge wie ein Familienunternehmen geführt, wobei dem Nahrath-Clan die zentralste Bedeutung zufallen sollte. Pikanter Weise trat der Vater von Wolfgang, Raoul Nahrath, 1954 in die Lücke als Bundesführer, als Walther Matthaei nach einem Sommerlager im Spanischen San Sebastian nicht mehr nach Deutschland zurückkehrte, weil er dort wegen seiner homosexuellen Neigungen im Gefängnis saß.[2, 3]

Wolfgang Nahrath trat 1961 die Nachfolge seines Vaters an. Zu diesem Zeitpunkt hatte er die Sprecherin der Deutschen Unitarischen Jugend Gisela Kaul geheiratet. Er setze die Orientierung der WJ an »Form und Gestalt« des Erscheinungsbildes der Hilter-Jugend fort.

Blieb der Sohn anfänglich bei dem Kurs seines Vaters, in dem die WJ vornehmlich ein völkisch – nationalistischer Wander- und Trachtenverein blieb, zu dem die gesamte rechte Szene ihre Kinder schickte, so veränderte sich die Situation mit den Umbrüchen innerhalb der NPD Ende der 60er Jahre.

Politisierung

Mit dem Aufkommen der militanten Splittergruppen aus dem Verfall der NPD kam es in den 70er und 80er Jahren zu einer immer intensiver werdenden Politisierung der WJ. Die Folge war, dass sich viele Jugendliche, die durch die WJ ideologisiert wurden, später in militanten Organisationen wiederfanden. Die WJ führte wehrsportähnliche Lager in der Eifel und in Hetendorf durch, in denen die Jugendlichen ausgebildet wurden.

Die WJ-Führung damit konfrontiert, dass ihre Mitglieder in gewalttätige Aktivitäten verwickelt waren. Selbst die Verurteilung von ehemaligen Führungskadern wie Manfred Börm und Uwe Röhwer zu hohen Haftstrafen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung im Jahr 1979 oder die Beteiligung an Sprengstoffversuchen führten keinesfalls zu Distanzierungen.[4]

Bis Ende der 80er Jahre hatte sich die WJ so stark radikalisiert, dass man annehmen musste, dass sie zur Jugendorganisation der offen militant-neonazistisch auftreten FAP werden würde. Nahrahts ältester Sohn Ulf saß dort u.a. im Bundesvorstand.[5] Diese Zusammenarbeit sollte sich jedoch nicht auszahlen, und so wurde nach der FAP die WJ 1994 nach über 40 Jahren verboten.

Wolfgang Nahrath zog sich in der Nachfolge auf sein Altenteil im Bundesvorstand der NPD zurück, was ihm aber nicht daran hinderte, auf zahlreichen Veranstaltungen neonazistischer Gruppierungen aufzutreten. Seine über die Jahre gesammelten Kontakte machten ihn schon länger zu einer Integrationsfigur zwischen den verschiedensten Lagern.

Mit dem Tod Nahraths endet eine Selbstinszenierung vom »Führer«, wie es sie in der rechtsextremen Nachkriegsszene kaum gegeben hat. Dazu gehört auch das Gerücht, dass nach seinem Tod nur der »Fähigste« unter seinen Söhnen den »Familienring« als verpflichtendes Erbe für eine weitere Generation politischer Irrläufer erben soll.

Laut Nachruf der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« hat Nahrath »tausende Keimzellen geschaffen für die seelische Wiedergesundung unseres gefährdeten Volkes«. Tatsächlich war er als WJ-Bundesführer für die Ausbildung und weltanschauliche Schulung zumindest hunderter Neonazis verantwortlich. ■

1| Ansage des Nationalen Infotelefones Rheinland vom 11.3.2003
2| Kurt Tauber: Beyond eagle and swastica, S. 413)
3| Parteienhandbuch Band 4, Fußnote 215, S.1979ff (das halbjährige Intermezzo von Wolfgang Hinterleitner ist dabei als Unbedeutend zu bewerten)
4| VS Bericht 1983 (S.142)
5| Unterlagen des Bundeswahlleiters von 1990.

Erfolgskonzept Rechtspopulismus?

Die Auseinandersetzung mit den Wahlerfolgen sogenannter rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa und der Schill-Partei PRO hat in der Antifabewegung in jüngster Zeit erheblich abgenommen. Eine erfreuliche Ausnahme bildete die von der antifaschistischen Zeitung »Enough is enough« organisierte Antifa-Konferenz im Juni in Kiel. Insbesondere AntifaschistInnen aus Skandinavien machten deutlich, wie notwendig die Auseinandersetzung mit den Inhalten und Strategien rechtspopulistischer Parteien und Strömungen ist.

Mit dem folgenden Schwerpunkt will das AIB die Diskussion – nicht nur – innerhalb der Antifabewegung zum Thema Rechtspopulismus vertiefen. Wir halten diese Auseinandersetzung für dringend notwendig, kommen doch alle drei für diesen Schwerpunkt angefragten Gastautoren – Gerd Wiegel, Alexander Häussler und Heribert Schiedel – zu dem Schluß, dass Rechtspopulismus eine zunehmende Hegemonie im politischen Diskurs der sogenannten gesellschaftlichen Mitte ausübt. Wohlstandschauvinismus, Rassismus und Nationalismus sind quer durch die bundesdeutsche Parteienlandschaft salonfähig. Dass die WählerInnen dabei zwischen »Original« und »Kopie« schwanken, wird am Beispiel der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) deutlich. Als die Schill-Partei bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September 2001 19,4 Prozent der Stimmen erhielt, wurde sie nach Analysen des Statistischen Landesamtes massgeblich wegen ihrer »Law & Order«-Positionen zum Thema Innere Sicherheit gewählt. Jeweils 40.000 Wähler wanderten von der SPD und der CDU zur Schill-Partei. Insbesondere ältere und männliche Wähler stimmten für PRO, bei den über 60jährigen Männern waren es 28,7 Prozent. Auch wenn die PRO-Partei bislang bei allen nachfolgenden Wahlen, wo sie antrat, an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, scheint die Aussicht, dass die CDU-FDP-Schill-Koalition in Hamburg vor Ende der Legislaturperiode scheitert, immer geringer.

Quer durch Europa haben gehören rechtspopulistische und extrem rechte bis neofaschistische Parteien längst zum parlamentarischen Alltag. Zur Erinnerungen: Trotz des FPÖ-Absturzes von 26,9 Prozent (1999) auf 10,1 Porenz der WählerInnenstimmen im November 2002, sitzt die FPÖ weiterhin in der österreichischen Regierung. In Italien regiert seit Mai 2001 Silvio Berlusconis Forza Italia gemeinsam mit der neofaschistischen Lega Norte. In den Niederlanden kam die Liste Pim Fortuyn bei den Neuwahlen im Januar 2003 immerhin noch auf 10 Parlamentssitze, nachdem sie im Mai 2002 auf Anhieb 26 Sitze gewonnen hatte und ein halbes Jahr an der Regierung beteiligt war. In Belgien gewann der rechtsextreme Vlaams Blok bei den Parlamentswahlen im Mai 2003 landesweit 5,4 Prozent der WählerInnenstimmen, in Flandern machten gar 18,1 Prozent ihr Kreuz für den Vlaams Blok Dänemark wird seit über zwei Jahren von einer rechten Regierungskoalition regiert, nachdem bei den Wahlen im November 2001 die offen rassistische Dänische Volkspartei (Danks Folksparti, DF) auf 12 Prozent der Stimmen kam. In Norwegen profitiert die rassistische »Fortschrittspartei« (Fremskrittspartiet, FrP) von ihrer Rolle als parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer für die seit Oktober 2001 amtierende sogenannte »Mitte-Rechts-Koalition«. In Umfragen im Mai 2002 gaben 25 Prozent aller WählerInnen an, sie würden für die Fortschrittspartei stimmen, die bei den Parlamentswahlen im Oktober 2001 immerhin schon 14,5 Prozent erhalten hatte.

Diese Aufzählung macht deutlich, womit sich Gerd Wiegel (ab S.22), Alexander Häussler (ab S.25) und Herbert Schiedel (ab S.28) genauer auseinandersetzen werden: Wo verlaufen die Trennlinien zwischen »Rechtspopulismus« und »extremer Rechter«? Definiert sich »Rechtspopulismus« über den Politikstil oder die propagierten Inhalte?

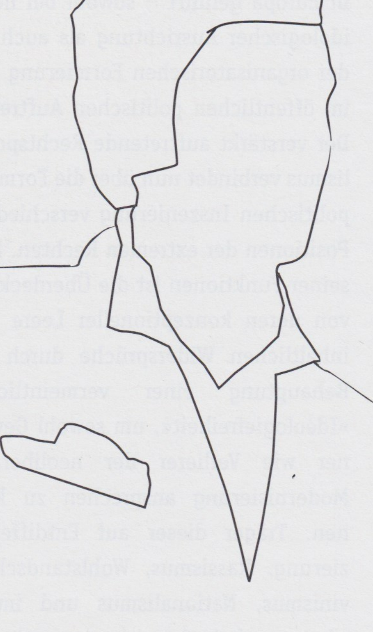
Die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen haben seit Mitte der 80er Jahre zu einer Ausdifferenzierung der extremen Rechten in Deutschland und in Europa geführt – sowohl bei deren idologischer Ausrichtung als auch bei der organisatorischen Formierung und im öffentlichen politischen Auftreten. Der verstärkt auftretende Rechtspopulismus verbindet nun über die Form der politischen Inszenierung verschiedene Positionen der extremen Rechten. Eine seiner Funktionen ist die Überdeckung von deren konzeptioneller Leere und inhaltlichen Widersprüche durch die Behauptung einer vermeintlichen »Ideologiefreiheit«, um sowohl Gewinner wie Verlierer der neoliberalen Modernisierung ansprechen zu können. Träger dieser auf Entdifferenzierung, Rassismus, Wohlstandschauvinismus, Nationalismus und immer wieder auch Antisemitismus gestützten Kampagnen müssen keineswegs immer rechtspopulistische Parteien sein, sondern können – wie die Beispiele der antisemitischen Kampagne der FDP unter Führung des verstorbenen Jürgen W. Möllemann oder die CDU-Kampagne gegen das Zuwanderungsgesetz zeigen – genauso auch die etablierten »Volksparteien« sein. ■

Gefahr auch in Deutschland?

Form und Inhalt einer erneuerten Rechten

Der unverkennbare Rechtsruck in Europa, verbunden mit dem Ende der hegemonialen Stellung der neuen Sozialdemokratien, wird vor allem unter dem Stichwort des Populismus untersucht. Die Beschreibung des Phänomens unter dem Stichwort Rechtspopulismus legt nahe, dass insbesondere im Populismus der Grund für den Erfolg dieser Parteien gesehen wird, wenngleich erst die Verbindung mit »Rechts« die inhaltliche Beschreibung dieses Phänomens erlaubt.

Dieser Artikel wurde dem AIB von dem Marburger Politikwissenschaftler Gerd Wiegel zur Verfügung gestellt. Die lange Fassung erschien in »Z - Zeitschrift marxistischer Erneuerung« (9/2001, http://www.zeitschriftmarxistischer-neuerung.de) und ist unter www.nadir.periodika.aib nachzulesen.



Verbunden wird also der Stil eines politischen Auftretens mit einer bestimmten inhaltlichen Ausrichtung. Wofür steht »Rechts« in der Verbindung mit »Populismus«? Wurden früher Parteien wie die FPÖ oder die Alleanza Nazionale (AN) mit dem Stichwort des Rechtsextremismus belegt, so fallen sie in der aktuellen Debatte unter das Stichwort Rechtspopulismus.

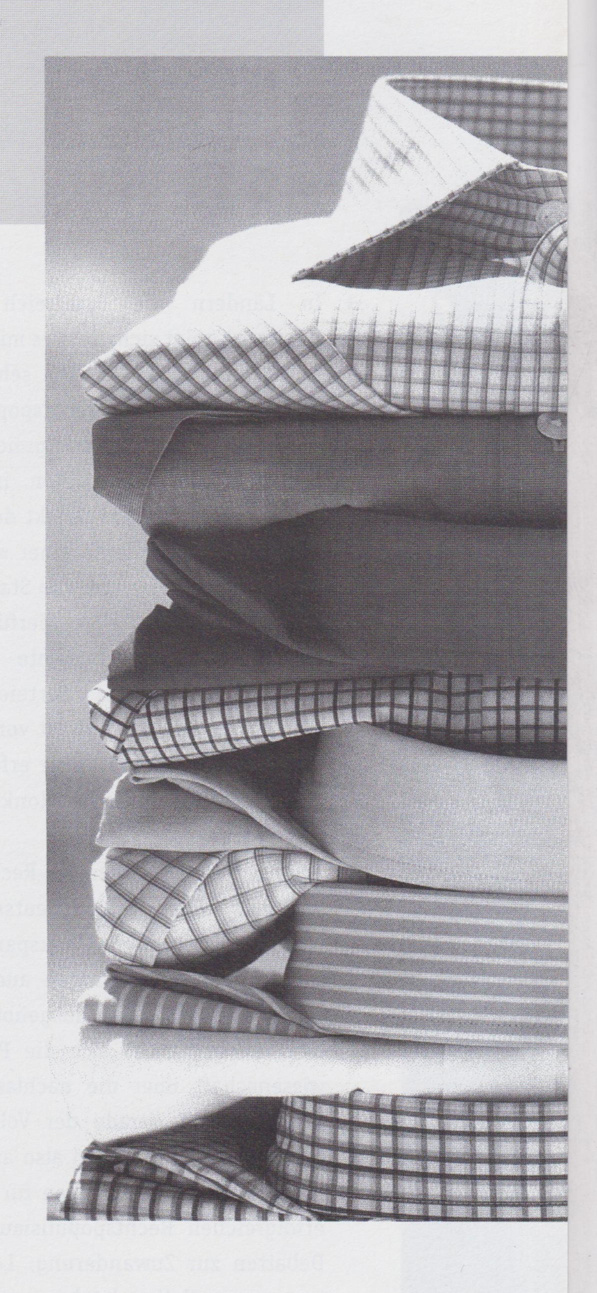
Die Ausgangsthese dieses Beitrags ist, dass die zur Zeit erfolgreichen und in Regierungsverantwortung stehenden Parteien der extremen Rechten (FPÖ, Alleanza Nazionale, Lega Nord, Dänische Volkspartei) eine inhaltliche Annäherung an das etablierte Parteienspektrum vollzogen haben, ohne damit ihre traditionellen Inhalte – Nationalismus, Rassismus und, bei einigen, eine tendenzielle Apologie des Faschismus – aufgegeben zu haben. Wichtigster Bestandteil dieser inhaltlichen Annäherung ist die Übernahme der neoliberalen Wirtschaftsvorstellung, mit der diese Parteien erst zu kompatiblen Partnern der etablierten Rechten und Konservativen werden konnten. Der Populismus ist das stilistische Mittel, diese Anpassung zu überdecken, sich selbst als Angreifer gegen das bestehende System darzustellen und weiterhin das traditionelle Klientel der extremen Rechten zu bedienen. Nur der Populismus erlaubt den Spagat zwischen diesen ganz unterschiedlichen Ausrichtungen. Rechtspopulismus bezeichnet somit nicht nur einen politischen Stil, sondern tatsächlich transformiert sich mit diesem Stil auch die inhaltliche Ausrichtung der extremen Rechten.

Rechtspopulismus in Deutschland

Sowohl was die parlamentarische Etablierung rechtsextremer Parteien angeht, als auch bei der gegenwärtigen Konjunktur des Rechtspopulismus scheint Deutschland eine Sonderrolle einzunehmen. Auf Bundesebene konnte sich bis heute keine Partei der extremen Rechten etablieren. Auch der Rechtspopulismus kommt über regionale Versuche, so die Hamburger Schill-Partei, bisher nicht hinaus. Für den ersten Befund sind vielfältige Gründe verantwortlich: Neben der historischen Erfahrung des Faschismus, die ein offenes Bekenntnis zur extremen Rechten in Deutschland erschwert hat, ist es hier vor allem die organisatorische Zersplitterung des Spektrums, die eine Sammlung des zweifellos vorhandenen Potenzials erschwert. Für den parteiförmigen Rechtsextremismus können nur die »Republikaner« als eine bedingt moderne Variante angesehen werden, ohne jedoch auf absehbare Zeit anschlussfähig etwa für CDU/CSU zu werden. Auch hat keine dieser Parteien das Potenzial, einen erfolgreichen Rechtspopulismus zu vertreten. Der viel beklagte Mangel an einer charismatischen Führungspersönlichkeit spielt hier ein wichtige Rolle. Dennoch lässt sich auch in Deutschland eine Zunahmen rechtspopulistischer

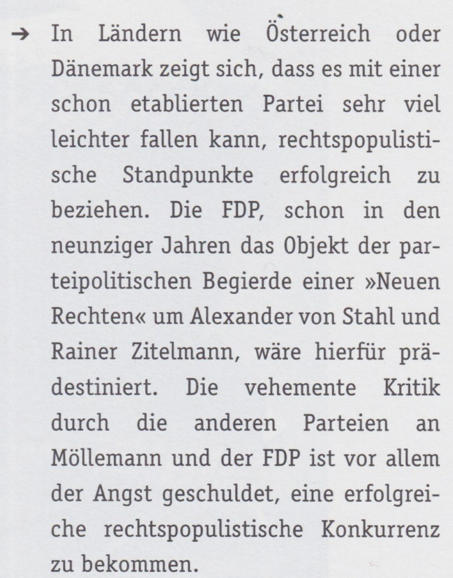
Argumentationen beobachten, die von der Politik adaptiert werden und dem oben beschriebenen Stil folgen. Ein Beispiel dafür war sicherlich die Antisemitismusdebatte um Jürgen Möllemann und die FDP. Zunächst ist die Themenwahl entscheidend: Das deutsch-israelische, deutsch-jüdische Verhältnis und die Frage des Antisemitismus sind in Deutschland aufgrund der Geschichte aufs äußerste sensibilisiert. Öffentlich provozierende Aussagen hierzu versprechen größtmögliche Medienaufmerksamkeit. Die Debatten der letzten Jahre zur faschistischen Vergangenheit in Deutschland und insbesondere zum deutsch-jüdischen Verhältnis haben einen Klimawandel angezeigt. Dies wurde spätestens mit der Walser-Bubis-Debatte deutlich.

Im Zeichen eines neuen nationalen Selbstbewusstseins wurde gerade die Bevölkerungsgruppe zum Störfaktor, die aus deutscher Sicht als personifizierter Schuldvorwurf und Hindernis dieses neuen Selbstbewusstseins ausgemacht wurde: die Juden.[1] Möllemann hatte diese Klimaveränderung genau registriert und für sich nutzbar gemacht. Mit seiner einseitigen Parteinahme gegen Israel, der gleichzeitigen Behauptung, Kritik an Israel sei in Deutschland tabuisiert und seinem Angriff auf jüdische Repräsentanten in Deutschland, bediente er verbreitete Einstellungen und Ressentiments. Bezogen wird, stellvertretend für die Bevölkerung, die Position des Außenseiters, der das sagt, was alle denken, sich aber nicht zu sagen trauen. Möllemanns Verweis auf die Tausende von Briefen und E-Mails, die er bekommen habe und die seine Position unterstützten, ist Ausdruck dieser Strategie. Übrigens berief sich auch Walser immer wieder auf die »Tausende« von Briefen, die ihn unterstützten. Der vermeintliche Tabubruch wird als mutiges Aufbegehren gegen ein von oben erlassenes Verbot gewertet, das Schema des »wir« gegen »die da« ist erfüllt. Dass Kritik an Israel in Deutschland weder verboten noch tabuisiert ist, tut nichts zur Sache. Worum es geht, ist nicht die Position zu Israel oder dem Nahost-Konflikt, sondern das selbstbewusste Bekenntnis zur Nation, dem, imaginär, die Juden entgegenstehen. Dass diese selbst Schuld am Antisemitismus seien, ist eine weit verbreitete Einstellung. Möllemann sprach sie aus, womit er sich wieder zum Sprecher der »schweigenden Mehrheit« machte. Dass es sich hierbei um kein zufälliges Ereignis, sondern um eine von Möllemann (und eventuell der gesamten FDP-Führung) bewußt gewählte Strategie handelt, macht dessen Einschätzung des gegenwärtigen Rechtspopulismus in Europa deutlich: In einer Kolumne im Neuen Deutschland nannte er die Wahlerfolge von Haider und der niederländischen Liste Pim Fortuyn eine »Emanzipation der Demokraten«, bei der es nicht mehr um rechts oder links gehe. Vielmehr gehe es darum, »wer die tatsächlichen Probleme der Menschen ohne ideologische Scheuklappen erkennt, in der Sprache des Volkes nennt und zu ihrer Zufriedenheit löst.« Ganz der populistischen Selbstdarstellung entsprechend, gerierte Möllemann sich hier als der Politiker, der dem Volk aufs Maul schaut und ihm nach dem Mund redet. Das Motiv der vom Volk gelösten politischen Klasse wird beschworen, die jetzt durch eine neue Kraft »überwunden werden müsse.«[2]



1| vgl. hierzu Johannes Klotz/Gerd Wiegel: Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001.
2| Neues Deutschland vom 25.5.2002
3| vgl. Gerd Wiegel: Die Union und der rechte Rand, hrsg. vom Forum 2000plus der PDS-Bundestagsfraktion, Berlin 2002.
4| Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 519
5| ebd., S. 526

→



➔ In Ländern wie Österreich oder Dänemark zeigt sich, dass es mit einer schon etablierten Partei sehr viel leichter fallen kann, rechtspopulistische Standpunkte erfolgreich zu beziehen. Die FDP, schon in den neunziger Jahren das Objekt der parteipolitischen Begierde einer »Neuen Rechten« um Alexander von Stahl und Rainer Zitelmann, wäre hierfür prädestiniert. Die vehemente Kritik durch die anderen Parteien an Möllemann und der FDP ist vor allem der Angst geschuldet, eine erfolgreiche rechtspopulistische Konkurrenz zu bekommen.

Argumentationsmuster des Rechtspopulismus finden sich in Deutschland in beiden großen Volksparteien, womit Bindungswirkungen auch auf dieses Wählerklientel ausgeübt werden. Allerdings ist sich die Politikwissenschaft über die nachlassende Bindungskraft gerade der Volksparteien einig. Es bestehen also auch in Deutschland reale Chancen für einen erfolgreichen Rechtspopulismus. Die Debatten zur Zuwanderung, Leitkultur, zum Nationalstolz, und zur »Inneren Sicherheit« und vor allem die weiter voranschreitende Verschärfung der sozialen Frage nehmen Argumentationen des Rechtspopulismus auf und verschaffen ihm eine gesellschaftlich hegemoniale Stellung. Insbesondere die Ethnisierung der sozialen Frage bestätigt das dichotomische Freund-Feind-Muster und die Gegenüberstellung in »wir« und »die da«.

Vor allem die Unionsparteien sind es, die rechtsextreme und rechtspopulistische Versatzstücke in ihre Argumentation mit aufnehmen. Der Kampf gegen das neue Staatsangehörigkeitsrecht, die vor allem ethnisch-völkisch motivierte Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes und der hiermit im Zusammenhang stehende Bevölkerungsdiskurs sind Tribut an traditionell rechte Einstellungsmuster. Mit der Nationalstolzdebatte und der deutschen Leitkultur wurden zwei Kampagnen befördert, die direkt dem Reservoir der extremen Rechten entstammen könnten. Die Mischung aus Modernität und Tradition, aus »Handy und Lederhose« soll die realen Gegensätze in der Politik der Union überdecken.[3] Die damit einhergehende Legitimierung rechtspopulistischer Politikmuster ist jedoch nicht nur auf die Union beschränkt.

Ob sich auch in Deutschland eine eigenständige Kraft des Rechtspopulismus entwickeln kann, muss gar nicht die entscheidende Frage sein. Guckt man sich deren Regierungsbeteiligung in Europa an, dann sieht man vor allem eine Beschleunigung von Prozessen, die auch in anderen Ländern vorangetrieben werden. Die repressive Zuwanderungs- und Ausländerpolitik etwa in Dänemark findet sich in Australien in noch verschärfter Form, ohne dass es dazu einer explizit rechtspopulistischen Partei in der Regierung bedürfte. Damit sollen nicht die Gefahren des Rechtspopulismus verharmlost, sondern vielmehr dessen Durchdringung der etablierten Politik als das größte Problem beschrieben werden. Heitmeyer spricht von einer »Demokratieaushöhlung«, die mit der zunehmenden Kontroll- und Überwachungspolitik und dem von allen Seiten befeuerten Sicherheitsdiskurs einher gehe. Die vom neoliberalen Kapitalismus hervorgerufenen Desintegrationstendenzen geraten als Ursache für die neuen Unsicherheiten völlig aus dem Blick. Die vom Populismus forcierte Zustimmung der Bevölkerung zu solchen Verschärfungen beinhaltet für Heitmeyer »die Bedingung für die Entwicklung einer Demokratieverachtung bei politischen Eliten.«[4] »Verlierer« dieser Entwicklung ist für Heitmeyer der traditionelle Rechtsextremismus, dessen autoritäre Forderungen von der Politik aufgenommen und entpolitisiert werden. Ideologische Positionen des Rechtsextremismus werden zu funktionalen Mitteln der Politik: »Aus Ideologielogiken werden Sach- und Verwertungslogiken«,[5] womit Heitmeyer auch die ökonomisch nutzbare Seite des Sicherheitsdiskurses oder der Ethnisierung sozialer Fragen hervorhebt. Die Angleichung und Entleerung der Politik, die tendenzielle Aufgabe eigener Gestaltungsansprüche und der bloße Nachvollzug kapitalistischer Logik lässt die Frage des politischen Stils beim Werben um Zustimmung immer wichtiger werden. Hier liegt das zukünftige Potenzial des Rechtspopulismus. ■

Populismus als politischer Zeitgeist

In Europa hat der Begriff des Populismus seit Jörg Haiders Aufstieg in Österreich Konjunktur. In wellenförmigen Zyklen folgten dann die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in Skandinavien sowie durch den kometenhaften Aufstieg des Niederländers Pym Fortuyn und dessen Ermordung. In Deutschland sorgten die Schill-Partei und die rechtspopulistischen Wahlkampfinszenierungen der FDP für erneute Aufmerksamkeit.

Dieser Artikel wurde dem AIB von dem Sozialwissenschaftler Alexander Häussler zur Verfügung gestellt.

Wie der Begriff nahelegt wird damit Bezug genommen auf propagandistische Simplifizierungen in Anlehnung an »des Volkes Stimme«: Rechtspopulismus bedeutet demnach allgemein die volkstümlich und rebellisch-autoritär inszenierte Verkündung extrem rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation: »Charakteristisch für die politischen Inhalte des Populismus ist die prekäre Synthese von Personalismus und Gemeinschaftsdenken und seine ambivalente Haltung zum gesellschaftlichen Fortschritt. Historisch und auch gegenwärtig besteht ein starker Hang nach rechts, der auf eine gegebene ideologische Affinität hindeutet.«[1] Wenn die Kritik an einem angeblich überbordenden, die Wirtschaft lähmenden und den Standort gefährdenden Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Wahlkampfpropaganda einer Rechtspartei steht, spricht der Populismusforscher Frank Decker von »ökonomischem Populismus«, den er gegenüber einer »politischen« sowie einer »kulturellen« Variante desselben Phänomens innerhalb westlicher Demokratien abhebt.[2] Eine solche Definition jedoch lässt die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus noch nicht erkennen. Frank Decker betont daher die besonderen Organisationsmerkmale, die inhaltlich oft willkürliche Agitation gegen das Establishment und den charismatischen Führungsstil des Rechtspopulismus. Er stellt die These auf, dass es beispielsweise »bei der FPÖ und den skandinavischen Fortschrittsparteien durchaus fraglich ist, ob sie zu den rechtsextremen Vertretern gerechnet werden können.«[3] Hans-Henning Scharsach hingegen sieht in solch unterschiedlichen Parteien wie dem Vlaams Block, der FPÖ, dem Front National, Berlusconis Regierungsbündnis, der FDP unter dem Duo Möllemann/Westerwelle und weiteren neu- wie altrechten Parteien das Aufkommen eines »rechten Populismus in Europa«.[4]

Unklare Abgrenzungen

So missverständlich und widersprüchlich populäre Deutungen des Rechtspopulismus sind, so unklar ist auch seine Abgrenzung zu hegemonialen Politikmustern. In der Diskussion um den Rechtspopulismus wird weitestgehend ausgeklammert, dass dessen zentrale propagandistische Bausteine – Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus gepaart mit einer sich volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das »Establishment« – zugleich Eingang gefunden haben in den Diskurs der so genannten politischen Mitte.[5] Rassismus und Nationalismus prägen als konstitutive Merkmale des Rechtsextremismus in einem zunehmenden Maße »autoritäre Entwicklungen« der gesellschaftlichen Mitte. Diese ziehen eine Politik nach sich, die »partikularistisch mit ethnisch-kulturellen, religiösen oder ausschließlich territorialen Kriterien begründet wird und sich dabei auf kollektive Identitäten stützt«.[6] Wilhelm Heitmeyer vertritt die These, »dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden.«[7] →



Eine derartige Verschiebung gesellschaftlicher Widersprüche auf konstruierte Feindbilder weist partiell Affinitäten zu Tendenzen auf, die Zeev Sternhell, Mario Sznajder und Maia Asheri als »Grundelemente des Faschismus« benennen: einen »völkische(n) Nationalismus, genährt durch Sozialdarwinismus und oft auch biologischen Determinismus«.[8] Gerade die »kollektivistisch, antiindividualistisch und antirationalistisch«[9] verklausulierten Erhöhungen nationaler Kultur und Größe seien für das Aufkommen des Faschismus maßgeblich: »Das versagende Proletariat sollte durch jene aufstrebende Macht der modernen Welt ersetzt werden, die aus dem Fortschritt, den Unabhängigkeitskriegen und der kulturellen Integration geboren worden war: durch die Nation. Alle ihre Klassen sollten zusammengeschweißt werden im gemeinsamen Kampf gegen die bürgerliche, demokratische Dekadenz.«[10] Die antirationalistische Produktion von Feindbildern mittels symbolischer Politik unter national(istisch)en Prämissen prägt unter ganz anderen – weitgehend neoliberalen – Verhältnissen auch den politischen Alltag westlicher Demokratien heute.

In der wissenschaftlichen Diskussion wird der Begriff des (Rechts-) Populismus meist bei denjenigen Parteien und Bewegungen verwendet, die trotz der Verwendung faschistischer Propagandaelemente erstens kein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen und zweitens ihre autoritären Forderungen nach einem »starken Staat« mit neoliberalen Politikansätzen verbinden. In der Tat zeigt sich hier eine Tradition spezifisch rechter Agitation gegen den »schmarotzenden Abzockerstaat«, der im skandinavischen Raum schon in den sechziger Jahren zu Wahlerfolgen von extrem rechten Parteien geführt hat, die in der europäischen Populismusforschung als »Vorreiter des europäischen Populismus«[11] bezeichnet werden. Nach ersten Erfolgen der finnischen »Landpartei« etabliert der »Steuerrebell« Mogens Glistrup in Dänemark das Modell der »Fortschrittspartei«, das dann in Norwegen und auch in weiteren Ländern Europas als Vorbild für Parteien mit rechtspopulistischer Ausprägung dient. War der »Aufstand der Kleinbürger« gegen Steuer, Bürokratie und »Wohlfahrtsstaat« in der fordistischen Epoche der Nachkriegszeit bis in die achtziger Jahre hinein noch schwerpunktmäßig geprägt von wirtschaftsliberalistischer Kritik am so genannten Sozialstaat, so traten im Zuge der Durchsetzung postfordistischer Regulationsverhältnisse in diesen Strömungen zugleich nationalistische und rassistische Tendenzen ins Zentrum ihrer Agitation. Exemplarisch hierfür steht die Abspaltung der dänischen Fortschrittspartei, die Dänische Volkspartei unter Pia Kjärsgaard.

Die Mischung aus populistischem »Sicherheitsdiskurs« gegen »Kriminelle«, »Fremde« und »Schmarotzer« im Kontext von medial inszenierten Aufständen des Kleinbürgers gegen Steuer, Bürokratie, EU und Zuwanderung machte unter dem sich durchsetzenden Modell eines »nationalen Wettbewerbsstaates«[12] Schule für vergleichbare Strömungen in Europa. Zwischen dem Neoliberalismus und neu aufgekommenen populistischen Rechts-Parteien besteht ein politisch-ideologisches Abhängigkeitsverhältnis. »Selbst dort, wo neue rechtsradikale Parteien ihre wirtschaftsliberale Rhetorik einschränken, bedeuten die Konsequenzen ihres Aufstiegs Wasser auf die Mühlen neoliberaler Sozialstaatskritik.«[13]

Geradezu prototypisch für den Rechtspopulismus in Westeuropa stehen Jörg Haider und seine FPÖ, deren Wahlerfolge primär darauf beruhten, dass über einen längeren Zeitraum hinweg neben sozialen Aufsteigern und Befürwortern eines Modernisierungskurses auch sozial Benachteiligte und zutiefst verunsicherte Mittelständler gewonnen werden konnten.[14] Krisen- und Auflösungserscheinungen innerhalb des politischen Systems führen jedoch auch dann, wenn sich keine rechtspopulistische Partei etablieren oder auf Dauer halten kann, zu Verschiebungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie. »Die äußerste Rechte befindet sich nicht mehr am Rand des

1| Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, in: Rechtspopulismus auf dem Vormarsch? Eine Tagung der SPD-Hamburg am 1. Dezember 2001, Broschüre, S. 10
2| s. Frank Decker, Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000, S. 213f.
3| ebd., S.12
4| vgl. Hans-Henning Scharsach, Rückwärts nach rechts. Europas Populisten, Wien 2002
5| vgl. Christoph Butterwegge/Alexander Häusler, Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randphänomene oder Phänomene der Mitte? in: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten - Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002. Hieraus sind wesentliche Argumentationsstränge in den vorliegenden Aufsatz eingeflossen.
6| s. Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer, Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen, in: dies. (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main 2001, S. 15
7| Wilhelm Heitmeyer, Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: ebd., S. 500
8| Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung faschistischer Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999, S. 24
9| ebd., S. 17
10| ebd., S. 45
11| Hans-Henning Scharsach, Rückwärts nach rechts, a.a.O., S. 152
12| vgl. Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam 1995





politischen Spektrums, sondern in dessen Mitte.«[15] Im Zuge der Durchsetzung postfordistischer, neoliberaler staatlicher Regulationsformen haben sich in Europa nicht nur neue Parteikonstellationen herausgebildet, sondern zugleich hat der rechte Populismus mit neoliberalen Ansätzen auch Eingang gefunden in den vorherrschenden Politikstil.

Vom Rand in die Mitte

So zählt beispielsweise der ehemalige CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble sogar die in Italien regierende Koalition aus neoliberal orientierten Rechtspopulisten (Forza Italia), Neo- oder Postfaschisten (Alleanza Nazionale) und Separatisten (Lega Nord) zur »Mitte«. Er zieht eine Parallele zum Regierungsbündnis von FPÖ und ÖVP: »Eine ähnliche Entwicklung kann man auch in Österreich beobachten, seit Wolfgang Schüssel Bundeskanzler ist – was im Übrigen denen Recht gibt, die sagen: ‚Aufgabe großer Volksparteien ist es, zur Mitte hin zu integrieren.'«[16]

Besonders in Großbritannien und in Deutschland entfaltet sich für die Sozialdemokratie eine »neue Mitte« aus einer als »Modernisierungsprozess« begriffenen konzeptionellen Inanspruchnahme wertkonservativer und neoliberaler Ideologie- und Programmfragmente, die mit nationalstaatlich orientierten Arbeits- und Erwerbskampagnen aus dem Erbe der historischen Arbeiterbewegung angereichert sind. Roland Tichy, Berater von Bundeskanzler Schröder, hält in bedenkenswürdigem Einklang mit konservativen und wirtschaftsliberalen Positionen die »deutschen Tugenden« für einen Trumpf im Prozess der Globalisierung.[17]

Im aktuell hegemonialen Regulationsverhältnis manifestiert sich die Verantwortung des politisch-administrativen Systems für eine »illusorische Gemeinschaft«[18], die ethnisierter Feindbilder zu ihrer Selbstlegitimierung bedarf. Der wieder erstarkte Nationalismus ist daher keine bloße populistisch aufgeladene Gegenbewegung zum neoliberal globalisierten Kapitalismus, sondern zugleich ein propagandistisches Mittel zu dessen Selbstlegitimierung: Dieser Transformationsprozess des politischen Systems vollzieht sich mittels einer »Legitimationsstrategie, die deutlich wohlfahrtschauvinistisch-populistische, rassistisch und nationalistisch konnotierte Züge trägt.«[19]

In der Diskussion um den sogenannten Rechtspopulismus sollte daher weniger an dessen definitorische Abgrenzung zum traditionellen Rechtsextremismus – dessen faschistische Bezugspunkte auf das Primat der Politik im Sinne eines interventionistischen (Führer-)Staates zumindest in der nationalrevolutionär ausgerichteten neonazistischen Szene nach wie vor virulent ist – gefeilt werden. Denn trotz höchst unterschiedlicher und in ökonomischen Fragen gar höchst gegensätzlicher Ansätze rechtsextremer Parteien und Bewegungen stellen die als »Rechtspopulisten« bezeichneten Strömungen keine Abkehr, sondern eine politisch konformere Neuausprägung der extremen Rechten dar.

Wichtiger erscheint hingegen, die zunehmende Hegemonie eines rechten Populismus im politisch vorherrschenden Diskurs zu analysieren und zu bekämpfen. Der Unterschied zwischen Schill und Schily liegt dabei eher in den jeweiligen Machtbefugnissen. ■

13| Herbert Kitschelt, Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, a.a.O., S. 439

14| vgl. z.B.: Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 2. Aufl. Berlin 1997; Christa Zöchling, Haider. Licht und Schatten einer Karriere, 2. Aufl. Wien 1999; Hans-Henning Scharsach (Hrsg.), Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000; ders./Kurt Kuch, Haider. Schatten über Europa, Köln 2000

15| Ursula Birsl/Peter Lösche, (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, a.a.O., S. 369f.

16| Wolfgang Schäuble zur Italien-Wahl und (zu) den Medien-Beteiligungen der SPD: »Kräfte der Mitte gestärkt«, in: Rheinische Post vom 17.5.2001

17| s. Roland Tichy, Ab in die Neue Mitte!, Die Chancen der Globalisierung für die deutsche Zukunftsgesellschaft, Hamburg 1998, S. 12f.

18| s. Günther Wolfswinkler, Marxistische Theoriearchitektur und die Dynamik staatlichen Wandels. Legitimationsmuster, Herrschaftsstruktur und Funktionsweise des kapitalistischen Staates im Spiegel staatstheoretischer Entwicklungslinien, Duisburg 2000, S. 104

19| Joachim Hirsch, Postfordismus: Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation, in: ders. /Bob Jessop/Nicos Poulantzas, Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg 2001, S. 202

Schwarz-braunes Alpenglühen

Dieser Artikel wurde dem AIB von Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv Österreichischer Widerstand, Wien, zur Verfügung gestellt.

Ab den späten 90er Jahren kam es in Mode, jenen Rechtsextremismus, der sich im Rahmen der Demokratie artikuliert, als »Rechtspopulismus« zu bezeichnen. Dies gilt vor allem für Deutschland, wo eine enge definitorische Bindung des Begriffes Rechtsextremismus an die Frontstellung gegen die »Freiheitlich-demokratische Grundordnung« besteht. Demgegenüber hat sich in Österreich ein Verständnis von Rechtsextremismus durchgesetzt, das diesen in erster Linie als organisierten Rassismus und Antisemitismus begreift, verbunden mit autoritären Einstellungen. Gerade hierzulande dient daher die Rede vom »Rechtspopulismus« oft dazu, Ross und Reiter nicht beim Namen nennen zu müssen. Entgegen dieser Verharmlosung halte ich an der Charakterisierung der FPÖ als rechtsextrem fest.

» Bei allen Einwänden gegen den Begriff kann er doch in der vergleichenden Parteienforschung hilfreich sein. Als Kriterium der Abgrenzung dient hier das jeweilige Verhältnis zum historischen Faschismus und Nationalsozialismus sowie die Existenz einer über simple Anti-Haltungen (gegen Steuern, Migration usw.) und einer Affirmation des Neoliberalismus hinausgehenden Programmatik. Dass diese – wie das Beispiel der FPÖ zeigt – durchaus widersprüchlich sein kann, tut dieser Differenzierung keinen Abbruch. Der »freiheitliche« Weltanschauungsmix – von neoliberal bis national-sozial – hat seinen Grund in der sozialen Heterogenität der FPÖ-AnhängerInnen- und FunktionärInnenschaft. Er ist aber um einen rechtsextremen Kern, der sich im Vorrang der »natürlichen Gemeinschaft« von Volk und Familie gegenüber dem Individuum ausdrückt, gruppiert.
Als »rechtspopulistisch« erscheinen demnach die Fortschrittspartei (Nor), Dänische Volkspartei, Lega Nord, Liste Pim Fortuyn, Schweizerische Volkspartei usw., als rechtsextrem die FPÖ, der Front National sowie Vlaams Blok und andere.

»Kleiner Mann« ganz groß

Daneben kann der Begriff hilfreich sein bei der Analyse der Agitationsformen, während der des Rechtsextre-

mismus mehr auf die Inhalte abzielt. So gesehen ist etwa die FPÖ eine rechtsextreme Partei, die populistisch agiert. Tatsächlich kann der Erfolg der FPÖ – 27 Prozent bei den Wahlen 1999; unter unselbständig Beschäftigten gar 47 Prozent – nicht ausschließlich mit rechtsextremer Weltanschauung erklärt werden. Zu diesem Motiv kommt eine notwendig diffus-oberflächliche Protesthaltung, die sich Haider zu Nutzen machte.

Vor allem auf die soziale Funktionalität zielt die Definition von Hirsch/Roth, wobei sie vom autoritären Populismus sprechen: »Wesentliches Merkmal eines autoritär-populistischen Diskurses ist es, dass er reale gesellschaftliche Konflikte und Klassengegensätze systematisch dethematisiert. Statt auf vorwärtsgreifende gesellschaftliche Utopien bezieht er sich auf den alltagssprachlichen common sense individualisierter Subjekte. Er zerfasert und entpolitisiert die von Ausbeutung und Unterdrückung herrührenden Erfahrungen, läßt gesellschaftliche Spaltungen und Ausgrenzungen als naturgegebene Prozesse erscheinen, mobilisiert disparate Unzufriedenheiten, Ressentiments und Gruppeninteressen und bindet gleichzeitig diese ideologisch so zusammen, daß die bestehenden Zustände bei den Betroffenen sich selbst legitimieren.«[1]

»Das Volk« und »der Agitator«

Das Subjekt – besser: Objekt – des autoritären Populismus ist das »Volk«, verstanden als vordiskursive Gemeinschaft der Identischen – hier ist seine notwendige Tendenz zum Rassismus angesprochen – und der mit bestimmten Eigenschaften wie »Rechtschaffenheit«, »Fleiß«, »Anstand« ausgestattete »kleine Mann«. Dieser wird implizit als ohnmächtig und explizit in seinem Gegensatz zum Establishment angerufen. Im Zentrum des autoritär-populistischen Diskurses steht das Gegensatzpaar »Wir« – die mit allen »positiven« Eigenschaften ausgestatteten »kleinen Leute« – und »Die« – die Nicht-Identischen: Unten die »Ausländer«, und Oben die »Bonzen«, »Bürokraten« und »Politiker«, die auch den »gerade greifbaren Ersatz für das eigentliche Haßobjekt, die Juden« darstellen.[2]

Der Agitator bietet sich den »kleinen Leuten«, die es sich – zumindest in Österreich unter Mithilfe der Sozialdemokratie und Gewerkschaften – in ihrem Status bequem gemacht haben und ihre Ohnmacht konformistisch verarbeiten, zur Delegation der Aggressionen und Racheimpulse an. Stellvertretend lebt er diese an Ersatzobjekten aus, nicht zuletzt in einer von Gewalt- und Strafphantasien durchsetzten Sprache. Der Agitator versteht es, das Unbehagen der »kleinen Leute« von dessen Ursachen wegzulenken und sich nutzbar zu machen.

Der autoritär-populistische Diskurs ist personalisierend und neigt zur Etablierung von Verschwörungsmythen. Der Agitator lobt das Konkrete (Kleine, Authentische, »Heimat« usw.) und hasst das Abstrakte (Urbanität, Kosmopolitik, Globalisierung usw.). Er appelliert nicht ans Interesse, sondern an den Neid und das Ressentiment.

Der Agitator bedient sich einer spezifischen Sprache. Diese ist »von rationaler Bedeutung entleert, funktioniert (...) magisch und fördert die archaischen Regressionen«.[3] Der autoritär-populistische Diskurs ist inhaltlich schwer kritisierbar, beruht er doch »offenkundig nicht auf der Absicht, durch rationales Aufstellen rationaler Ziele Anhänger zu gewinnen, sondern auf psychologischer Berechnung«.[4]

Autoritäre Rebellen?

Die autoritär-populistischen Agitatoren lassen sich als »magische Helfer« beschreiben.[5] Sie »helfen« den vielfältig narzisstisch Gekränkten und in undurchschauter Herrschaft Verfangenen, indem sie diese glorifizieren und sich selbst als Ideal zum Zwecke der Identifizierung[6] anbieten, sie in ihrer autoritären Aggression bestätigen und es ihnen erlauben, ihre sadistischen Triebregungen an den Nicht-Identischen auszuleben. Das befreiende Gefühl, das sich dabei beim Publikum einstellt, bindet dieses wieder fester an den Agitator. Weil die Bindung der »kleinen Leute« an den idealisierten Führer, der sich klein und groß zugleich macht, maßgeblich irrationaler Natur ist, ist sie so schwer mit dem Verweis auf rationale Interessen, denen diese Bindung widerspräche, aufzulösen. Erst wenn der Agitator bestimmte Eigenschaften verliert oder seine mediale Inszenierung sich totgelaufen hat, beginnt sein Abstieg in der Gunst des Publikums. Das österreichische Beispiel zeigt darüber hinaus, dass der autoritäre Populismus an der politischen Macht rasch seine Anziehungskraft verliert.

Die ParteigängerInnenschaft autoritärer Populisten lässt sich als »autoritäre Rebellion« begreifen.[7] Gemeint ist damit ein Scheinaufstand der Autoritären oder KonformistInnen →

1| s. Joachim Hirsch/Roland Roth (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg, S. 161

2| vgl. Theodor W. Adorno, 1995: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main, S. 124

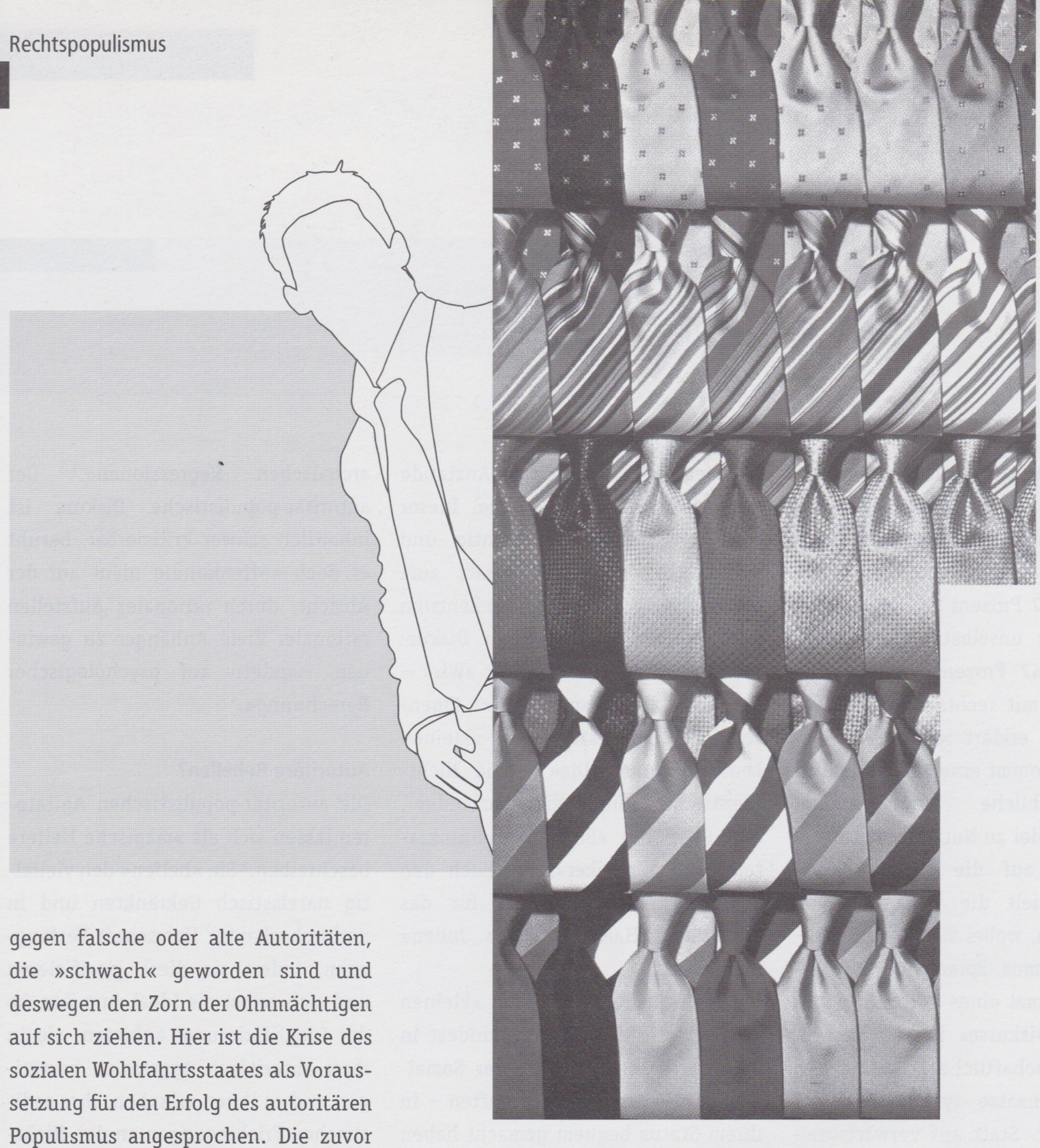
3| vgl. Theodor W. Adorno, 1971: Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda, in: ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt/Main, S. 58

4| ebd. S. 34

5| vgl. Erich Fromm, 1945: Die Furcht vor der Freiheit, Zürich, S. 173

6| Wie die historischen Führer erscheinen auch die autoritär-populistischen Agitatoren als Vergrößerung des Selbst: »Indem er den Führer zu seinem Ideal macht, liebt der Mensch eigentlich sich selbst, nur unter Beseitigung der Misserfolgs- und Unzufriedenheitsmerkmale, die sein Bild vom eigenen empirischen Selbst entstellen.« (Adorno 1971, S. 43). Dies erklärt die Tatsache der männlichen Überrepräsentanz unter den Haider-AnhängerInnen: er ist scheinbar wie sie gerne wären – sportlich, dynamisch, ewig-jung und erfolgreich, mutig, stark usw.

7| vgl. Erich Fromm, 1936: Studien über Autorität und Familie. Forschungsbericht am Institut für Sozialforschung, Paris, S. 131



gegen falsche oder alte Autoritäten, die »schwach« geworden sind und deswegen den Zorn der Ohnmächtigen auf sich ziehen. Hier ist die Krise des sozialen Wohlfahrtsstaates als Voraussetzung für den Erfolg des autoritären Populismus angesprochen. Die zuvor ideologisch und materiell eng an diesen gebundenen »kleinen Leute« reagierten mit autoritärer Wut auf die vormaligen Funktionäre der sozialstaatlichen Regulierung, die unter dem Druck der »Sachzwänge« ihre Gestaltungsmacht verloren haben.

Post-Sozialdemokratismus

Begünstigt werden autoritär-populistische Diskurse durch eine herrschende Politik, die sich auf Propaganda, auf bloße Organisierung von Zustimmung beschränkt. Daneben ist die Legitimationskrise der spätbürgerlichen Demokratie als Bedingung des autoritären Populismus zu nennen. Dieser antwortet auf die Krise der Repräsentation mit dem Ruf nach Identifikation. Mit dem Stopp der Demokratisierung unter den Bedingungen des Neoliberalismus schwanden die Erfolgsaussichten solidarischen Handelns entlang gemeinsamer sozialer Interessen. Dies begünstigt die »Tendenz zu ‚narzißtischer Perspektivenverengung' sozialen Protests«.[8]

Die autoritär-populistische Mobilisierung unbewusster und regressiver Prozesse »wird durch die seelische Verfassung all der Gesellschaftsschichten erleichtert, die unter sinnlosen Versagungen leiden und darum eine verkümmerte, irrationale Mentalität entwickeln.«[9] Diese Mentalität wird begünstigt durch die politischen Praxen, mit welchen die historischen Parteien der »kleinen Leute« deren Zustimmung organisierten. Sie resultiert aus der Integration der negativ Individualisierten in den Nationalsozialstaat. Die kollektive Wahrnehmung sozialer Interessen, die der Ausbildung einer derartigen sozialen Mentalität im Wege stünde, kann verlernt werden. Begünstigt wird dies durch eine Sozialdemokratie samt angeschlossener Gewerkschaften, die ihre Hauptaufgabe seit jeher in der Befriedung ihrer Basis sieht. In diesem Prozess der Sozialnationalisierung der Massen wurde die soziale Frage als nationale desartikuliert.

Der autoritäre Populismus ist – zumindest in Österreich – die Fortsetzung der Sozialdemokratie mit anderen Mitteln.[10] Die »kleinen Leute« wurden vom Objekt technokratischer Verwaltung zum Adressaten Haiderscher Agitation. ■

8| s. Joe Berghold/Klaus Ottomeyer, 1995: Populismus und neuer Rechtsruck in Österreich im Vergleich mit Italien, in: Sieder, Reinhard; Steinert, Heinz; Tálos, Emmerich (Hrsg.): Österreich 1945-1995. Gesellschaft-Politik-Kultur. Wien, S. 320

9| vgl. Theodor W. Adorno, 1971: Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda, in: ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt/Main, S. 61

10| So gesehen hat Haider – bei aller Demagogie – nicht ganz Unrecht, wenn er die rechtsextremen und –populistischen Parteien Europas als »Erben der Sozialdemokratie« und sich selber als »Fraktionssprecher der alten Sozialdemokratie in der FPÖ« (Kurier, 11.8.2002) bezeichnet. Daneben zeigt das deutsche Beispiel, dass eine gewandelte Sozialdemokratie selbst ihre autoritär-populistische Nachfolgeschaft antreten kann. Diesem Versuch ist jedoch wohl nur kurzfristiger Erfolg beschieden.



Verkrachte Existenzen

Es ist fast ein ungeschriebenes Gesetz der deutschen Parteienlandschaft: Alles, was sich rechts von der Union an Parteien gründet, streitet und spaltet sich, bevor es bundesweit relevante Erfolge erzielen könnte. Auch jene Parteiengründungen, die an die rechtspopulistische Wahlerfolge in anderen europäischen Staaten anknüpfen wollten, kamen über ein Schattendasein nicht hinaus. Die seltsame Eigendynamik dieser »wertkonservativen«, »national-liberalen«, »freiheitlichen«, »bürgerlich-liberalen«, »patriotischen« und »nationalen« Kleinsparteien soll am Beispiel des Berliner Landesverbandes des Bund Freier Bürger (BFB) beleuchtet werden. Eins machen die Recherchen in diesem braunen Milieu deutlich: Es ist fast immer die selbe Clique von »Polit-Glücksrittern«, die seit Jahren durch FDP, CDU und diverse braune Kleinstparteien tourt. Persönliche Streitereien, Machtkämpfe, personelle Diskontinuitäten und eine chronische Realitätsferne verhindern zwar politische Wahlerfolge, doch die Verbindungen einzelner Protagonisten ins rechts-bürgerliche Lager sollten von AntifaschistInnen aufmerksam beobachtet werden.

Der Anfang

Der Berliner Landesverband des BFB entstand 1995 unter Leitung von Karl-Christian Andersen, Imke Barnstedt und Andreas Manthey. Von den Gründungsmitgliedern blieb niemand bis zum Niedergang der Partei im Landesvorstand. Der ständige Wechsel von Führungsfunktionären ist ein typisches Merkmal »rechtspopulistischer« Kleinstparteien in Deutschland. Nur die Schauspielerin Imke Barnstedt, aktuell auch bekannt als Marlies Teubner in der Fernsehserie »Hinter Gittern«[1], ist noch eine Aktivistin in der Berliner Braunzone.[2]

1996 übernahm Joachim Baum aus dem BFB-Bundesvorstand den Vorsitz des Berliner BFB-Landesverbandes. Er begann seine politische Karriere als Mitglied der Berliner CDU und als stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Union (JU). Doch auch seine Tage als Landesvorsitzender waren gezählt.

Ohne Erfolge

Anfang 1998 teilte Joachim Baum in einem Anflug von totaler Selbstüberschätzung den potentiellen Interessenten des BFB mit, dass das Zusammengehen der »Offensive für Deutschland« von Heiner Kappel mit dem BFB von Manfred Brunner »in der Bevölkerung hohe Aufmerksamkeit erzielt« hätte. Auch die Kleinstgruppe Wählerbund Deutschland um Helmut Reichmann konnte zur Mitarbeit im Berliner BFB überzeugt werden. Um die Verwirrung noch zu vergrößern, gab sich der BFB pünktlich zum Wahlkampf den Bandwurm-Namen »Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland, Die Freiheitlichen«. Doch der Versuch, »in gestärkter Formation in den Bundestagswahlkampf« zu ziehen, scheiterte. Der BFB erhielt hier in Berlin nur 0,5 % der Erst- und 0,3 % der Zweitstimmen. Da halfen auch die detaillierten »Canvassing-Tips« des Berliner Wahlkampfmanagers Torsten Witt nichts. Als Betreiber der Agentur für MedienKommunikation & Marketing (MKM) hatte er seinen Wahlkämpfern diverse Verhaltenstipps mit auf den Weg gegeben: Sie sollten korrekte, aber trotzdem lockere, nicht allzu auffällige Kleidung tragen, Kinder sollten nicht ignoriert werden und natürlich galt »lächeln, lächeln, lächeln«. Auch die Argumentationsstrategie war vorgegeben: »viel fragen und wenig behaupten«, »Zustimmung über ‚Ja-Aber-Methode'«, »keine längeren Diskussionen führen« und »Berufsdiskutierer notfalls im Gespräch unauffällig vom Stand weglotsen«. →



[1] [2]

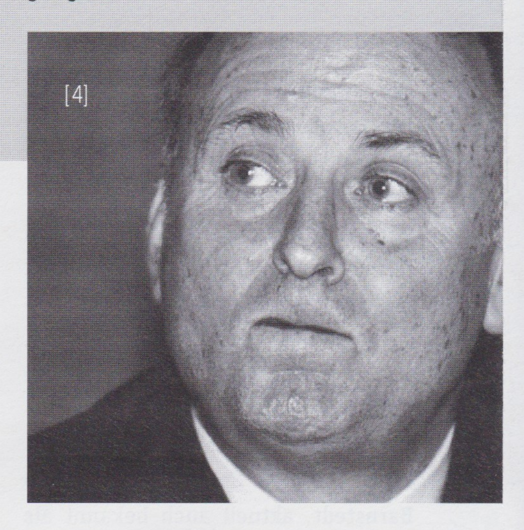
1| www.hinter-gittern.com
2| So landete sie 1999 beim »Friedenskomitee 2000« von Alfred Mechtersheimer (AN 5/1999) und erhielt im März 2001 auf einer Veranstaltung der »Bezirksleitung / Gau Brandenburg« des rechtsextremen Kampfbund Deutscher Sozialisten den Titel »Verdiente Kulturschaffende« verliehen. Später wurde sie von der »KDS-Stabsführung« als »KDS-Ehrenmitglied« ausgezeichnet. (www.kds-im-netz.de)
3| www.im-link.de/KW/Oesterle_Nachruf.html
4| Die NofU gründete sich 1970. Sie verschickte Listen mit Namen von Studierenden, die linke Flugblätter unterzeichneten oder durch »marxistische« Argumentation in einem Seminar aufgefallen waren, an öffentliche Stellen, Parlamente, Wirtschaftsverbände und Personalbüros privater Unternehmen. (Quelle: http://userpage.fu-berlin.de/~astafu/hopo/kartei/organisationen/nofu.html - 4k)

Der Streit geht los...

Im Laufe des Wahlkampfes kam es wie es kommen musste, es brachen die ersten internen Streitereien aus. Torsten Witt sah sich »unsubstantiierten Anwürfen« von Herrn Baum ausgesetzt. Dieser hatte ihm »unqualifizierte Arbeit« als Wahlkampfleiter vorgeworfen. Witt erklärte ihm sichtlich beleidigt: »Meine Zeit, mein Geld und meine Arbeitskraft habe ich in den Dienst unserer Sache und unserer Partei gestellt, nicht in den Dienst Ihrer Person oder Ihrer Eitelkeiten (...)« und warf seinen Job als Wahlkampfleiter hin. Markus Roscher beschwerte sich bei Joachim Baum: »(...) nachdem Sie erklärt haben, die offiziellen BFB-Plakate, auf denen meine Tochter und ich für ein besseres Deutschland werben, nicht aufstellen zu wollen, habe nun auch ich ernsthaft den Eindruck, daß es ihnen nicht um die Sache geht.« In einer Resolution Berliner BFB-Mitglieder drangen jedoch auch politische Konfliktlinien nach außen. So wurde eine Blockade bei der Aufnahme von »engagierten neuen Mitgliedern« und »Ordnungsmaßnahmen« gegenüber »exponierten Mitstreitern beklagt«. Die Hälfte des Landesvorstandes um Witt, Oesterle und Roscher forderte einen außerordentlichen Landesparteitag, um eine Neuwahl des Landesvorstandes zu erreichen. Schließlich beugten sich der Berliner Landesvorsitzende Baum und der Landesgeschäftsführer Manthey dem Ruf nach einer »Neuorientierung des Berliner Landesverbandes« und legten ihre Ämter nieder. Baum sah sich nicht in der Lage, »die Mitverantwortung für Vorstandsmitglieder zu übernehmen, gegen die ein Verfahren anhängig ist ...«. Doch die Clique um Roscher und Witt hatte die Zügel im Berliner Landesverband übernommen.

Später resümierte Baum: »Von Anfang an hat man in Berlin und in anderen Landesverbänden gezielt die Zerstörung der bestehenden Strukturen im Auge gehabt.« Auch bundesweit gab es die ersten Zerfallserscheinungen: Der Bundesvorsitzende Manfred Brunner legte sein Amt nieder und wurde Mitglied in der sächsichen FDP. Der stellvertrende Bundesvorsitzende R.D. Gmeiner warf dem ex-FDP-Abgeordneten und BFB-Generalsekretär Heiner Kappel vor, die Partei »...den Republikanern anzunähern.« Der Berliner Landesverband stellte sich sofort hinter Kappel und Roscher. Man warf Gmeiner einen »Dolchstoß« vor, da er eine »Parteineugründung« plane. In kollegialem Ton verkündete er, »Herr Gmeiner, wenn Sie unsere Partei unbedingt verlassen wollen: Gehen Sie doch einfach, gehen Sie mit Gott, aber gehen Sie – je schneller, destso besser!«

In Berlin konstituierte sich Anfang 1999 ein neuer Parteivorstand des Berliner Landesverbandes. Hier bekam u.a. der spätere NPD-Kader Rene Bethage einen Posten als Beisitzer des Präsidiums. Markus Roscher wurde mit 33 von 37 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Keine vier Tage nach seiner Wahl überlegte er es sich wieder anders. Er erklärte seinen Austritt aus dem BFB und legte seine Ämter als Berliner Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender nieder. Als ausschlaggebend bezeichnete er, dass in Thüringen der BFB beschloss, auf der Liste der Republikaner zur Wahl anzutreten. In Berlin drehte sich das BFB-Personal-Karussell also erneut. Witt wurde zum neusten Landesvorsitzenden und Eberhard Lehmann zu seinem Stellvertreter gewählt. Der neue Berliner Landesverband schlug sogleich deutlichere und aktivistischere Töne an. So wurden gemeinsam mit Horst Mahlers Bürgerbewegung »Für unser



[4]

Land« wöchentlichen »Montagsdemonstrationen« gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft durchgeführt und eine Kampagne gegen das geplante Holocaust-Mahnmahl ins Leben gerufen.

Neue Versuche ohne Erfolg

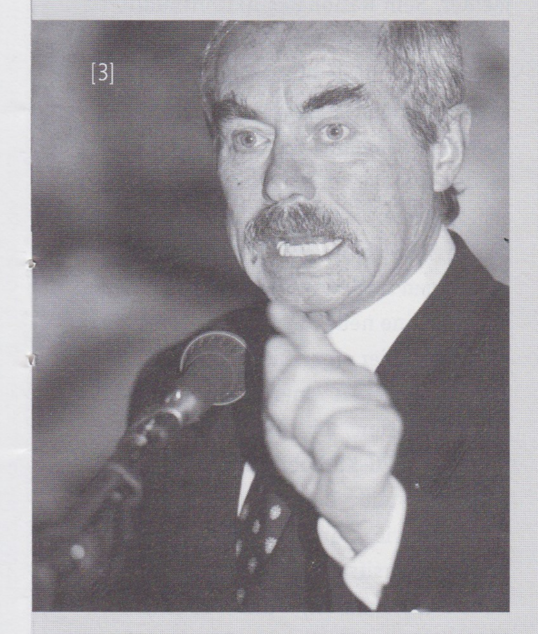
Zur Wahl 1999 versuchte der BFB erneut durch das Zusammenführen diverser Kleinstparteien politische Bedeutung zu erreichen. Diesmal trat er gemeinsam mit dem Bürgerbund - Landesverband Berlin unter Heinz Troschitz, der Wählerinitiative Bürger und Kleingärtner (WBK) von Hans-Bernd Bärfelde und der Bürgerinitiative für Deutschland (BID) um Manfred Bischoff auf einer offenen Landesliste zur Berliner Abgeordnetenhauswahl an. Vor allem der Spandauer

[1] Torsten Witt (m) und Heiner Kappel (r) demonstrieren gegen das Holocaust-Mahnmal

[2] V.l.n.r: Manfred Brunner, Markus Roscher und Paul Latussek (BdV)

[3] Heiner Kappel: Von der FDP zum BFB zur DP zu ... ?

[4] Joachim Baum: Berliner BFB-Chef Nr. 2 von 4 in fünf Jahren



[3]

Bürgerinitiativler Heinz Troschitz (Bürgerbund) soll diese »bärenstarke Allianz« vorangetrieben haben. Er wurde vor allem durch die »Initiative Wagenburg« bekannt, welche erfolgreich gegen den Zuzug einer alternativen Wagenburg mobilisierte.[5] Als sich in seinem Bezirk sogar der CDU-Bezirksverordnete Reinhard Bonin dem Bündnis anschloß, wurde dieser aus der CDU-Fraktion der BVV Spandau ausgeschlossen.[6] Er erklärte zu seinem Wechsel, dass er nicht seine »Politik-Richtung, sondern nur die Hausnummer« wechsele.[7] Auch in diesem Wahlkampf wollte man mit einer sensationellen »Kooperation schlagkräftig und motiviert in den Wahlkampf ziehen.« Alle vier Kleinstparteien zusammen brachten aber auch nur 450 Mitglieder auf, welche nur wenige Aktivitäten entwickelten. Hervorzuheben sei hier ein Info-Stand beim »Tag der Heimat« des Bundes der Vertriebenen und die Demonstration gegen das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin Mitte am 2. Oktober 1999.

Doch auch dieses Mal reichte das Wahlergebnis nicht, um das Dasein als »außerparlamentarische Opposition« zu beenden. Die Allianz Bürgerbund bekam gerade mal knapp 0,2 Prozent der Zweitstimmen.

Neuer Streit

Nach der Wahlniederlage resümierte Torsten Witt: »Vielleicht war die – mehr von Träumen denn von realem Pragmatismus getragene – Allianz teilweise fußkranker Einzelkämpfer und sich selbstverwirklichender Visionäre mit zusammen vielleicht 60 Aktivisten aus vier Parteien nicht die glücklichste Entscheidung.«

Es wäre mehr aus der Wahl herauszuholen gewesen, »...wenn mehr das wenigstens teilweise gemeinsame programmatische Anliegen und weniger die Selbstdarstellung einzelner ‚politischer Naturtalente' den Wahlkampf geprägt hätten...« Er erwägt sich »...von denjenigen, die um ihrer selbst willen weiter lieber Häuptling von 50 Auserwählten den Unterhäuptling einer größeren Bewegung sein wollen, zu trennen.«

Schon während des Wahlkampfes brodelten erste Konflikte. Der frühere BFB-Mitstreiter Bernhard S. Arnhold war nämlich mittlerweile Mitglied im Bürgerbund und »Persönlicher Wahlkampfreferent« der Spitzenkandidaten geworden. Wegen einer fehlenden Getränkerechnung für einen BFB- Parteitag und ausstehenden Mitgliedsbeiträgen drohte der BFB nicht nur mit gerichtlichen Mahnverfahren und einer Strafanzeige wegen Betrug, sondern auch damit, alle Sitzungen und Zusammenkünfte zu boykottieren, an denen er teilnimmt.

Gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen Parteifreunden schienen keine Seltenheit zu sein. Auch das ehemalige BFB-Landesvorstandsmitglied Rene Bethage und sein alter Landesverband trugen ihren Streit um ausstehende Mitgliedsbeiträge vor das Amtsgericht Wedding.

Im Anschluss an den gescheiterten Wahlkampf beschränkten sich die Aktivitäten des Berliner BFB auf eine kontinuierliche Veranstaltungsreihe des BFB-Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf mit diversen »prominenten« rechten Referenten. Nur vereinzelt gab es noch außenwirksame Aktivitäten: So demonstrierte man am 17. Juni 2000 gemeinsam mit dem Berliner Landesverband der Republikaner am Sowjetischen Ehrenmal gegen die PDS. Als am 13. August 2000 der BFB-Bundesparteitag die Auflösung des BFB zum 31. Dezember 2000 be- →

Ein schwarz-braun-gelbes Gemisch...

1998 trat der BFB auch in Berlin zur Bundestagswahl an. Die Berliner BFB-Kandidaten offenbarten den schwarz-gelb-braunen Politklüngel, der sich hier zusammengefunden hatte. Die Kandidaten repräsentieren einen Querschnitt durch das gesamte rechtskonservative Spektrum Berlins: Die Karriere von Kandidat Markus Roscher führte über die FDP und die Jungen Liberalen in den Bundesvorstand des BFB. Torsten Witt war ebenfalls bei der FDP und den Jungen Liberalen gewesen, nachdem er sich zuvor bereits im Coburger Convent (CC) als Pressesprecher und als Mitglied im Gesamtdeutschen Studentenverband (GDS) betätigt hatte. Auch eine Mitgliedschaft in der CDU ließ er nicht aus. Der ehemalige Polizist Bernhard S. Arnhold war vor seiner Funktion im BFB-Bundesvorstand Mitglied in der Berliner CDU und Bundesgeschäftsführer des Christlich-Konservativen-Deutschland-Forums in der CDU/CSU gewesen. Der Weg des mittlerweile verstorbenen Rußlanddeutschen Otto Oesterle führte von der Sozialdemokratischen Partei Kasachstans und der Vereinigung der Rußlanddeutschen »Wiedergeburt«[3] über den BFB hin zu den Republikanern. Rene Nehring wurde später Bundesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) bzw. zum Funktionär des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) in der Landsmannschaft Ostpreußen. Hans-Eberhard Zahn saß im Vorstand der Berliner Notgemeinschaft für eine freie Universität (NofU)[4] und engagiert sich in »DDR-Opferverbänden«.



Rene Bethage als Anmelder einer Nazidemonstration gegen das Holocaust-Mahnmal.

5| Süddeutsche Zeitung, 5. Mai 1999, Seite 10.
6| Berliner Kurier vom 5. Mai 1999, Seite 9.
7| Berliner Morgenpost, 5. Mai 1999, Seite 13.
8| www.vjj.de/online/intern/vjj-vorstand.shtml
9|www.deutschepartei.de/bund/vorstand.html
10| Die Welt, 15.10.2001, S. 35 und Neue Freie Zeitung, 17.10.2001.
11| www.markus-roscher.de/ text_aktuelles.html
12| www.liberale-gesellschaft.de/

→ schloss, brachen innerhalb des Berliner BFB die schwelenden internen Auseinandersetzungen endgültig aus. Im September 2000 traten 13 Mitglieder des Berliner BFB zusammen mit Torsten Witt der Freiheitlichen Partei Deutschlands (FPD) bei, »um dort in politische Wirksamkeit umzusetzen zu versuchen, was uns mit dem Bund Freier Bürger wegen der Hypotheken der Vergangenheit nicht mehr möglich ist.«. Die Partei unter Karl Heinz Dollmaier verfügte zuvor bundesweit nur über ganze 35 Mitglieder, doch wollte man mit dieser Parteigründung an die Erfolge der FPÖ in Österreich anknüpfen. In Deutschland jedoch sollte erst mal wieder eine innerparteiliche Auseinandersetzung gerichtlich geklärt werden, um festzustellen, welcher Vorstand diese Partei überhaupt vertritt. Schließlich traten etwa drei Monate später sechs der Berliner BFB-Mitglieder, u.a. der stellvertretende BFB-Landesvorsitzende Eberhard Lehmann, wieder aus der FPD aus. Zwischen dem Landesvorsitzenden Witt und seinem Stellvertreter Lehmann kriselte es schon seit längerem. Hierbei ging es um relevante Fragen wie die Redezeit auf einer Veranstaltung und das zeitweilige »Unertauchen« von Witt. Lehmann beklagte außerdem: »Häufig neigt unserer Vorsitzende dazu, die Spielregeln des zwischenmenschlichen Zusammenlebens zu vergessen.« Das BFB-Landesvorstandsmitglied Christian Zak nahm diesen Streit zum Anlass, um aus dem BFB auszutreten. In seinem Austrittsschreiben bedauerte er eine »innere Unreife der nationalkonservativen Kräfte« und erklärte: »... es könnte für meine Lebenszeit fruchtbringende Beschäftigungen geben als an solchen kleinkariertem Gezänk teilzunehmen.« Eberhard Lehmann stieg nach diesen Streitereien in die Deutsche Partei (DP) ein. Ende 2000 entstand unter seiner Führung ein Landesverband Berlin-Brandenburg der DP. Er versprach: »Hier werden keine Luftschlösser gebaut und gibt es nicht nur Sprechblasen, die nach kurzer Zeit verpuffen.« Steve Schwittek, Vorsitzender des BFB-Kreisverbandes Hellersdorf/ Marzahn, riet ihm vorher: »Mir bleibt nun nichts weiter, als Ihnen anzuraten, Ihre Pläne umzusetzen. Auf das auch der letzte zweifelnde, an der Integrität ihrer Person vergeblich glaubende, einzusehen gezwungen ist, welche verschwörerischen Taten sie planten, durchführten und noch aushecken.« Der verbliebene BFB-Vorstand ließ es sich nicht nehmen, Lehmann noch kurz vor der BFB-Selbstauflösung seines Amtes zu entheben und durch Schwittek zu ersetzen. Selbst dieser Vorgang wurde jedoch noch wegen Formfehlern angefochten.

Werdegänge

Der Hamburger Rechtspopulist Schill klagte in einer treffenden Formulierung über »Glücksritter und von Ehrgeiz zerfressenen Persönlichkeiten«, die seinen Parteiaufbau behinderten. Es scheint, als würde die Entstehung einer rechtspopulistischen Partei in Deutschland vorerst an solchen »Persönlichkeiten« scheitern. Doch einige der BFB-Parteifreunde machten auch ohne geeignete Partei weiter und versuchten, woanders politischen Einfluss zu gewinnen. So auch in Berlin: Torsten Witt, Björn Hensel (ehem. Junge Freiheitliche) und Steve Schwittek (Bundesvorsitzender Freiheitliche Jugend e.V.) tauchten im Verband Junger Journalisten Berlin-Brandenburg e.V. (VJJ) wieder auf.[8] Nach Eigenangaben betreut der Verband Junger Journalisten als anerkannter Berufsverband Medien knapp 1.300 Journalisten aus ganz Deutschland. Er veranstaltet einmal im Jahr den Bundes-Jugend-Presse-Ball und gründete ein Medien Centrum. Nicht zuletzt vertreibt er auch Presseausweise. Rene Bethage hingegen zog es zur Berliner NPD. Hier wurde er zum umtriebigen Pressesprecher, Wahlkandidaten und Demonstrationsanmelder. Sein Nationales Aktionsbündnis Berlin (NABB) mobilisierte u.a. zu einer Nazigroßdemonstration gegen das Holocaust-Mahnmal in Berlin. Eberhard Lehmann wurde stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Partei[9] und organisiert regelmäßig interne rechte Vortragsveranstaltungen in Berlin. Markus Roscher startete eine neue Karriere in der Berliner CDU. Hier organisierte er u.a. ein Treffen zwischen einer hochrangigen FPÖ-Delegation um den stellvertretenden FPÖ-Klubobmann, Gilbert Trattner, mit Berliner CDU-Funktionären wie Günter Nooke (stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Eberhard Diepgen (ex-Berliner Bürgermeister).[10] Markus Roscher ist auch Vorsitzender des AK Sicherheit im CDU-KV Pankow und Sprecher der »Blankenburger Gruppe«. Diese will als »konservativer Motor der Berlin–Brandenburger CDU fungieren«. Als Referenten für Veranstaltungen dieser Gruppe werden Heinrich Lummer (ex-Berliner Innensenator) und Jörg Schönbohm (Brandenburger CDU-Innenminister) genannt.[11] Zusammen mit Torsten Witt hat Markus Roscher auch die Liberale Gesellschaft e.V. wiederbelebt. Mit dieser organisierten sie Veranstaltungen mit Alexander von Stahl (ex-Generalbundesanwalt), Manfred Kittlaus (ehemaliger Berliner Landespolizeidirektor) und dem rechten Publizisten Klaus Rainer Röhl.[12] Diese Formen der »rechtspopulistischen« Aktivitäten, die nicht auf reine Parteiarbeit und Wahlerfolge ausgerichtet sind, könnten auch in Deutschland eine gewisse Relevanz in politischen Diskursen entfalten, wenn es »rechtspopulistischen« Aktivisten gelingt, in etablierten Parteien und Verbänden zu angesehenen und tonangebenden Mitgliedern zu werden. ■

Preußische Gesellschaft und *konservative* Revolution

Der positive Bezug auf den ehemaligen Staat Preußen ist in der bundesdeutschen extremen Rechten seit jeher beliebt.

Dieses »Preußentum« kann nicht allein als Nostalgie abgetan werden. Seine Wirkkraft reicht weit in rechts-konservative Regierungskreise.

Eine Vielzahl von großen und kleinen Organisationen schmückt sich mit dem Label »Preußen«: von den diversen Vertriebenenverbänden über Monarchisten- und Kulturvereinigungen bis hin zu neonazistischen Kameradschaften und Bands.

z.B.
Freistaat Preußen
Preußenkolleg
Preußeninstitut/Zollernkreis
Der Bismarckbund e.V.
Preußischer Verein
Preußischer Nationalkongreß
Berliner Kulturgemeinschaft Preußen
Kameradschaft Preußen
NIT Preußen
Preussen Skinheads Potsdam
Proissenheads

Die Relevanz vieler Preußen-Vereine ist eher gering. Der von Rigolf Hennig betriebene Verein »Freistaat Preussen« verfügt immerhin über einen eigenen Landtagspräsidenten und stellt auf Antrag eigene »Staatsangehörigkeitsausweise« aus. Das in Remscheid beheimatete Preußen-Institut mit angeschlossenem Zollernkreis pflegt den monarchischen Gedanken und hält sich für den nächsten Hohenzollern-König bereit.

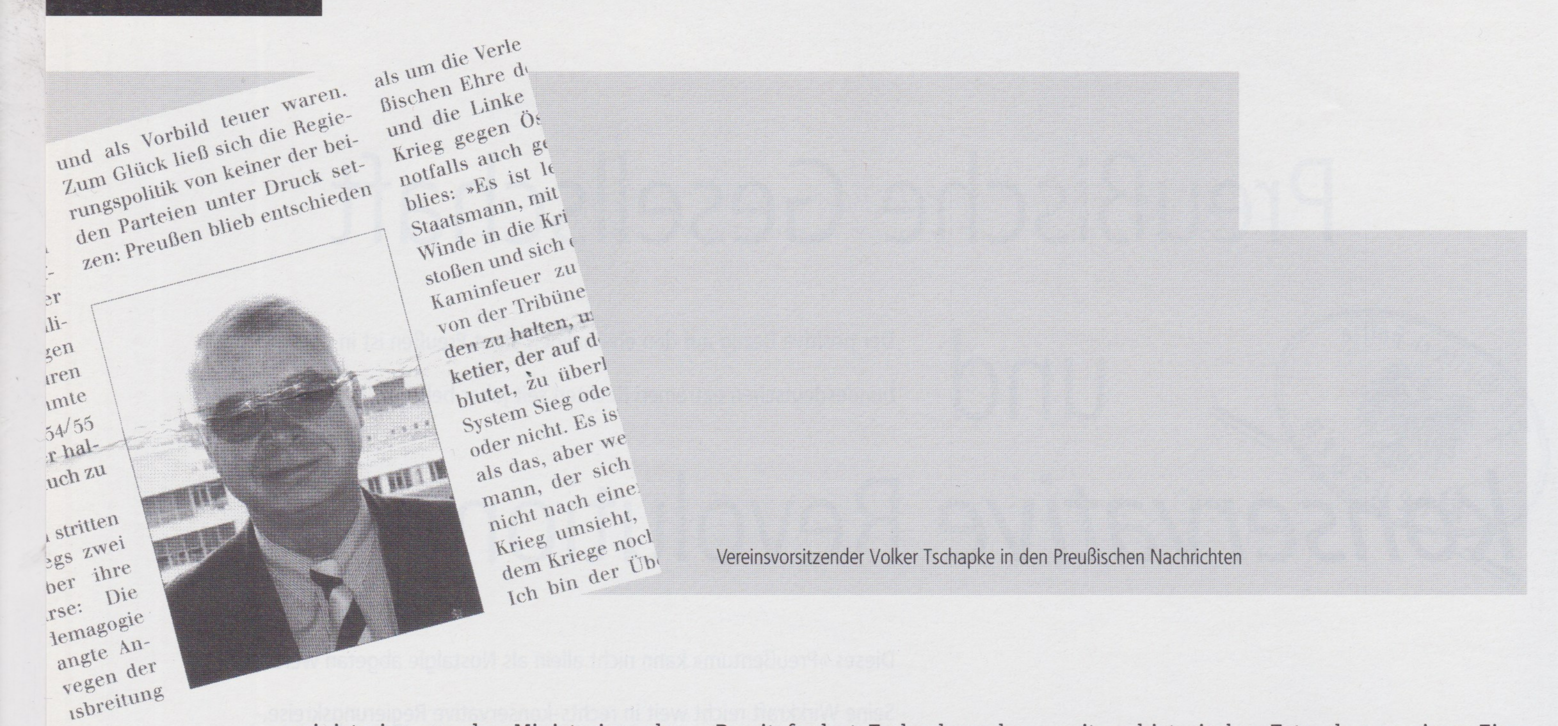
Weitaus mehr hat die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg zu bieten. Hier treffen sich im exklusiven Ambiente des Hilton-Hotels am Gendarmenmarkt »Privatgelehrte und Botschaftsmitarbeiter, Mittelständler und Stammtischbrüder im Geiste Friedrichs des Großen«.[1] Die Gesellschaft verfügt über eine umfangreiche Infrastruktur und scheint sich so zum bundesweiten Zentrum des preussischen Milieus zu entwickeln, das altgediente Streiter anderer Organisationen – wie den oben genannten – anzieht.[2]

Das Erscheinungsbild der Gesellschaft ist dabei denkbar seriös. Ihr Vorsitzender Volker Tschapke, Bauunternehmer, ist ein angegrauter aber gepflegter älterer Herr im Anzug, der uns freundlich aus den Publikationen heraus anlächelt. Der Wahlspruch der Gesellschaft »Pro Gloria et Patria« mitsamt preussischen Adler ist selbstverständlich ordnungsgemäß beim Deutschen Patentamt als Marke geschützt. Der Chefin des Hauses Hilton, Frau Gunthi Katzenmeier, wird die Gastfreundschaft der vergangenen Jahre mit der Ehrenmitgliedschaft gedankt.

Die Gesellschaft führt regelmäßig Stammtische und Vorträge durch und gibt die Publikation »Preussische Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen« in einer Auflage von 10.000 Exemplaren heraus.

Der Auftrieb an tatsächlichen und potentiellen Sponsoren und Mäzenen bei gesellschaftlichen Ereignissen wie dem jährlichen Neujahrsempfang ist beachtlich. Unter den mehr als 1000 Gästen waren dieses Jahr allein zwölf Vertreter von Banken anwesend, darunter die Deutsche und die Dresdner Bank. Letztere ist mit Direktor Hans Jürgen Bartsch auch im Beirat des Vereins vertreten. Hinzu kommen Konzerne wie Daimler-Chrysler, Hochtief, Siemens, Lufthansa, die Deutsche Bahn sowie Vertreter diverser Unternehmerverbände und mittelständischer Unternehmen. Neben einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes waren über zwanzig Botschaften vertreten. Auf der Gästeliste finden sich weitere Bundes- und Landes- →

1| Vgl. monitor Nr.8 (Rundbrief des apabiz), S.3
2| So wurde die enge Kooperation mit dem Preußeninstitut vereinbart. Die Staatsbriefe von Hans-Dietrich Sander sollen als »Neue Staatsbriefe« direkt von der Gesellschaft herausgegeben werden. Vgl. Pro gloria et patria, in: Der Rechte Rand Nr.81, März / April 2003


und als Vorbild teuer waren. Zum Glück ließ sich die Regierungspolitik von keiner der beiden Parteien unter Druck setzen: Preußen blieb entschieden

Vereinsvorsitzender Volker Tschapke in den Preußischen Nachrichten

ministerien, so das Ministerium des Innern, das Ministerium für Bildung und das für Verteidigung. Letzteres traf auf etliche Angehörige der Bundeswehr und des Reservistenverbandes. Unklar ist, wen die braunen Flecken des Events gestört haben könnten: So waren beispielsweise Nation & Europa-Herausgeber Peter Dehoust, DVU-Chef Gerhard Frey oder REP-Chef Rolf Schlierer anwesend. Dass die weiteren ehemaligen oder ständigen Funktionäre rechtsextremer Kleinstparteien und Organisationen nicht groß aufgefallen sind, dürfte nicht wundern. Aber Gerhard Frey?

Bürger auf die Barrikaden! Deutschland ist in Not!

Worüber redet der geehrte Gast nun zu solchen Anlässen? Vielleicht über ein Thema, das die Preussische Gesellschaft schon immer umtreibt: die geistige Erneuerung Deutschlands. Und die geht nur durch die Errichtung eines »Preußen von unten«, wie Volker Tschapke schreibt.[3] »Unruhe ist die erste Bürgerpflicht« so Tschapke weiter, »Lassen Sie uns in einer außerparlamentarischen Opposition die Kräfte bündeln, die die Erneuerung unseres Vaterlandes an Haupt und Gliedern vorantreiben. (...) Das gerade ausgerufene Jahrzehnt Rot-Grün könnte sehr kurz werden, lassen sie uns zusammen daran arbeiten.« Damit fordert Tschapke nahezu zeitgleich das gleiche wie Arnulf Baring, der im November vergangenen Jahres in der FAZ schrieb: »Die Situation ist reif für einen Aufstand gegen das erstarrte Parteiensystem. Ein massenhafter Steuerboykott, passiver und aktiver Widerstand, empörte Revolten liegen in der Luft. Bürger, auf die Barrikaden! Wir dürfen es nicht zulassen, daß alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen.« Damit tingelte der 70-Jährige »Vordenker« – so nennt ihn die BILD-Zeitung – anschließend durch die deutschen Talkshows. Und Jörg Schönbohm gibt Volker Tschapke auf dem Brandenburgtag der Jungen Union mit seiner Forderung nach einem Preußen von unten »völlig Recht«.[4]

Ob der Staat Preußen wieder erstehen soll, ist unter den »Preußen«-Fans durchaus umstritten. »Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zum bestehen aufgehört.«, so beginnt das alliierte Kontrollratgesetz Nr.46, durch das 1947 der Staat Preußen und seine Gliederungen aufgelöst wurde.[5] Für viele ist dieses Gesetz Ausdruck einer Siegerwillkür und daher eine Anerkennung undenkbar. Andere, wie die Preussische Gesellschaft, sehen sich aufgrund der historischen Tatsachen zu einem Eiertanz genötigt: »Von den Verfechtern des gegenwärtigen liberalistischen Systems (sic!) wird uns vorgeworfen, dass Preußen als Verkörperung einer autoritären Staatlichkeit für die Aufgaben unserer Zeit und der Zukunft untauglich sei. Das sagen ausgerechnet jene, deren Politik sich übergenug als untauglich zur Problemlösung erwiesen hat. (...) Ein Denken von Preußen her wird den Staat nicht im englisch-liberalen Sinne als Gegenüber betrachten, sondern sich mit ihm identifizieren«[6] Das bedeutet: »Wir brauchen kein neues Preußen – aber wir brauchen die Wiederbelebung des preußischen Geistes.«, wie Tschapke es an anderer Stelle formulierte.

So gelingt es den »Preußen«, sich selbst als »Reformkräfte«, gar als »außerparlamentarische Opposition« zu präsentieren. Hier begehrt, ganz im Sinne einer Konservativen Revolution, eine selbsternannte geistige Elite gegen eine andere auf, gegen eine »politische Klasse«, die die Notwendigkeit der »Wiedergeburt Deutschlands« bestreitet.[7] Und die »nur ein legitimes, geradezu sakrosantes politisch-gesellschaftliches System kennt: das liberale Modell der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, so wie sie sich in der heutigen Bundesrepublik Deutschland darstellt.«[8] ■

3| Volker Tschapke in: Preussische Nachrichten.. v. Oktober/November 2002.
4| Am 23.11.2002 in Brandenburg/Havel. Vgl. http://cdubrb.schwarzmedia.net/index.php?view=192&fkt=text
5| Amtsblatt Alliierter Kontrollrat Deutschlands S.262.
6| Volker Tschapke in: Preussische Nachrichten.. v. Februar/März 2003.
7| So Hans-Joachim Winter in: Preußens Chancen bestehen im Unzeitgemäßen in: Preussische Nachrichten..v. Mai 2002.
8| Volker Tschapke in: Preussische Nachrichten.. v. Oktober/November 2002.

Prozeß gegen nadir abgewiesen

Das Berliner Landgericht hat 15. April 2003 eine Unterlassungsklage gegen das linke Internetprojekt www.nadir.org abgewiesen. Anlass der Klage war ein seit Jahren dort dokumentierter Artikel über rechte Burschenschaften. Der Leiter der Personalabteilung des Chemie- und Anlagebaukonzerns MG Technologies (FF/M), Jost Berstermann, fühlte sich durch einen Hinweis auf seinen Auftritt bei der schlagenden Landsmannschaft »Marchia Berlin« 1997 in Osnabrück, in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt. Berstermann war zu Beginn der 80er Jahre Kader der JN und soll sich später bei den Reps engagiert haben. 1979 gründete er einen Unabhängigen Schülerbund (USB), welcher vom niedersächsischen VS als rechtsextrem eingestuft wurde. Heute möchte er von seinen »Jugendsünden« nichts mehr hören, der Bericht enthalte Behauptungen die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien. Für nadir e.V. ging es nicht nur um das Prinzip der unabhängigen Gegeninformationen, sondern auch um 20.000 Euro. So legte der Verein eine ganze Reihe von Veröffentlichungen von und zu Berstermann vor – mit Erfolg. Das Gericht gab nadir recht »weil der Kläger in der Vergangenheit mehrfach öffentliche Ämter wahrgenommen hat (...) Außerdem lässt die politische Karriere des Klägers auch keinen Bruch erkennen, d.h. keine innere Abkehr von früheren politischen Standpunkten«. ■

Solidarität mit dem Fotografen Christian J.

Im Oktober 2001 verteidigte sich ein Berliner Foto-Journalist gegen einen Angriff von Neonazis, die er zuvor fotografiert hatte. Die Neonazis (u.a. Friedhelm Busse und Stephan Pfingsten) betreuten im Berliner Wahlkampf einen Stand der NPD am S-Bahnhof Grünau. Nach einem verbalen Schlagabtausch gingen sie auf den freien Fotografen los und verletzten ihn erheblich. Im Zuge seines Widerstandes verlor ein Neonazi ein Stück seines Ohres und brach sich zwei Rippen, ein anderer musste eine Platzwunde hinnehmen. Drei Monate später wurden die Anklagen gegen die Angreifer fallen gelassen, der Fotograf wurde im Dezember 2002 zu zwei Jahren und acht Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht schenkte den Aussagen der Neonazis hierbei scheinbar mehr Glauben als dem Fotografen. Sämtliche Beweisanträge zur Verteidigung des Foto-Journalisten wurden abgelehnt. Ein derzeit anhängiges Berufungsverfahren wird mit großer Sicherheit zu einem identischen Ergebnis kommen. Durch dieses Urteil drohen dem Angeklagten nicht nur eine Freiheitsstrafe, sondern auch erhebliche Kosten. ■

Spendet an:
Christian Jäger
Konto-Nr. 845 637 107
Postbank Berlin BLZ: 100 100 10
Stichwort: Solidarität

DNA-Tests wegen K.O.M.I.T.E.E.

Acht Jahre nachdem die Gruppe »K.O.M.I.T.E.E.« versuchte, den noch leer stehenden Neubau des Abschiebeknastes in Berliner Grünau zu sprengen, tappen die Verfolgungsbehörden noch immer im Dunklen. Im April 2003 veröffentlichte die Bundesanwaltschaft erneut Fahndungsaufrufe in allen Berliner Zeitungen, Fernsehen und über das Internet. BKA-Zielfahnder vermuten die Gesuchten seit Anfang diesen Jahres in der Bundesrepublik und man hofft offenbar, sie über die erneute öffentliche Fahndung zu finden. Damit nicht genug. Zuvor wurde bekannt, dass von der BAW ein Zeuge zum Beschuldigten gemacht wurde. Bereits seit Oktober 1999 wird gegen ihn ermittelt. Im Februar bekam der Mann Post von der BAW, in der er aufgefordert wurde, freiwillig eine DNA-Probe abzugeben, sonst würde er zwangsweise zur Blutentnahme vorgeführt. Sein Rechtsanwalt hält das Vorgehen der BAW für skandalös. Sechs Jahre lang seien sein Mandant, sowie ein weiterer Mann und eine Frau lediglich als ZeugInnen in dem 129a-Verfahren geführt worden. »Das Vorgehen der Bundesanwaltschaft verletzt das Gebot der Verfahrensfairness«. Der Anwalt vermutet einen anderen Hintergrund: DNA-Dateien vermeintlicher Linksradikaler sollten nach Belieben aufgefüllt und damit Bürgerrechte demontiert werden. ■

§129a-Verfahren in Sachen-Anhalt

Seit November 2002 sitzen Daniel und Marco, zwei Magdeburger Szene-Aktivisten, in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung »Kommando: Freilassung aller politischen Gefangenen« zu sein (s. AIB 58, S .39). Am 1. April 2003 wurden in diesem Zusammenhang mehrere Wohnungen in Magdeburg und das AJZ Dessau durchsucht. Die Durchsuchung des AJZ wird damit begründet, es gebe einen anonymen Hinweis, »die Magdeburger hätten dort Kisten eingelagert«. Gefunden wurde – wie zu erwarten – nichts. Die durchsuchten Wohnungen gehören zu fünf weiteren Verdächtigen. Diese wurden offenbar in die Ermittlungen mit einbezogen, um mindestens drei Beschuldigte präsentieren zu können. Nur so läßt sich der Vorwurf nach §129a aufrechterhalten. Zwei Wochen nach den Durchsuchungen wurde dann Carsten S. aus Magdeburg als dritter Beschuldigter festgenommen. Seither zeichnet sich deutlich die Argumentation der BAW ab. So sei die offen arbeitende linke Gruppe »Autonomer Zusammenschlusz« (AZ) Keimzelle der terroristischen Vereinigung gewesen. Und diese stehe in Zusamenhang mit anderen »Terrorgruppen« z.B. der »Militanten Gruppe« (MG). Das führte dazu, dass nicht nur alle Mitglieder des AZ, sondern ein großer Teil der Magdeburger Linken überwacht und observiert wurde. Und auch die Festnahme von Carsten, der noch einen Tag zuvor bei einer Pressekonferenz über den Stand des Verfahrens informierte, sieht klar nach politischer Repression und nicht nach »Terror«bekämpfung aus. So werden die »Ermittlungsergebnisse« auch nicht wie Puzzleteile zusammengesetzt, sondern frei verschoben und zu dem mosaikartigen Bild geformt, das der Bundesanwaltschaft am besten gefällt. Die Anklageerhebung wurde um zwei Monate verschoben. Offenbar fehlen doch noch ein paar Steinchen. ■

Infos und Solikonto unter: www.soligruppe.de



Der europäische Haftbefehl

Zwangsinstrumente statt demokratischer Kontrolle

Ein Gastbeitrag von Wolfgang Kaleck, Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV e.V.).

» Ab Januar 2004 soll in den Staaten der Europäischen Union der Europäische Haftbefehl an die Stelle des früheren Auslieferungsantrages treten. Angeblich sei dies ein weiterer Schritt in Richtung europäische Einigung und Schaffung eines gemeinsamen Raumes von Sicherheit, Recht und Freiheit. Denn der Haftbefehl beruht auf dem gegenseitigen Vertrauen in die Rechtstaatlichkeit der jeweiligen Gerichtsentscheidungen. Ein Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Hamburg soll in Zukunft dem Festgenommenen die Haftbefehle seines Kollegen aus Madrid verkünden , so wie er bisher die Entscheidungen seiner Kollegen aus Freiburg vollstreckt hat.

Eine gemeinsame europäische Rechtskultur existiert bisher in dem sensiblen Bereich der Strafrechtspflege praktisch nicht. Man sollte also meinen, eine Massnahme, die so weitgehend in die Recht der Bürger eingreift wie die gerichtlich verordnete Freiheitsberaubung, wäre zuvor angemessen öffentlich diskutiert worden. Doch nichts dergleichen: Der Europäische Haftbefehl befand sich in der »Mogelpackung«, die auf EU-Ebene nach dem 11. September 2001 geschnürt wurde. Die Massnahme betrifft weite Bereiche der Strafrechtspflege und wird nur in einem Bruchteil solche Fälle betreffen, die mit den Aktivitäten mutmasslicher islamistisch-extremistischer Organisationen zu tun haben. Wie in vielen Nationalstaaten hat auch die EU-Administration die Gelegenheit genutzt und eine Massnahme durch das Gesetzgebungsverfahren gepeitscht, die zuvor sehr kontrovers diskutiert worden war.

Aktuelle Beispiele

Wie gefährlich der Europäische Haftbefehl für Bürger- und Menschenrechte werden kann, mögen aktuelle Beispiele beleuchten, die – noch – im herkömmlichen Auslieferungsverfahren zu entscheiden sind bzw. entschieden wurden:

In Italien sollen Gerichte und Staatsanwaltschaften in Zukunft stärker diszipliniert werden. So kam es im Herbst 2002 zu einer Verhaftungswelle gegen Globalisierungskritiker wegen angeblicher Vorbereitung der Aktionen beim Gipfel in Genua 2001 aufgrund eines aus faschistischen Zeiten stammenden Tatbestandes der Verschwörung. Zwar scheinen in Genua die Ermittlungen der dortigen Staatsanwaltschaft dazu zu führen, dass die Menschenrechtsverletzungen der Polizei geahndet werden, nicht zuletzt aufgrund der Entlarvung der durch dieselbe Polizei manipulierten Beweise. Doch es gehört nicht viel dazu, sich eine Staatanwaltschaft vorzustellen, die weniger kritisch den ersten von der Polizei produzierten Berichten Glauben schenkt und aufgrund dessen Haftbefehle gegen die deutschen, österreichischen und belgischen Demonstranten fordert. Der nahelie-

gende Fall einer italienischen Verurteilung in Abwesenheit des Angeklagten soll mal ausser Acht gelassen werden. Aber welche Möglichkeiten wird ein deutscher Ermittlungsrichter haben, einen auf solcher Grundlage ausgesprochenen Haftbefehl der italienischen Justiz zu prüfen? Welche Möglichkeiten wird derjenige haben, der mittels eines solchen Haftbefehls verhaftet und nach Italien überstellt werden soll?

Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit des Deliktes entfällt ebenso wie das Erfordernis der Übereinstimmung mit dem deutschen Ordre Public. Vor allem wird der Inhaftierte aufgrund der Ferne vom Tatort sich zunächst kaum verteidigen können. Er kennt bestenfalls ausgewählte Auszüge der italienischen Ermittlungsakte. Er ist mit der italienischen Justiz ebenso wenig vertraut wie die meisten deutschen Strafverteidiger. Eigene Nachforschungen, entlastende Zeugenaussagen – all die Mittel und Erfahrungen, die im deutschen Strafverfahren in der Auseinandersetzung mit politischer Justiz und Polizei erlernt wurden, bestehen im Verfahren mit europäischem Bezug nicht.

Zum Beispiel Spanien

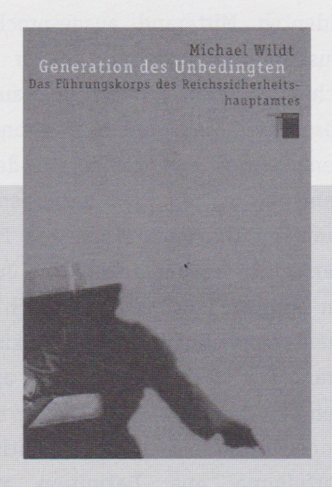
Auch die kritische Öffentlichkeit existiert auf europäischer Ebene kaum. Deutlicher wird das Problem noch, wenn man ein Auslieferungsverfahren betrachtet, das der spanische Staat im Jahre 2002 gegen ETA-Verdächtige betrieben hat: In niederländischer Auslieferungshaft sitzt der Sänger einer linksradikalen Band aus Barcelona, Juan Ramos Fernandez. Dieser soll ein ETA-Kommando durch Weitergabe einer Adresse einmal unterstützt, das nächste Mal dem Kommando angehört haben. Die Angaben und die Indizien wechselten mehrfach in den verschiedenen Verfahrensphasen. Nur den Nachfragen der Amsterdamer Staatsanwältin ist es zu verdanken, dass die dubiosen Praktiken der spanischen Behörden öffentlich wurden. Das Auslieferungsverfahren läuft mittlerweile seit Januar 2002. Unter dem Regime des Europäischen Haftbefehls wäre Fernandez vermutlich schon lange nach Spanien ausgeliefert worden.

Dort hätte ihm eventuell das Schicksal geblüht, das nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen alljährlich Dutzend Terrorismusverdächtige in Spanien erleiden: Sie werden in so genannte incomunicado-Haft genommen, d.h. die ersten Tage bleiben sie ohne Aussenkontakte, auch ohne Anwalt – in diesen Tagen wird auch gefoltert.

Europa ist mithin noch weit von einem gemeinsamen Raum von Rechtstaatlichkeit entfernt. Gerade im Bereich des politischen Strafrechts existieren unterschiedliche Vorstellungen darüber, mit welchen Mitteln man vermeintliche und wirkliche Staatsgegner oder auch nur -kritiker verfolgt. Das alte Auslieferungsverfahren bot zumindest ansatzweise Verteidigungsmöglichkeiten, die in früher traditionell flüchtlingsfreundlichen Staaten wie Frankreich auch zur Weigerung der Auslieferung in politischen Fällen führte. So wurden mutmassliche italienische Rotbrigadisten, die in den 80er Jahren vor der italienischen Justiz nach Frankreich flüchteten, bis vor kurzem noch durch eine vom damaligen Staatspräsidenten Mitterand ausgesprochene Auslieferungsweigerung davor geschützt, die in Abwesenheit ausgesprochenen, mit dubiosen Kronzeugenaussagen erwirkten 20, 27 oder 35 Jahre abzusitzen. Seit der Überstellung des Universitätsdozenten Paolo Persichetti an die italienische Justiz im August 2002 scheint auch die menschenrechtsfreundliche Praxis der Franzosen der Vergangenheit anzugehören: Im geeinten Europa herrscht Konsens darüber, dass es politische Verfolgung qua Definition nicht geben kann.

Noch kämpfen Bürgerrechtsorganisationen wie Fair Trials Abroad oder Justice aus London, darum, dass den vom Europäischen Haftbefehl Betroffenen Rechte wie Dolmetscher und Pflichtverteidiger garantiert werden und dass sie wie im nationalen Strafverfahren gegen Auflagen von der Haft verschont werden können. Diese Mindestgarantien sind dringend erforderlich, um die größten Härten abzumildern. Bisher schafft sich die europäische Exekutive erst einmal ihre Zwangsinstrumente wie das Europäische Polizeiamt Europol oder eben den Haftbefehl, bevor demokratische, öffentliche und justizielle Kontrollmechanismen eingebaut werden. ■





Weltanschauungstäter

Das Führungskorps des RSHA

Wildt, Michael:

Generation des Unbedingten – Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes;

Hamburger Edition; Hamburg 2002; 964 S.

In den neunziger Jahren erschienen eine Vielzahl von Gesamtdarstellungen über Ursachen, Vorbereitung und Verlauf des Holocausts. Aber auch Fallstudien zur Motivation der Täter in Vernichtungslagern und in Einsatzkommandos. Doch wer waren die Täter im Planungsstab des Reichssicherheitshauptamtes? Michael Wildt legt hierzu eine furiose Monographie vor.

Das RSHA und der SD war lange Zeit Webstoff für Legenden über die NS Zeit. Diese wurden über Jahrzehnte als Entlastungsstrategie mit abgesprochenen Prozessaussagen und einer Amnestiekampagne für NS Täter durch seine Akteure selbst gestrickt. Einfluss nahm man auf journalistisch-historische Serien im "SPIEGEL" und spätere vermeintliche Standartwerke zu SS Geschichte. In nicht wenigen NS –Nachkriegsprozessen traten RSHA Mitarbeiter als Sachverständige auf. Bis auf die Todesurteile gegen SS-Gruppenführer Ohlendorf u.a. im Einsatzgruppenprozess 1947 in Nürnberg kamen die meisten RSHA Täter glimpflich oder unbehelligt davon.
Michael Wildt verfolgt den Lebensweg dieser hochrangigen SS Funktionsträger und schreibt zugleich eine Struktur- und Ideologiegeschichte des RSHA. Im ersten Teil des Bandes widmet er sich den politisch-biographischen Prägungen der späteren RSHA Akteure. Sie kommen mehrheitlich aus einem rechtskonservativen Umfeld (klein)-bürgerlicher Elternhäuser, der Universität und rechtsradikalen Studentenverbindungen. Analysiert werden die politischen und sozialen Reaktionen dieser Milieus auf die Niederlage im Weltkrieg I, die Wirtschaftskrise und die Weimarer Republik. Dabei greift Wildt im Anschluss an Ulrich Herberts Studie über den RSHA Mann Best auf den Begriff des generationellen Stils zurück. Gemeint sind hiermit imaginierte oder tatsächliche kollektive biographische Prägungen einer Generation, die sich im Laufe der 20er Jahre immer weiter nach rechts radikalisierte. Fixpunkte ihrer politischen Sozialisation sind der Ruhrkampf, die Para- Militärs der Freikorps und der völkische Flügel der Jugendbewegung. Als verbindende Ideologieelemente nennt Wildt den Antisemitismus und die antidemokratisch-elitäre Gesinnung dieser Personen. Bestechend dekonstruiert der Autor die Selbststilisierung der Täter, die sich als Akteure des »heroischen Realismus« begreifen.
Im Anschluss nimmt der Autor das Entscheidungsjahr 1933 unter die Lupe. Beschrieben wird die schrittweise forcierte institutionelle Festung der Macht der NSDAP in der Sphäre der Verwaltung und des Staates und der sich gleichzeitig vollziehende Machtkampf innerhalb der NS Bewegung. Biographische Portraits einzelner Funktionsträger veranschaulichen, das und auf welche Weise in diesem Prozess eine Gruppe junger Juristen und Verwaltungsexperten die Karrierechance ihres Lebens im Dienste des im Ausbau befindlichen SD der SS erhält. Im weiteren wendet sich Wildt der institutionellen Konflikte mit dem Reichsinnen- u. Justizministerium und Konkurrenten innerhalb der NSDAP um die Entstehung und den Ausbau des RSHA aus dem SD der SS zu. Er zeigt auf, wie gezielt die SD – Führung um Heydrich die Normen des bürgerlichen Verwaltungsrechts beseitigt und sich immer weitergehende Kompetenzen aneignet. Wildt macht deutlich, dass es hierbei nicht nur um die Eigendynamik des Machtgewinns der SS beim Umbau des Polizei- und Sicherheitsapparates handelt. Vielmehr wird das RSHA zu einer Instanz ausgebaut, die ideologisch determiniert jenseits aller Regeln bürgerlicher Exekutiven handelt. So wird das RSHA zur Keimzelle des der Verwirklichung Staats- und Gesellschaftskonzepts elitärer Kreise innerhalb von SS und NSDAP.
Ausführlich erläutert Wildt den Funktionswandel des RSHA von der Koordinierung der Bekämpfung politischer und weltanschaulicher Gegner des NS zur Vorbereitung und Durchführung

des Holocausts. Zu Recht wiederholt der Autor, was nicht oft genug wiederholt werden kann. Die RSHA Funktionsträger waren keine Radau- Antisemiten, denen es um Pogrome oder personifizierten Judenhass ging. Sie waren Weltanschauungstäter, die ihr Handeln wissenschaftlich und geschichtlich über eine rassistische Ideologie zu legitimieren suchten und dies weit über die Existenzzeit des Dritten Reiches hinaus.

Wildt ist eine furiose Studie gelungen, die in ihrer methodischen Stringenz und ihrer sprachlichen Präzissession besticht. Gewiss, die Lektüre der fast tausend Seiten ist nur mit Ausdauer zu bewältigen. Für das Verständnis des Holocausts ist sie ein gewichtiger Beitrag. ■

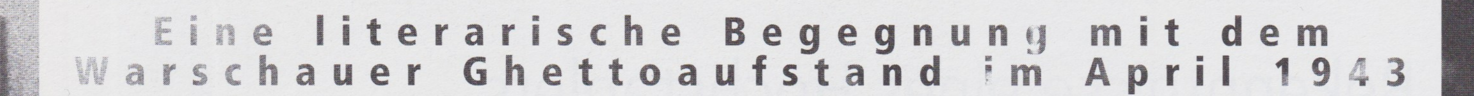
Bekenntnisse eines Hochstaplers:

Fluchtpunkt Neonazi – von Stefan Michael Bar



»Die Neonazis sind die Lüge meines Lebens, die mich die besten Jahre und die halbe Jugend an Knast gekostet haben.« Mit diesem Zitat von Stefan Michael Bar leitet Rainer Fromm die jüngst erschienene Autobiographie des (ehemaligen) Neonazis ein. Damit nimmt er auch schon jenen Opfermythos vorweg, den Bar auf den dann folgenden 138 Seiten verbreitet. Inzwischen liegen eine Reihe Berichte und Studien über Motive und Herkunft von Mitgliedern der extremen Rechten und der inneren Strukturen rechter Jugendcliquen vor, die ein differenziertes Bild liefern. Genau dieses leistet die Biographie jedoch nicht. Sie ist die Selbststilisierung zum armen Heimkind, ungeliebt und von den Eltern alleingelassen. Bars Geschichte liest sich wie das Elaborat eines egozentrischen, besserwisserischen Aufschneiders. So behauptet er, bei seinem Einstieg in die Neonaziszene sofort deren Mechanismen durchschaut zu haben. Deren Führer setzten sich seiner Meinung nach aus »Biertischhelden«, »Uniformfetischisten« und Geldmachern zusammen, die er lächerlich oder abstoßend fand. O-Ton Bar: »An Auschwitz habe ich immer geglaubt«, »Gegen Ausländer habe ich nie etwas gehabt«, »Glatze habe ich auch nie getragen«. Bar stilisiert sich hier als ganz nonkonformer Neonazi. Umso seltsamer erscheint dann seine Aussage, er sei ganz in dieser Szene aufgegangen und habe sich und seine Persönlichkeit ganz für »die Sache« aufgegeben. Nicht, dass seine umfangreichen Aktivitäten in der neonazistischen Szene anzuzweifeln sind - sie sind seit langem durch antifaschistische Publikationen bekannt. Allerdings läßt seine Darstellung Zweifel aufkommen, ob nicht seine Kernaussagen - eigentlich hatte er nur »Hass auf den Staat, weil der mich meinen Eltern weggenommen hat« und »gegen Juden und Christen hatte ich was, weil meine Eltern mich dauernd in die Kirche geschleppt haben und vor lauter kirchlichem Engagement keine Zeit mehr für mich hatten« - nicht den ideologischen Werdegang eines Neonazis verschleiern und verharmlosen sollen? Zudem finden sich in Bars Text zahlreiche Widersprüche. So bezeichnet er einerseits seine Kameraden als dumm, da sie Material zu Hause aufbewahrten. Andererseits verschweigt er, dass auch in seiner Wohnung hochgradig Belastendes gefunden wurde. Fakten über die neonazistische Szene und Netzwerke finden sich nicht in dem Buch, so dass Bar auch weiterhin behaupten kann, er habe niemanden verraten. Auch das ist ein Fakt, der das Buch und den endgültigen Ausstieg noch unglaubwürdiger machen. So bekennt Bar im Buch: »Ich bereue es nicht, für ein Prinzip gekämpft zu haben, das diesen Staat in Frage stellt«.

Rainer Fromm ist für reißerrische Berichte, die viel Show und wenig Inhalt liefern, bekannt. Das sich Klaus Farin, von dessen Archiv der Jugendkulturen man besseres gewohnt ist, als Mitherausgeber hergibt, ist unverständlich. Auch wenn Farins Beitrag der Beste im Buch ist. ■


Eine literarische Begegnung mit dem Warschauer Ghettoaufstand im April 1943

»Aufstand gegen den Tod«

» Der Warschauer Ghettoaufstand im April 1943 gibt Zeugnis vom Mut der Verzweiflung des Kampfes gegen die Vernichtung durch die deutschen Besatzer. Fast einen Monat währte der ungleiche Kampf von Ghettobewohnern mit Brandsätzen, Handgranaten und defekten Gewehren gegen die schwerbewaffnete SS-Einheit unter SS-Gruppenführer Jürgen Stroop. Als dieser die Auflösung des Ghettos nach Berlin meldet, gibt es noch immer Widerstand.
In diesem Jahr wurde der 60. Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstandes mit Gedenkveranstaltungen, wissenschaftlichen Kolloquien und einer Reihe neuer Publikationen begangen. Hanna Krall, polnisch-jüdische Autorin sucht mit ihrem Buch »Dem Herrgott zuvorkommen« eine literarische Annäherung an den Aufstand.

Das Warschauer Ghetto vor dem Aufstand

Nach der Abriegelung des Ghettos im Jahr 1940 leben ca. 500.000 Menschen auf engstem Raum, manchmal mehr als sieben Personen in einem Zimmer zusammen. So gut wie möglich wird das öffentliche Leben, sowie Bildung, Versorgung und wirtschaftliche Interaktion mit der »arischen Seite« Warschaus unter dem Kontrollregime der deutschen Besatzer konstituiert. Es erscheinen illegale Zeitungen, vielfältige politische Parteien nehmen ihre Arbeit wieder auf. Die Mehrzahl der Bewohner ist jedoch mit der Sicherung des nackten Überlebens beschäftigt. Für elementarste Lebensmittel müssen auf dem polnischen Schwarzmarkt enorme materielle Werte eingesetzt werden. Der Schmuggel ist gefährlich und von einem Geflecht aus SS, jüdischer Polizei und Kriminellen abhängig. Uneigennützige Unterstützung der polnischen Seite haben die Ghettobewohner aufgrund des verbreiteten Antisemitismus der Polen nicht zu erwarten. Als im Juli 1942 die Deportationen nach Treblinka beginnen, haben sich die Lebensbedingungen im Ghetto massiv verschlechtert. Es mangelt an Lebensmitteln, medizinischer Versorgung und funktionsfähigen sanitären Einrichtungen. Zudem erhöhen die deutschen Besatzer durch ständige Razzien den Druck auf die Ghettobewohner. Bei den ersten Deportationen kommt es bereits zu einem Schusswechsel zwischen jüdischen Ghettokämpfern und deutscher SS. Die Kämpfer hatten sich freiwillig zur Deportation am Sammelplatz eingefunden und schlugen auf ein Signal hin los. Dieser bewaffnete Widerstand bleibt nicht ohne ermutigende Wirkung. Bei nachfolgenden Aufforderungen der SS sich zur Deportation zu sammeln, verstecken sich viele Juden, die Deportationsmaschinerie gerät ins Stocken.

Der Aufstand

Obwohl sich die Lage der Ghettobewohner durch die Deportationen zuspitzt, können sich die heterogenen politischen Untergrundgruppen im Ghetto zunächst nicht auf ein gemeinsames bewaffnetes Vorgehen gegen die Deutschen einigen. Grund hierfür sind sowohl die verschiedenen Einschätzungen der deutschen Zwangsmaßnahmen, als auch die politische Verfasstheit und altersmäßige Zusammensetzung der Untergrundorganisationen. Einige Gruppen lehnen mit Rücksicht auf Kranke, Alte und Kinder und die in ihrer Mehrheit unbewaffnete, politisch nicht organisierte Bevölkerung den bewaffneten Kampf ab. Sie setzen stattdessen auf die Strategie zivilen Ungehorsams

[1] Gefangene jüdische WiderstandskämpferInnen
[2] »Da die Juden zum großen Teil Widerstand leisteten, gab ich den Befehl zum Ausbrennen.« – SS-General Stroop, Tagesmeldung 24. April 1943
[3] Jürgen Stroop (4.v.r.) bei der Polizeiaktion im Warschauer Ghetto







und auf die Aushandlung von Ausnahmeregelungen mit den deutschen Verfolgungsbehörden. Vor allem zionistisch-sozialistische Jugendorganisationen wie Haschomer Hazair drängten auf den Beginn des bewaffneten Kampfes. In ihren Reihen waren vielfach junge Juden organisiert, die ihre Angehörigen bei Deportationen bereits verloren hatten. Ein weiteres Hindernis für den Beginn des Kampfes war mangelnde Zahl und Qualität der Waffen. Sie mussten der Armia Krajowa in monatelangen Verhandlungen abgestrotzt, teuer bezahlt und ins Ghetto geschmuggelt werden. Die Krajowa trat den jüdischen Kämpfern mit antisemitischen Ressentiments, und mit militärischer Missachtung gegenüber. Schließlich lieferte sie ganze zehn Pistolen. Dennoch wurde Ende Juli 1942 die Zydowska Organizacja Bojowa (ZOB) als bewaffnete Organisation gegründet und koordinierte die militärischen Vorbereitungen für einen Aufstand. Die Deportationen im Januar 1943 beschleunigten diese Vorbereitungen. Den Kämpfern war die militärische Aussichtslosigkeit ihrer Aktionen gegen die SS klar. Ihnen ging es um die Verteidigung ihrer Würde und Identität. Im Frühjahr wussten die Untergrundorganisationen von einer bevorstehenden Deportation. Am 19. April 1943, am Vorabend des Pessachfestes begann der Aufstand.

Das Buch

In den letzten Jahrzehnten sind einige Memoiren von überlebenden Ghettokämpfern erschienen. Unter anderem auch die Erinnerungen des Arztes Marek Edelmann. Das Gedächtnis des Ghettos bildete das Emmanuel Ringelblum-Archiv zu Warschau, in welchem zeitgenössische Dokumente und literarische Zeugnisse aus dem Ghetto aufbewahrt werden. Emmanuel Ringelblum hatte das Archiv während seiner Zeit im Ghetto illegal angelegt und die Archivalien an verschiedenen Stellen im Ghetto vergraben. Dem Wiederauffinden des Archivs Anfang der 50er Jahre verdanken Wissenschaft und Literatur wichtige Informationen über den Ghettoalltag. Hanna Krall, Jahrgang 1937 lebt als Schriftstellerin und Journalistin in Polen. Im Mittelpunkt ihres literarischen Schaffens steht die Geschichte der polnischen Juden im 20. Jahrhundert. Krall bekam nach 1990 mehrere internationale literarische Auszeichnungen, ihr Werk erscheint im Frankfurter Verlag Neue Kritik. Dem Warschauer Ghettoaufstand nähert sie sich literarisch mittels einer Montagetechnik aus Interview und Roman in ihrem Buch »Dem Herrgott zuvorkommen«. Angelpunkt des Buches ist die Biographie Edelmanns, der zunächst als Herzchirurg im Lodz unserer Tage portraitiert wird, den Krall hernach jedoch in intensiven Interviewpassagen in seine Vergangenheit als Kommandeur der ZOB zurückführt. Krall lässt Edelmanns Weggefährten und Mitkämpfer lebendig werden. Die Trauer um den Verlust von Familie, Freunden und eine ganze kulturelle Lebenswelt bekommt Stimme und Sprache in den detaillierten Erzählungen Edelmanns. Keine Regung des Lebens im Ghetto erscheint Krall zu gering. Edelmann öffnet in seinen Antworten dem Leser ein Kaleidoskop des Ghettos und seiner Menschen. Obwohl im besten Sinne selbst ein Held, findet sich bei Edelmann kein Pathos, keine Überzeichnung. Der Arzt ist um Sachlichkeit bemüht, doch nie kühl in seinen Erinnerungen an Menschen und ihren Schicksalsweg. An einer Stelle fragt Krall Edelmann, warum er Arzt geworden sei. Die Antwort: »Ich muss weitermachen. Mit dem, was ich im Ghetto getan hatte. Für vierzigtausend Menschen [...] haben wir damals einen Entschluss gefasst: Sie sollten nicht freiwillig in den Tod gehen. Als Arzt konnte ich wenigstens für ein Menschenleben verantwortlich sein, darum habe ich diesen Beruf gewählt.«
Hanna Kralls Buch zeichnet sich durch eine auf den ersten Blick schlichte, jedoch beim Lesen tiefgehende poetische Gestaltungskraft und Sprache aus. Ein Erinnerungsbuch für die Zukunft. ■

Literatur:

Hanna Krall: Dem Herrgott zuvor kommen; Roman Verlag Neue Kritik; Frankfurt/Main 1992

Kurzman, David: Der Aufstand – die letzten Tage des Warschauer Ghettos; München 1979

Gutman, Israel: The Jews of Warsaw 1939-1943; USA 1982

Lustiger, Arno: Zum Kampf auf Leben und Tod; dtv; München 1998

Gutman, Israel (Hrsg. u.a.): Enzyklopädie des Holocaust; Bd. III; Argon Verlag, Berlin.

Rotem, Simha; Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers; Verlag Schwarze Risse, Berlin.



Werner Best (4.v.r.), hier im Kreise von NS-Funktionären, unterwanderte die FDP. v.l.n.r. Reinhard Heydrich, Heinrich Himmler, Hans Frank, Werner Best, Daluege, Wolf Heinrich Graf von Helldorf.

Nazis und »Nationale Sammlung«:

»Pflicht nach rechts«

Die FDP in den fünfziger Jahren

» Im Sommer 1950 trafen sich der nordrhein-westfälische FDP-Landtagsabgeordnete Ernst Achenbach und Werner Naumann, Mitarbeiter einer Düsseldorfer Import/Export-Firma zu einem konspirativen Treffen. Beide hatten während des Nationalsozialismus Karriere gemacht. Achenbach, der mittlerweile eine Rechtsanwaltskanzlei führte, war während des NS in hohen Positionen im diplomatischen Dienst tätig gewesen. Naumann hatte es sogar zum Staatssekretär im Propagandaministerium gebracht. Nach Kriegsende 1945 tauchte der SS-Hauptsturmführer daher für die folgenden vier Jahre unter.

Dennoch verfügte Naumann offenkundig weiter über umfangreiche Kontakte zu ehemaligen Funktionsträgern des NS-Regimes. An diesen Verbindungen nun zeigte sich Achenbach während des Treffens sehr interessiert. Den Inhalt des Gesprächs notierte Naumann in seinem Tagebuch. Demnach plante der Rechtsanwalt folgendes: »Um den Nationalsozialisten [...] einen Einfluß auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollen sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen.« Mit nur 200 Mitgliedern sei es möglich »den ganzen Landesverband zu erben«. Naumann zeigte sich angetan von Achenbachs Plänen und hatte schon ähnliche Überlegungen angestellt.

Tatsächlich sollte die Unterwanderung der nordrhein-westfälischen FDP durch ehemalige NS-Funktionäre derart dramatische Formen annehmen, dass sich die britische Militärverwaltung Anfang 1953 zum Eingreifen genötigt sah. Naumann und einige seiner Kameraden wurden von britischen Sicherheitsoffizieren festgenommen. Die Ereignisse wurden als »Naumann-Affäre« bekannt. Die Bezeichnung gibt mit ihren personalisierenden und verschwörungstheoretischen Implikationen die vergangenheitspolitische Bedeutung dieser Vorgänge aber nur unzureichend wider. Die »Naumann-Affäre« war weit mehr als lediglich Versuche von Nazi-Kadern, den Landesverband der nordrhein-westfälischen FDP zu »unterwandern«.

Nationale Sammlung

Die FDP zerfiel zu Beginn der fünfziger Jahre in zwei Flügel. Einerseits in eine liberale Fraktion, die ihre Basis in den südwestdeutschen Landesverbänden und Hamburg hatte. Andererseits formierte sich in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, später auch in Schleswig-Holstein ab 1948/49 ein nationalistischer Flügel, der das Erscheinungsbild der Partei bis zur »Naumann-Affäre« prägen sollte.

Die Exponenten dieses »nationalliberalen« Kurses wollten eine Massenpartei rechts von der Union aufbauen. Die FDP sollte Dachorganisation derjenigen sein, die durch den Zusammenbruch des NS angeblich marginalisiert worden waren. Der nationale Flügel der Partei sah sich als Sprachrohr von Arisierungsprofiteuren, Vertriebenen, ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und NS-Funktionären. Mit unverhohlener Aggressivität wurde gegen die

Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten und gegen Entschädigungszahlungen für NS-Opfer agitiert.
Speerspitze der »nationalen Sammlung« wurde der nordrhein-westfälische Landesverband. Dessen Vorsitzender, Friedrich Middelhauve, bediente sich einer extrem nationalistischen Rhetorik und begann zudem, die Partei gezielt für (ehemalige) Nazis zu öffnen. Eine zentrale Rolle spielte dabei Ernst Achenbach. Von seiner Essener Anwaltskanzlei aus koordinierte er gemeinsam mit dem ehemaligen SS-Ideologen Werner Best eine Kampagne, die eine Generalamnestie für Kriegsverbrecher durchsetzen sollte. Auch deshalb verfügte Achenbach über umfangreiche Kontakte zu rechtsextremen Gruppen und Einzelpersonen.

Die Naumann-Gruppe

So kamen auch die Verbindungen zum Zirkel um Werner Naumann zustande, dem einige ehemalige Gauleiter, HJ- und Studentenführer angehörten. Die Gruppe plante, vor allem die kleinen Parteien rechts der Union – z.B. die Deutsche Partei (DP), den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – oder die FDP zu beeinflussen bzw. zu unterwandern, um somit nationalsozialistisches Gedankengut in den politischen Diskursen der BRD zu verankern.
Ob die Protagonisten des Naumann-Kreises gezielt auf eine zweite »Machtergreifung« hinarbeiteten, dürfte jedoch zweifelhaft sein. Dem Historiker Ulrich Herbert zufolge ging es ihnen zunächst um eine »Rehabilitierung des Nationalsozialismus im allgemeinen« sowie »der eigenen Person im besonderen«. Die politischen Vorstellungen beinhalteten die Wiedererrichtung eines autoritären deutschen Machtstaates. Besonders darin trafen sich die Interessen der Gruppe um Naumann mit denen des nationalen FDP-Flügels. Naumann, Middelhauve und Achenbach träumten vom Aufbau einer Sammlungsbewegung, die gewissermaßen eine Neuauflage der »Harzburger Front« darstellen sollte, in der sich am Ende der Weimarer Republik führende republikfeindliche, nationalistische und rechtsextreme Kräfte vereint hatten. Die Tatsache, dass ehemalige Nazi-Kader nun vermehrt Schlüsselpositionen vor allem im nordrhein-westfälischen aber auch im niedersächsischen Landesverband der FDP besetzten, war eine Entwicklung, die sich mit der ausdrücklichen Billigung, ja zuweilen gar auf Initiative der jeweiligen Parteiführungen vollzog.
In Nordrhein-Westfalen war dies spätestens Ende 1952 unübersehbar. Bis zu 90 Prozent der hauptamtlichen Mitarbeiter des Landesverbandes hatten während des NS Karriere gemacht. So war Landesgeschäftsführer Heinz Wilke HJ-Führer und Chefredakteur der HJ-Zeitschrift »Wille und Macht« gewesen. Siegfried Zoglmann, der als »Schriftleiter« der von Middelhauve herausgegebenen extrem rechten Wochenzeitschrift »Die deutsche Zukunft« fungierte, hatte den Rang eines SS-Obersturmführers bekleidet und in der Reichsjugendführung mitgearbeitet. Der persönliche Referent Middelhauves, Wolfgang Diewerge, war bis 1945 als antisemitischer Publizist tätig und hatte die Abteilung »Rundfunk« im Propagandaministerium geleitet. Auch Werner Best pflegte enge Kontakte zur nordrhein-westfälischen FDP, als Rechtsberater erstellte er Gutachten und Denkschriften im Kontext von Entnazifierungsfragen oder NS-Verfahren.

Das »Deutsche Programm«

Die Nazis in der FDP und deren Umfeld übten großen Einfluss auf die sich radikalisierende Programmatik des Landesverbandes aus. Dies geschah durchaus in Kooperation mit der Parteispitze. Im Sommer 1952 präsentierte Middelhauve auf dem Landesparteitag in Bielefeld das so genannte »Deutsche Programm«, das vermutlich von Diewerge, Naumann und Best entworfen worden war. Es stellte den Höhepunkt der nationalen Sammlungsbestrebungen dar. Die Begriffe »liberal« oder »demokratisch« kamen nicht vor. Vielmehr ließ der Text aggressiv antimarxistische und autoritäre Staats- und Gesellschaftsvorstellungen erkennen und beklagte die »Willkür« der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges.
Middelhauve stellte das Programm auf dem Bundesparteitag der FDP im November 1952 zur Diskussion. Es wurde zwar nicht auf Bundesebene übernommen, da die Protagonisten der »Nationalen Sammlung« eine dadurch drohende Spaltung der FDP vermeiden wollten. Dennoch ging die nationale Fraktion gestärkt aus dem Parteitag hervor, Middelhauve wurde zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Außenstehende stuften den Rechtskurs der FDP als bedenklich ein. Die Frankfurter Rundschau charakterisierte die Vorgänge auf dem Bad Emser Parteitag als den »innerparteilichen 30. Januar der FDP«; die französische Le Monde stellte fest, dass die FDP auf dem Wege sei, sich in eine »nationalistische und reaktionäre Bewegung der äußersten Rechten« zu wandeln. →


SS-Ideologe Werner Best

Der FDP-Funktionär Ernst Achenbach vertrat die »vergangenheitspolitischen Interessen der SS« im Bundestag.



Die Festnahmeaktion und die öffentlichen Reaktionen

Auch die britische Hohe Kommission, die bis zur vollständigen Souveränität der BRD im Jahr 1955 berechtigt war, in innenpolitische Vorgänge einzugreifen, verfolgte sehr besorgt die Radikalisierung der nordrhein-westfälischen FDP. Wiederholt versuchten die Briten, Bundesregierung und den FDP-Bundesvorstand auf die »Unterwanderung« des nordrhein-westfälischen Landesverbandes hinzuweisen. Einzelnen Pressevertretern wurden Erkenntnisse des britischen Geheimdienstes zugespielt, um darüber Druck auf die Partei auszuüben. Nachdem diese Strategie durch die deutsche Untätigkeit scheiterte, griff die Hohe Kommission selbst ein. In der Nacht zum 15. Januar 1953 wurden Naumann sowie fünf seiner Kameraden festgenommen, »damit festgestellt werden kann, in welchem Umfang die Tätigkeit dieser Männer innerhalb und außerhalb der BRD im gegenwärtigen Augenblick eine Bedrohung der Sicherheit der alliierten Streitkräfte darstellt«.

Die öffentliche Empörung über den angeblichen Eingriff in die bundesdeutsche Souveränität war groß. Der Grund für die Aktion, die gezielte »Unterwanderung« der FDP durch ehemals führende Nazis, wurde kaum thematisiert. Laut einer Umfrage des Allensbacher Instituts vom Februar 1953 fanden 47 Prozent der Deutschen, man müsse gegen die Festnahmeaktion der Briten protestieren. Nur ein Fünftel der Befragten sah keinen Grund für Protest. Auch etliche Mitglieder der Bundesregierung äusserten sich verstimmt. Angesichts der Untätigkeit, mit der die deutsche Seite auf die britischen Hinweise auf eine »Unterwanderung« der FDP reagiert hatte, war eine gewisse Skepsis der Alliierten hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD durchaus berechtigt. Zudem veröffentlichte die New York Times etwa zeitgleich Umfrageergebnisse, wonach 44 Prozent der Deutschen am Nationalsozialismus »mehr Gutes« erkennen wollten. Bundeskanzler Konrad Adenauer bemühte sich, die Bedeutung der »Naumann-Affäre« und die Umfrageergebnisse herunterzureden, denn Westintegration und angestrebte Wiederbewaffnung schienen dadurch gefährdet zu sein. Zugleich kam der Schlag gegen die nordrhein-westfälische FDP dem Bundeskanzler ganz gelegen. Das Projekt einer nationalen Massenpartei hatte kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 1953 einen schweren Rückschlag erlitten. Tatsächlich gelang es CDU und CSU, in den fünfziger Jahren das rechte Wählerpotenzial von DP, BHE und FDP für die Union zu gewinnen.

Nachspiel

Im März 1953 übernahm der Oberbundesanwalt die Ermittlungen gegen Naumann und seine Kameraden. Vor dem Bundesgerichtshof (BGH) sollte ein Verfahren wegen »Bildung einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« und »Geheimbündelei« eingeleitet werden. Dazu kam es aber nicht. Die Bundesanwälte ermittelten äußerst nachlässig, im Juli 1953 wurde Naumann aus der Haft entlassen, das Ermittlungsverfahren eingestellt. Dennoch war die politische Karriere des ehemaligen Goebbels-Staatssekretärs weitgehend beendet. Naumann wollte zwar bei der Bundestagswahl als Spitzenkandidat der rechtsextremen Deutschen Reichspartei antreten. Ende August stufte ihn das nordrhein-westfälische Innenministerium per Entnazifizierungsbescheid aber als »belastet« ein, womit er das aktive und passive Wahlrecht verlor.

Dagegen sahen sich Middelhauve und Achenbach nicht mit nennenswerten Konsequenzen konfrontiert. Middelhauve blieb Landesvorsitzender der FDP. Von drei Mitarbeitern des Parteiapparates abgesehen, konnten sämtliche ehemaligen NS-Kader ihre Posten behalten. Der nordrhein-westfälische Landesverband blockierte ein vom Bundesvorstand eingeleitetes Ausschlussverfahren gegen Achenbach. Im Jahr 1957 zog der Rechtsanwalt sogar für die FDP in den Bundestag ein. Dort vertrat er, wie der Historiker Norbert Frei urteilt, bis Mitte der siebziger Jahre die »vergangenheitspolitischen Interessen der SS«. So verschleppte er als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages jahrelang die Ratifizierung des deutsch-französischen Überleitungsvertrages für Kriegsverbrecher. Der Vertrag sollte die Basis schaffen, NS-Täter, die von französischen Gerichten in Abwesenheit verurteilt worden waren, auch in der BRD den Prozess machen zu können. Erst als Beate und Serge Klarsfeld im Jahr 1974 nachwiesen, dass Achenbach als Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris an der Deportation von Juden beteiligt gewesen war, erhielt Achenbachs Karriere erstmals einen Schlag. Da war es freilich fast zu spät. Seine »Pflicht nach rechts« hatte Achenbach jedenfalls bis zum Ende weitgehend unbehelligt, ganz im Sinne Naumanns und seiner Kameraden erfüllen können. Und »Kameraden« gab es viele. ■

Antirassistisch campen im Sommer 2003

An dieser Stelle wollen wir einen kleinen Camp-Fahrplan durch die Vielzahl antirassistischer Camps geben, die quer durch Europa stattfinden. Allen gemeinsam sind die Hauptthemen Abschiebelager, (Grenz-) Kontrolle und Erfassung sowie die Arbeitssituationen von MigrantInnen und Flüchtlingen.
Zwei dieser vielen Camps wollen wir hier näher beschreiben.

Weitere Camps in Europa:

9. bis 15. Juni Noborder-Camp in Timisiora/Rumänien

2. bis 5. Juli Noborder-Camp in Krynki/Polen

11. bis 14. September Anti-Lager-Camp in Nürnberg/Deutschland

Puglia in Süditalien

Vom 26. Juli bis 3. August findet das No-Border Camp im apulischen Puglia zwischen Brindisi und Bari statt.
Das »Immigranti in Movementi«-Kollektiv aus Neapel und das »Tavolo Nazionale Migranti« organisieren dieses Camp. Entstanden ist die Idee beim Europäischen Sozial Forum in Florenz. Puglia als Camp-Ort wurde gewählt, weil er exemplarisch ist für die Aussengrenzen der »Festung Europa« und hier in der Erntesaison tausende von MigrantInnen in der Landwirtschaft unter extremen Ausbeutungsbedingungen arbeiten.
Die beiden Hauptthemen des Camps werden die Grenzkontrollen und migrantische Arbeit sein. Sie werden in Workshops und Aktionen nicht nur mit explizit antirassistischen Gruppen, sondern auch zusammen mit sozialen Bewegungen und Gruppen bearbeitet.
Eines der wichtigen Ziele des Camps ist eine gemeinsame Politik, um vom Delegierten- und Spezialistentum wegzukommen und eine gleichberechtigte Selbstorganisation zu erreichen.

Köln am Rhein

Unter dem Motto »Out of Control! Für globale Bewegungsfreiheit! Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen!« werden vom 31. Juli bis 10. August auf dem 6. antirassistischen No-Border Camp in Köln elf Tage lang rassistische Institutionen und Zustände rund um Köln angegangen.
Eines der Camp-Ziele ist das Ausländer Zentralregister (AZR), das alle Daten über familiäre, soziale und sonstige Verhältnisse aller in Deutschland lebenden Menschen ohne deutschen Pass speichert. Zugriff auf AZR-Daten haben Polizei, Staatsanwaltschaften und andere (auch internationale) Behörden sowie Arbeits- und Sozialämter.
Der Kölner Hauptbahnhof wird ein weiterer Aktionsort. Er ist einer der prominentesten Orte rassistischer Kontrollen in der Stadt. Hier wird das Camp auf vielfältige Weise sein Bestes tun, um der dortigen Kontrollmaschine - zumindest kurzzeitig - Sand ins Getriebe zu streuen und die offizielle »Politik der Abschreckung« zu stören.
In Bonn ist die »International Organisation of Migration« (IOM) Ziel von Aktivitäten. Die IOM arbeitet im Auftrag von Industrieländern an Strategien der Verhinderung von Flucht und Migration. So organisiert die IOM z.B. in der Hansestadt Bremen die Abschiebungen im Auftrag der Stadt. Die australische Regierung betreibt mit Hilfe der IOM auf der Insel Nauru ein Flüchtlingsinternierungslager, in denen Flüchtlinge aus Asien bei über 40 Grad leben müssen. Erinnert wird von Seiten des Grenzcamps auch an die menschenverachtende Politik, mit der die IOM ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus Osteuropa die Auszahlung bewilligter Gelder verweigert. (s. AIB 58, S.12)
Bei Aktionen an und in den Abschiebeflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn werden die guten Erfahrungen vom Frankfurter Camp 2001 von Nutzen sein, um die Abschiebemaschine am Flughafen lahmzulegen.
Am Anfang des diesjährigen Grenzcamps wird erstmalig ein 3-tägiges Auftaktforum unter dem Titel »Antirassismus ausbuchstabiert« stehen. In Workshops, Filmen, Vorträgen, Plenumsdiskussionen etc. kann vom 31. Juli bis 3. August in die Tiefen antirassistischer Arbeit eingetaucht werden.
Mehr Informationen zum Camp und dem Auftaktforum gibt es unter: www.nadir.org/camp03 ■

Von der Entrechtung zum Recht auf Legalisierung

Illegalisierung und Arbeit

Gastbeitrag von Miltiadis Oulios (kanak attak)

» Etwa eine halbe bis eine Million Menschen leben in Deutschland ohne legale Aufenthaltspapiere. Je nach politischer Intention wird diese Zahl gerne nach unten oder oben übertrieben. Auch Linke machen sich oft den staatlichen Blick zu eigen. Dieser versucht einerseits, eine Menge fassbar zu machen, die er nicht vollends kontrollieren kann – eben jenes Gros an »Dunkelziffer«, die jenseits der ohne Aufenthaltspapiere aufgegriffenen Personen nicht in die offizielle Statistik eingeht. Gleichzeitig setzt dieser Blick eine Trennlinie, die so genannte »Menschen ohne Papiere« erzeugt und eine Gruppe konstituiert, die dann per definitionem unsichtbar sein muss und als politisches Subjekt gelöscht werden soll.

Statt dessen gilt es zu erkennen, dass selbst Leute ohne einen legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland Rechte besitzen und sich Rechte nehmen. Illegalisierung ist eben nicht gleichzusetzen mit »Papierlosigkeit«, ist nicht als Zustand, sondern als Prozess zu begreifen, als stufenweise Entrechtung. Aber auch Entrechtete nehmen sich Rechte: Menschen, die trotz Anwerbestopp in den siebziger Jahren, trotz Rückführungsprämie in den achtziger Jahren oder trotz Ablehnung ihres Asylantrags in den neunziger Jahren im Land geblieben sind und bleiben. Oder die auch ohne Arbeitserlaubnis ihre Arbeitskraft zu einem besseren Preis als anderswo verkaufen wollen und in Deutschland arbeiten.

Der offene und verdeckte, alltägliche und explizite Widerstand der KanakInnen ist ein geeigneterer Anknüpfungspunkt als die übliche Skandalisierung der schlechten Verhältnisse allein. Mit den Roma in NRW und den libanesischen Flüchtlingen in Bremen etwa haben im vergangenen Jahr zwei Gruppen durch ihren kontinuierlichen Widerstand erreicht, dass die meisten von ihnen bislang nicht abgeschoben wurden. Obwohl sie schon seit über einem Jahrzehnt in Deutschland leben, besitzen sie immer noch kein Aufenthaltsrecht – gleichwohl haben sie sich durch ihr Hierbleiben das Recht auf Einwanderung kollektiv genommen.

In einer Legalisierungsoffensive geht es um mehr als nur um nacktes Bleiberecht.

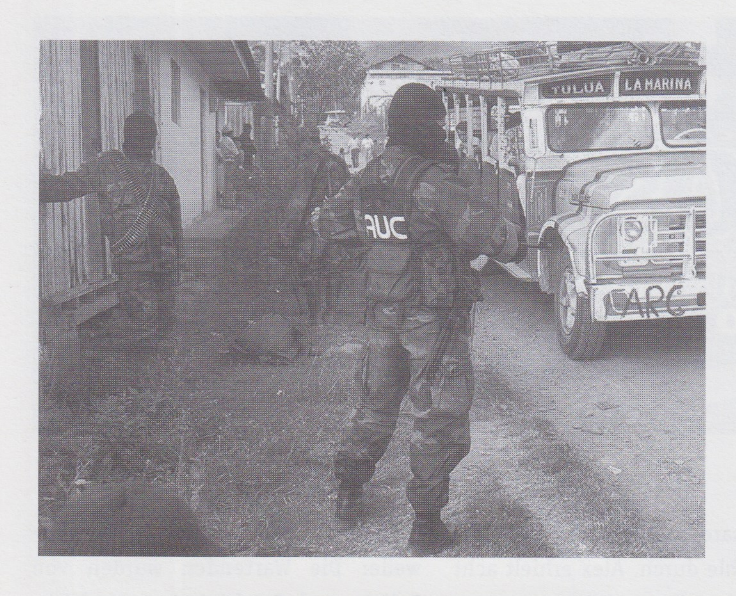
Ein Job ist Voraussetzung für eine Aufenthaltserlaubnis. Die Ausländerbehörden vergeben diese an ehemalige Flüchtlinge - gerne aber nur befristet für drei Monate, oder zwei oder nur eine Woche – reine Schikane. Damit lässt sich wiederum beim Arbeitsamt keine Arbeitserlaubnis ergattern und wenn, dann wieder nur befristet, womit sich kein richtiger Job finden lässt. »Es ist unser Recht hier zu bleiben«, lautet die Antwort auf diese Entrechtungsmaschine.

Menschen, die ohne Aufenthaltspapiere in Deutschland arbeiten, sind nicht rechtlos, nur weil sie »papierlos« sind. Eine illegal beschäftigte Haushaltshilfe in Niedersachsen hat erfolgreich ihren Lohn eingeklagt. Bei der Lohndurchsetzung illegalisierter ArbeitnehmerInnen ist auch der Polnische Sozialrat in Berlin engagiert. Er informiert in mehrsprachigen Infoblättern, wie Leute, die um ihren Lohn geprellt wurden und keine Aufenthaltspapiere besitzen, dennoch ihren Lohn einklagen können.

Illegalisierung ist nicht vom Rest der Migrationspolitik zu trennen. Sie ist Teil eines Gesamtregimes, das Rechte zurückhält und damit ungleiche Lebenschancen produziert. In Deutschland leben etwa acht Millionen so genannte AusländerInnen, etwa die Hälfte besitzt nur befristete Aufenthaltspapiere. Statt sich auf den staatlichen Diskurs um Zuwanderungsquoten einzulassen, sollte es darum gehen, dass die Menschen nicht mehr wegen ihres Aufenthaltes zur Ausländerbehörde müssen und dass ebenso jene, die hier ohne Papiere leben, sich legalisieren können und Aufenthaltsrechte erhalten. Die Perspektive einer Bewegung für das Recht auf Legalisierung ist eine für soziale und politische Rechte - dort ,wo man lebt -, die sowohl den Opferdiskurs als auch die staatliche Teilung in Flüchtlinge und MigrantInnen überwindet. ■



Paramilitärs in Kolumbien



In den Morgenstunden des 17. Januar 2001 überfielen etwa 100 schwer bewaffnete Paramilitärs das Dorf Chengue und trieben die Bewohner zusammen. Sie bezichtigten sie, Unterstützer der Guerilla zu sein und begannen sie zu ermorden. Mit Macheten zerhackten sie 25 Einwohner des Dorfes, der Großteil über 60 Jahre alt, und entführten weitere zehn, darunter sechs Kinder. Die Entführten wurden außerhalb des Dorfes gefoltert und anschließend trennten die Paramilitärs ihnen mit Macheten die Gliedmaßen ab. Allein im Monat Januar dieses Jahres ermordeten Paramilitärs in Kolumbien nach Angaben der Vereinten Nationen insgesamt 170 Personen in 26 Massakern. Die inoffizielle Zahl dürfte weit höher liegen.

Die Paramilitärs sind landesweit als AUC (Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens) organisiert und umfassen mittlerweile 11.000 Bewaffnete. Sie kämpfen für ein »sauberes Kolumbien« ohne Guerilla und Kommunisten und gehen dabei äußerst brutal vor. Die Paramilitärs sind ein wichtiges Instrument bei der Durchsetzung der Interessen von Oligarchie, Militär, Regierung, Drogenhändlern und großen Konzernen. Sie könnten ohne deren Deckung nicht existieren und überschneiden sich personell und auch bezüglich der Interessen.

Direkte Auseinandersetzungen mit der Guerilla scheuen sie meist, ihre Angriffe konzentrieren sich auf unbewaffnete Zivilisten. Zu ihren Opfern zählen Bauern, Gewerkschafter, MenschenrechtsaktivistInnen und Mitglieder linker Parteien und Organisationen. Doch auf diese bleiben ihre Aktionen der »sozialen Säuberungen« nicht beschränkt, vielmehr trifft es alle, die sie als »lebensunwert« bezeichnen: arbeitslose Jugendliche, Bettler, Straßenkinder, Homosexuelle, Prostituierte usw. Letztendlich kann es jeden treffen, der nicht in ihr reaktionäres Weltbild passt oder sich offen auf ihre Seite stellt. Allein zwischen 1988 und 1995 sind in Kolumbien 6177 Menschen aus politischen und weitere 10.566 aus wahrscheinlich politischen Motiven ermordet worden. 2.459 Menschen wurden das Opfer »sozialer Säuberungen«, wie sie Polizei und Paramilitärs durchführen, 1.451 Personen verschwanden. Über zwei Millionen Binnenflüchtlinge zeugen vom Terror gegen die Zivilbevölkerung. Die Medien lasten die Menschenrechtsverletzungen »Extremisten von links und rechts« an, obwohl alle Untersuchungen ergaben, dass der überwiegende Teil der Morde auf das Konto staatlicher Kräfte und der von ihnen gedeckten Paramilitärs geht. Die keineswegs linke Juristenvereinigung Comision Andia de Juristas stellte für 1992 fest, dass 50 Prozent der politischen Morde von Armee und Polizei und 33,5 Prozent von paramilitärischen Gruppen verübt wurden. Heute jedoch gehen die meisten Todesopfer auf das Konto von Paramilitärs. So kann sich die Regierung in Unschuld waschen und als Opfer »linker und rechter Extremisten« darstellen. Die kolumbianischen Paramilitärs werden durch ein breites internationales Netz aus Militärberatern, Söldnern, US-Army und Neofaschisten getragen. Dies lässt sich z.B. am ehemaligen Generalkommandeur der kolumbianischen Armee Harold Bedoya Pizarro verdeutlichen. Bedoya soll der Gründer der »Antikommunistischen Amerikanischen Allianz« (AAA) sein, einer der frühen kolumbianischen Todesschwadrone. Bedoya, ex-Militärattaché der kolumbianischen Botschaft in den USA, Absolvent der US-amerikanischen Militärschule »School of Americas« und später dort Ausbilder, war während seiner gesamten Laufbahn in paramilitärische Aktivitäten und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Heute ist er Anführer der neofaschistischen Partei »Movimiento Fuerza Colombia«, das bei den Präsidentschaftswahlen 1998 1,9 Prozent der Stimmen erhielt. Bedoya trat auch im US-Wahlkampf als Unterstützer des Rechtsextremisten Lyndon LaRouche auf und verfasste ein Solidaritätsschreiben voll von platten antisemitischen Stereotypen. ■

Messer, Knüppel, Lügen



Mailand/Italien: Am 16. März 2003 wurde unser Freund und Genosse Davide »DAX« Cesare von Faschisten in Mailand/Italien ermordet. Ein weiterer Genosse, Alex, liegt noch mit schweren Verletzungen im Krankenhaus. Freunde und Freundinnen der beiden, die im Krankenhaus San Paolo warteten, wurden von der Polizei brutal angegriffen. Eine weitere »chilenische Nacht« in Italien.

Ein Gastbeitrag von Vincent Arcangelo (Italien)

Messer

Am Sonntag, den 16. März 2003, gegen 23Uhr waren vier Aktivisten des centro sociale O.R.SO (Officina Delle Resistenze SOciali) im Mailänder Viertel »Ticinese« unterwegs. In diesem südlichen Stadtteil sind mehrere besetzte Häuser und centri sociali beheimatet. Andererseits ist »Ticinese« auch ein beliebtes Ausgehviertel mit vielen Bars und Restaurants. Als die vier die von vielen Linken frequentierte Kneipe »Tipota« passierten, wurden sie unvermittelt von drei mit Messern bewaffneten Faschisten angegriffen. Gezielt stachen die Faschisten auf Vitalpunkte ein: Hals, Brustkorb, Lunge. Sie ließen erst von den Genossen ab, als zwei von ihnen regungslos am Boden lagen. Davide »DAX« Cesare schnitten die Faschisten die Kehle durch. Alex erhielt acht Stiche in den oberen Rücken, wovon einer die Lunge traf. Der dritte Aktivist erhielt zum Glück nur Stiche in ungefährdete Körperregionen, wie z.B. die Arme. Die Täter konnten flüchten.

Straßensperren

Während DAX in einer sich ständig vergrößernden Blutlache auf den Notarztwagen wartete, erreichten drei Streifen der Policia und eine der Carabinieri den Tatort. Sofort sperrte die Polizei die umliegenden Straßen ab. Somit war es dem Rettungswagen erst nach einer erheblichen Zeitverzögerung möglich, die Schwerverletzten zu erreichen. Noch auf dem Weg in das nahe gelegene Krankenhaus San Paolo verblutete unser Genosse DAX. Mit 26 Jahren hinterläßt er eine vierjährige Tochter. Der sich in Lebensgefahr befindende Alex wurde im Laufe der Nacht mehrmals operiert.

Knüppel

Freunde und Freundinnen, Genossen und Genossinnen der Schwerverletzten warteten in dem Krankenhaus, um zu erfahren, wie es um DAX und Alex steht. Nachdem der diensthabende Arzt den Tod von DAX mitgeteilt hatte, folgte die zweite Angriffswelle: Die Wartenden wurden von Polizia und Carabinieri angegriffen. Ohne Anlaß und ohne Vorwarnung wurden sie attackiert. Mit Schlagstöcken, Eisenstangen und mindestens einem Baseballschläger schlugen die Polizisten auf alles ein, was sich in und um die Notaufnahme aufhielt. Unter Rufen wie »comunisti bastardi ... vi ammazziano tutti« (»verdammte Kommunisten ... wir bringen alle um«) machten sie selbst vor Pflegern, Notärzten und Patienten nicht halt. Gegen sieben Uhr Morgens konnten die letzten, nicht verhafteten Aktivisten das Krankenhaus verlassen. Bilanz dieses Angriffs: Mehr als vierzig Platzwunden, ausgeschlagene Zähne, eingeschlagene Köpfe, Verletzungen innerer Organe und verunstaltete Gesichter.

Lügen

Die italienische Presse, die zu einem überwiegenden Teil vom rechten Regierungschef Silvio Berlusconi kontrolliert wird, stellte den Angriff der Faschisten zunächst als unpolitische Schlägerei dar. Im weiteren Verlauf wurde versucht, eine Auseinandersetzung um die Kontrolle im Drogenhandel zu konstruieren. Die Vorfälle im Krankenhaus San Paolo wurden

gänzlich verschwiegen. Von den italienischen GenossInnen wurde dieses Vorgehen mit dem wachsenden Einfluß der Alleanza Nazionale einerseits und dem sich auf einen Anti-Terror-Krieg vorbereitenden italienischen Staat in Verbindung gebracht. Erst nachdem in fast allen größeren italienischen Städten Solidaritätsaktionen stattfanden, kehrte die Presse zur Darstellung des tatsächlichen Hintergrunds zurück.

Solidarität

In Mailand und Florenz gab es bereits am 17. März 2003 größere Demonstrationen. In Bergamo, Bologna, Brescia, Catania, Turin etc. wurden Sit-Ins vor Polizeiwachen und Rathäusern durchgeführt. In Rom gab es eine Spontandemonstration zum Innenministerium. Als eine Pizzeria, die als Treffpunkt für Faschisten diente, angegriffen und verwüstet wurde, schoß ein Zivilpolizist mehrere Male in die Luft. Nachdem abermals ein rechter Pub zerstört wurde, errichtete die Polizei Straßensperren. Daraufhin änderte die Demo ihre Route und ging zu den Redaktionsräumen der Zeitung »La Republica«, um gegen die Desinformation zu protestieren. In Neapel ging in der Nacht zum 17. März 2003 ein Lieferwagen mit Druckerzeugnissen der Alleanza Nazionale in Flammen auf. In Pisa explodierte ein Sprengsatz vor dem Sitz der Alleanza Nazionale.

Abschied

Am 22. März 2003 wurde DAX in Rozzano bei Mailand, dem Heimatort seiner Eltern, begraben. An der Beerdigung nahmen etwa 3.000 Personen aus der Linken Italiens, von Disobbedienti über Autonome, Anarchisten, Leuten aus den centri sociali bis zur Rifundazione Comunista teil. Um 14 Uhr begann in Mailand eine antifaschistische Demonstration, an der 15. bis 20.000 Menschen teilnahmen. Auch hierbei wurden mehrere Treffpunkte von Faschisten angegriffen, was jedoch an gut schützenden Stahljalousien scheiterte. Die noch immer sehr bewegten DemonstrantInnen machten ihrem Ärger im Laufe der Demonstration mit einem angezündeten Immobilienbüro und einer entglasten Einkaufszeile in der Innenstadt Mailands Luft. Die letzten Scherben hatte das Mailänder Zentrum vor 15 Jahren erlebt.

Faschisten

Die Faschisten, die vor 25 Jahren am 18. März 1978 Fausto Tinelli und Lorenzo Ianucci vor dem Centro Sociale »Leoncavallo« in Mailand ermordeten, wurden nie gefasst. Der Tod von Fausto und Iaio war der letzte gezielte faschistische Mord an linken Aktivisten in Italien: bis zur Ermordung unseres Genossen DAX am 16. März 2003, 25 Jahre und zwei Tage später. Die Faschisten, die DAX ermordeten, konnten allerdings schon bald nach der Tat verhaftet werden. Es handelt sich dabei um einen Vater und seine zwei Söhne, die ca. 100 Meter vom Tatort entfernt leben. Sie konnten identifiziert werden, weil sie ihren Hund dabei hatten. Als sie flüchteten, riefen sie diesen mit seinem Namen »Rommel« (!), der auch in der Nachbarschaft bekannt war. Neben Waffen und allerlei Nazi- und Faschistenpropaganda fand die Polizei blutgetränkte Kleidungsstücke bei den Tätern.

Aufwind

Die Faschisten in Italien scheinen Aufwind zu bekommen. Kaum verwunderlich, denn die neofaschistische Alleanza Nazionale sitzt in der Regierung und unterstützt andere italienische Organisationen der extremen Rechten finanziell und logistisch. So meldete die Forza Nuova z.B. für den 30. März 2003 einen Aufmarsch in Turin an – eine nicht gerade alltägliche Angelegenheit in Italien. Obwohl GegendemonstrantInnen versuchten, die Polizeiketten zu durchbrechen, konnte die Polizei den Aufmarsch schließlich durchsetzen. Verstärkt tauchen Naziskins auch in den Städten und im Hinterland auf. In Mailand sind sie zusammen mit Gabba-Fans sogar im Zentrum anzutreffen. Dies alles ist nicht weiter verwunderlich, wenn Rechtspopulisten und Neofaschisten regieren. Die Linke wird zunehmender Verfolgung ausgesetzt. Sei es durch die weitere Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, durch die Aushöhlung des Rechtsstaates und die brutale Repression gegen die antagonistische Linke. ■

Für DAX

DAX, wir werden Dich nie vergessen.

Du warst ein einzigartiger Mensch, ein wirklicher Freund – und leider jemand, den seine Freunde nun zu Grabe tragen. Wir werden Dein Lächeln nie vergessen. Du warst jemand, der immer lächelte – selbst in solchen Situationen, in denen niemand lächeln konnte, weil es nichts zu lachen gab. Du warst ein aufmerksamer Mensch, jemand, der sofort jedem half – selbst solchen, mit denen Du nicht einer Meinung warst. Wenn Du jetzt gehst, darfst Du nicht denken, Du würdest nicht mehr existieren – für uns lebst Du immer noch. Du wirst für immer in unseren Herzen sein. Wenn Du jetzt gehst, darfst Du nicht vergessen, dass die, die Dir das angetan haben, ignorant und ohne zu denken handelten. Sie haben Dich ermordet, weil Du niemals weggelaufen bist. Sie werden von ihrer Grausamkeit nicht profitieren. DAX, wir haben Dich lieb – wie Du weißt, wirst Du für immer in unseren Herzen weiterleben.

Deine Freunde

(aus dem Italienischen)

Pagharete tutto – pagharete caro!
Dieser Artikel wurde dem AIB von Vincent Arcangelo zur Verfügung gestellt.

Nixen, Nazis & Bücherverbannung

Thessaloniki im Juni

Es ist der 9. Juni 2002, Abendrot in Thessaloniki: Die Spaziergänger am Weißen Turm an der Uferpromenade hören am letzten Tag der größten griechischen Buchmesse überrascht den Schrei der Schwester von Alexander dem Großen »Lebt der König Alexander der Große?« und die Antwort der gut informierten Matrosen: »Er lebt.« Der Dialog bezieht sich auf eine Legende aus dem 18. Jahrhundert. Neugierig drängelt der Besucher durch die Menge, um die zur Legende gehörende Nixe zu betrachten.



» Lebt der König »Alexander der Große?« Diese uralte Frage wird von einer weißgekleideten Gestalt gestellt, die am Sockel des Denkmals von Alexander dem Großen lehnt. Die Gestalt der Nixe wird dargestellt von dem nordgriechischen Fernseh-Evangelisten des Nationalismus und christlicher Orthodoxie und Führer der Neonaziorganisation »Diawlos«, Kyriakos Welopulos. Um ihn sind bekannte Kader des griechischen Rechtsextremismus versammelt. Jorgos Karatzaferis, international umtriebiger Neonazi und Besitzer einer privaten Fernsehstation, steht in der ersten Reihe. Vor das Denkmal haben sie zwei Pferde gestellt, um sich durch Wukefalas, dem Pferd von Alexander dem Großen, mit der alt-mazedonischen Reitertradition zu verbinden. Unter dem Denkmal sind zwei- bis dreitausend ihrer Anhänger versammelt.

Feierlicher Zufall

Jährlich feiern in Thessaloniki griechische Rechtsextremisten den Todestag von Alexander dem Großen.[1] Da dieser Tag jedes Jahr mit dem letzten Tag der Buchmesse zusammen fällt, ist es wahrscheinlich der einzig bewegliche Todestag in der Geschichte. Böse Zungen behaupten, dass die Nazis die neugierigen Spaziergänger und zufällig anwesenden Besucher der Messe dann zu ihren organisierten Anhängern addieren. Die jährliche Versammlung des nordgriechischen Rechtsextremismus ist die Initiative zweier faschistischer Zeitungen, der »Hryssi Awji« (Goldenes Morgenrot) und »Stohos« (Das Ziel). Der Veranstalter Welopulos (er hat seinen Auftritt als »Nixe«) erklärte in einer Fernsehsendung Karatzaferis: »Diese Veranstaltung hat die Zeitung und Organisation `Hryssi Awji´ angefangen, ganz klar, und der unvergessliche Kapsalis (der verstorbene Chef der griechischen Rechtsextremisten). Sie sind die Vorläufer, sie waren die Führer. Die Organisation `Diawlos Ellinon´ (Hellenen-Kanal) folgte nach.« Diawlos ist die Organisation von Nixen-Welopulos selbst. Als offizieller städtischer Vertreter erschien im Jahr 2002 ein Delegierter des Bischofs von Thessaloniki. Der Abgeordnete der Konservativen Partei (Christdemokraten von Nea Dimokratia), Kostas Kitridis - ehemaliges Mitglied der griechischen Nazipartei »4. August« - befand sich zwar auf dem Podest, bat aber darum seine Anwesenheit nicht anzukündigen. Gebranntes Kind in Grammos scheut das Feuer von Alexander.[2] Als letztjährige Rednerin trat die Archäologin Liana Suwaltzi auf, die das Grab von Alexander in Ägypten entdeckt haben will. Sie wurde als Betrügerin aus Ägypten zurückgerufen. Bei der Kundgebung forderte sie ihre »moralische Wiedergutmachung« und die Abwahl des Kultur- und des Außenministers. Das Publikum spendete regen Beifall. Der Hauptdarsteller der Veranstaltung, Karatzaferis (Besitzer des Fernsehsenders und ehemaliger Parlamentarier der konservativen Partei) kündigte im Anschluß einen Feldzug zur Eroberung Konstantinopels (Istanbul) an: »Es ist vorherbestimmt (...), dass hier eines Tages der Große Marsch Richtung Konstantinopel beginnt« und dass »die Griechen das Gelobte Volk Gottes seien«. Im Anschluß sprach Bürgermeister-Kandidat Welopulos, der noch am Vortag behauptete, dass der amtierende Bürgermeister ihm versprochen habe, dass »diese Veranstaltung dieses Jahr vom Bürgermeister organisiert wird«.

Um keinen Zweifel über den politischen Inhalt der Zeremonie aufkommen zu las-

1| In diesem Jahr fiel das Neonazispektakel aus, weil im Vorfeld der Anti-G8-Proteste linke und antifaschistische Gruppen genügend Druck für ein Verbot eines geplanten Neonaziaufmarsches ausüben konnten.

2| Seine Partei hat ihm mit Parteiausschluss wegen seiner Beteiligung an den Feierlichkeiten von Grammos für die Niederschlagung der kommunistischen Revolution gedroht.

sen, beendetet er seine Rede mit den Worten: »Ganz am Schluss etwas, das irgendwelche junge Freunde als Parole benutzen: Mitgriechen, wir werden zurückkehren und die Erde wird beben«. Ein auf Griechenland abgewandeltes Goebbels-Spruch, den griechische Neonazis gern zitieren.

Die verbitterte Konkurrenz

Bereits am Vortag hatten Mitglieder der Neonazigruppe Hryssi Awji versucht, auf dem Platz eine eigene Kundgebung abzuhalten. Aber Stunden vor der propagierten »Invasion« hatten sich am Denkmal antirassistische und linke Organisationen versammelt und den Naziaufmarsch verhindert. Starke Polizeikräfte hatten die antifaschistische Versammlung abgesperrt und zur Erhaltung der »öffentlichen Ordnung« den größten Teil der Buchmesse für die BesucherInnen unzugänglich gemacht. Die Mitglieder von Hryssi Awji blieben mit ihren Knüppeln in den Händen außerhalb. Nach Absprache mit der Polizei stellten sie sich an der Uferpromenade vor dem Denkmal des Vaters von Alexander auf. Mitglieder der Gruppe »Stohos«, eine Gruppe, welche die Militärregierung von 1967 bis 1974 verherrlicht, hatten am Vortag eine eigene Veranstaltung organisiert. Mit zehn Leuten und drei Fahnen legten sie vor dem Alexander-Denkmal ohne jegliche Öffentlichkeit Kränze ab. Beide Gruppen waren verbittert, dass Welopulos den Erfolg für sich verbucht hatte und drohten, in diesem Jahr die Veranstaltung allein zu organisieren. Gänzlich unbeteiligt an der Veranstaltung blieb die »Nationale Front« von Makis Woridis. Der Kandidat der Nationalen Front für Thessaloniki, Jannis Kyrianidis, erschien zwar bei beiden Sonntagsveranstaltungen, wurde jedoch lediglich als Verleger der Zeitschrift »Endohora« (Hinterland) vorgestellt. In einer Presseerklärung verglich er die Sonntags-Veranstaltungen von Welopulos, Karatzaferis und Suwaltzi mit der antifaschistischen Kundgebung am Vortag und beklagte: »Zweimal innerhalb von 24 Stunden wurde dieser Raum geschändet (...). Das zweite Mal, am Sonntag dem 9. Juni, war schmerzhafter, weil die Schande durch Menschen verursacht wurde, die angeblich den Sinn und die Bedeutung der Veranstaltung, vor der Mehrheit der Hellenen (Griechen), verteidigen sollten. Leider haben sich diese Herren entschieden, die Ehrenveranstaltung des Volkes von Thessaloniki für seinen großen Vorfahren in eine Wahlkampffete eines ambitioniertes Fernsehmoderators dieser Stadt umzuwandeln«. Durch den Kampf um die Vorherrschaft in der rechtsextremistischen Szene geschwächt, erschien der Anführer der Gruppe »Proti Grammi« (die erste Linie), Plewris. Schüchtern verteilten seine Anhänger Flugblätter vom Vorjahr.

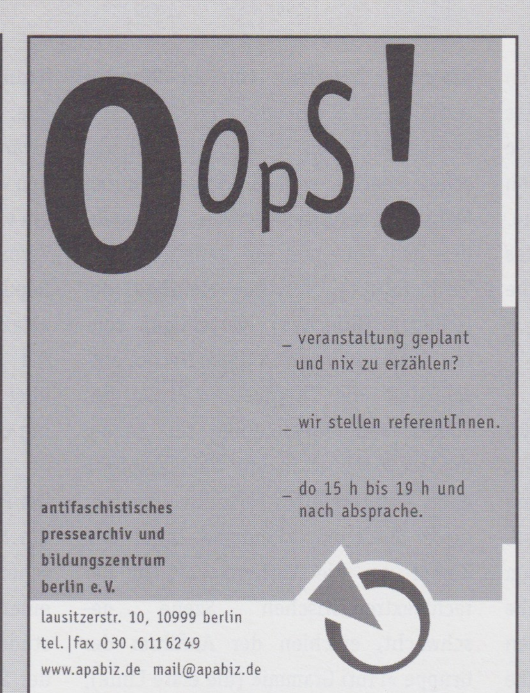
Bücherverbannung als Machtdemonstration

All diese Zeremonien wären höchst bedeutungslos, wenn die Neonazifeiern nicht die Krönung eines Zwischenfalls wären, der ein paar Tage zuvor, am gleichen Ort stattfand. Im Jahr 2002 hatte die Buchmesse von Thessaloniki zum ersten Mal einen internationalen Charakter. Auf der Messe wurden Bücher aus verschiedenen Balkanländern ausgestellt. Anhänger von »Diawlos« bemerkten, dass in Büchern, die aus der Republik Mazedonien kamen, der Name »Makedonia« stand. Der TV-Sender von Welopulos produzierte daraus über mehrere Tage einen »Skandal«. Die Zeitung »Typos tis Thessalonikis« schloss sich mit ganzseitigen Titeln wie »Skopjepropaganda auf der Erde Mazedoniens« dieser Kampagne an. Am Nachmittag des 28. Mai trafen sich »spontan« etwa 200 Diawlos-Anhänger, drangen unter der Führung von Welopulos in die Messe ein und setzten die Rücknahme aller nicht genehmen Bücher durch. Erschreckender noch als das Ereignis an sich war die Tatsache, dass die Machtdemonstration der »Griechentums-Anhänger« akzeptiert wurde. Die Bücher blieben bis zum Ende der Buchmesse in Umzugskisten verbannt. Zu den Büchern zählten auch solche, die für die Nationalisten völlig irrelevant sein mußten wie z.B. Übersetzungen von alt-griechischen Klassikern oder ein viersprachiges Wörterbuch von 1802. Verbannt wurden alle Bücher aus der Republik Mazedonien und Bulgarien mit »Mazedonien« oder »mazedonisch« auf der Titelseite, inklusive einem Buch über Makroökonomie. Das Buch hatte nur die Vorsilbe »Mak« gehabt.

Der Protest blieb aus

Ein Skandal ist, dass von der griechischen Abteilung von Helsinki Watch, einer autonomen Gruppe Medizinstudenten und ein Paar linken Politikern der Stadt abgesehen, kaum jemand auf diese nationalistische Aktion reagierte. Die Abgeordneten Thessalonikis blieben still. Der Verantwortliche der Buchmesse wurde von der Aktion völlig überrascht und entschied, das Ereignis auszuschweigen. Man hätte Angst vor einem internationalen Skandal, hieß es. Die mazedonische Regierung leitete am 31. Juni 2002 Schritte in Skopje und Athen ein, auf die die griechischen Kultur- und Außenministerien aber nicht öffentlich reagierten. Es blieb nur die halboffizielle mazedonische Nachrichten Agentur, die kommentarlos die Meinung der Neonazis von Diawlos veröffentlichte. So entstand der Eindruck, die Regierung unterstütze die Täter.
TV-Prediger Welopulos berichtete in seiner TV-Sendung stolz über die Aktion, war aber vorsichtig genug, dafür keine Verantwortung zu übernehmen. »Wir sind einfach hingegangen, wir haben die Bücher auf die Bänke gestellt und wir haben gesagt, dass solche Bücher nicht hier sein dürfen. Am nächsten Tag haben die Menschen das verstanden.« Der erschreckende Erfolg wurde durch die Unfähigkeit der Organisatoren und die Toleranz des Kulturministeriums ermöglicht. Bis zum Ende der Messe blieben die Bücher, versteckt.
Eine derart massive und erfolgreiche Büchervertreibung hatte, unter Republikbedingungen, noch nie stattgefunden. ■

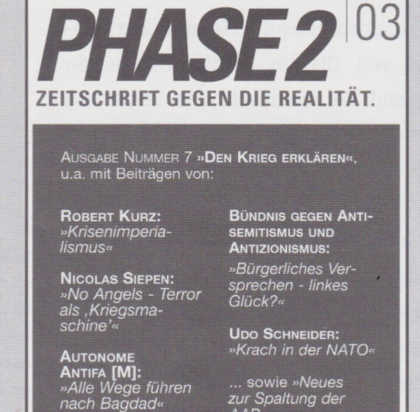
Der Artikel wurde dem AIB zur Verfügung gestellt von Ios tis Kyriakis (Sonntagsvirus), erschienen in der Tageszeitung Eleftherotypia. Wir danken J. Metaxas für die Übersetzung.


OOpS!
_ veranstaltung geplant und nix zu erzählen?
_ wir stellen referentInnen.
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel.|fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de


TOPTHEMA IM NEUEN HEFT
ZEIT-BOMBE
Giftgas bei BAYER.
STICHWORT BAYER
Widerstand gegen Konzernmacht. Konkret, spannend, international.
Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...


www.AGREXIVE.de
Arbeitsgruppe »RechtsEXtremismus«
In VEr.di Berlin-Brandenburg


daslinkeforum.de
Das neue alternative Bücherportal im Internet
Neue und gebrauchte Bücher im daslinkeforum.de Büchershop kaufen und verkaufen.
Mit den 50 Cent pro verkauftem Buch unterstützen wir z.B. linkeseite.de


PHASE 2
MÄRZ 03
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.
Ausgabe Nummer 7 »Den Krieg erklären«, u.a. mit Beiträgen von:
Robert Kurz: »Krisenimperialismus«
Nicolas Siepen: »No Angels - Terror als ›Kriegsmaschine‹«
Autonome Antifa [M]: »Alle Wege führen nach Bagdad«
Matthias Küntzel Interview: »Mit den USA gegen Antisemitismus«
Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus: »Bürgerliches Versprechen - linkes Glück?«
Udo Schneider: »Krach in der NATO«
... sowie »Neues zur Spaltung der AAB«
PHASE2 #07
PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 3 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 15 EURO
ABO@PHASE-ZWEI.ORG
PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG
WWW.PHASE-ZWEI.ORG


Für eine linke Strömung arranca!
Ich tausche nicht mehr – ich will mein Leben zurück!
Überleben im Knast
Was ihr wollt, das kotzt mich an – Bulimie als weibliche Überlebensstrategie
Queere Strategien
Q – Geschichte wird gemacht
Interview mit Bernadette La Hengst
Nummer 26 erscheint im März
Abo 16 Euro für vier Nummern inkl. Porto arranca! erscheint 3-4x im Jahr Erhältlich in jedem guten Buchladen. Bestellungen und Infos Arranca!, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
arranca@lists.nadir.org, www.nadir.org/arranca


Lesen hoch 3!
Ich bestelle 3 Ausgaben ak – analyse + kritik für 5 €.
5 € lege ich bar / als Scheck bei.*
*) Das Probeabo gilt für 3 Monate, es verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der 2. Ausgabe gekündigt wird.
Datum, Unterschrift
Name, Vorname
Strasse, Nr.
PLZ, Ort
Ausfüllen und schicken an:
ak – analyse + kritik,
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
www.akweb.de

Abonniert

das antifaschistische info blatt





Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 58

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A	
14 | 17 | 18 | 23 bis 26	7,70 Euro
Info-Paket B	
27 bis 33	11,30 Euro
Info-Paket C	
34 bis 40	11,30 Euro
Info-Paket D	
41 bis 47	11,30 Euro
Info-Paket E	
48 | 49 | 51 bis 55	11,30 Euro
Alle Info-Pakete	52,90 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
16. Jahrgang
Nummer 59 | 2. 2003

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

EmpfängerInnen

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Out of control !



Für globale Bewegungsfreiheit!
Verwertungslogik und
rassistische Ausgrenzung angreifen!

6. Antirassistisches No-Border Grenzcamp
vom 31.7. bis 10.8. 2003 in Köln
Auftaktforum vom 31.7 bis 3.8. 2003

Informationen unter: www.nadir.org/camp03